

Arbeiterkampf

Jahrg. 2 Nr. 20 Juli '72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Laden 50Pf.



Innere Sicherheit - für wen?

Innere Front in Westdeutschland: Genscher schreitet Bundesgrenzschutz - Einheiten ab

Am 22. Juni verabschiedete der Bundestag drei Grundgesetzänderungen und vier weitere wichtige Gesetze zur „Verbesserung der inneren Sicherheit". Der Bundesrat muß die Gesetze noch bestätigen, was aber nur ein formeller Akt ist.

Seit Wochen und Monaten entfachen die bürgerlichen Massenmedien eine ständig gesteigerte Hysterie, daß die „innere Sicherheit" unseres Landes „durch linke Terroristen und ihre im Grunde viel gefährlicheren Sympathisanten bedroht" sei. Die Verabschiedung der Gesetze ging dann aber sehr schnell über die Bühne. Was noch mehr zählt: Es ist bisher verheimlicht worden, was tatsächlich alles durch diese Gesetze „legitimiert" wird. Die bürgerliche Presse hat natürlich auch nicht danach gefragt.

Für die Arbeiter ist aber eine größere Klarheit gerade hierüber wichtig: Was beabsichtigen die Kapitalisten und ihre Staatsdiener? „Innere Sicherheit" – für wen?

Was sind die wichtigsten der vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen?

BUNDESGRENZSCHUTZ - GESETZ

Der Bundesgrenzschutz soll auch bei nicht - erklärtem „inneren Notstand" in „Fällen von besonderer Bedeutung" eingesetzt werden. Er wird damit zu einer militärisch ausgerüsteten Bundespolizei und erhält umfangreiche Vollmachten zur Einschränkung der Grundrechte. (genaueres dazu siehe unseren Artikel auf S. 2)

VERFASSUNGSSCHUTZ - GESETZ

Die Bespitzelung ausländischer wie deutscher Arbeiter und Studenten durch den Verfassungsschutz, die schon lange praktiziert wird, erhält jetzt ihre gesetzliche Grundlage und soll künftig noch umfassender ausgeübt werden. Als Grund wird nicht mehr allein die „Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung" angegeben, sondern auch die „Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik". (genaueres dazu siehe unseren Artikel auf S. 3 oben)

HAFTRECHT

Unter dem Namen „Haftgrund der Wiederholungsgefahr" werden die alten Vorbeugehaft - Pläne verwirklicht, die ursprünglich schon im Zuge der Notstandsgesetze mit verabschiedet werden sollten. Vorbild dafür ist die von den Nazis vor allem gegen Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschafter angewandte „Schutzhaft".

Um diese Verwandtschaft nicht so deutlich werden zu lassen, wird gegenwärtig besonders herausgestellt, daß der „Haftgrund der Wiederholungsgefahr" sich vor allem gegen „gewöhnliche Kriminelle" richte. Dadurch darf man sich nicht täuschen lassen. Erstens ist es eine übliche Praxis der Klassenjustiz in unserem Land, zunächst „plausible" und „unverdächtige" Gründe anzugeben, wogegen sich die Verschärfung eines Gesetzes angeblich richten soll. Zweitens ist es ebenso eine übliche Praxis, daß Polizei und Gerichte politisch Verfolgten häufig „gewöhnliche kriminelle Delikte" anhängen, um die wahren Gründe zu kaschieren.

Schließlich: was fällt in der Sprache der bürgerlichen Klassenjustiz nicht alles unter „gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen"? Das sind doch z. B. angebliche „Ausschreitungen" bei Demonstrationen und Streiks, wie „Landfriedensbruch" usw.

Wenn dann auch noch der „Verdacht eines Sprengstoffverbrechens" als Haftgrund angegeben wird, dann braucht man sich nur zu erinnern, daß genau dieser „Verdacht" in den letzten Wochen als „Grund" für verschiedene Polizeiaktionen gegen Kommunisten angegeben wurde. (siehe dazu unseren Artikel auf S. 4)

Bislang wurde von den meisten Richtern auch der Nachweis eines festen Wohnsitzes als ausreichend angenommen, um eine „Fluchtgefahr" und damit den Haftgrund auszuschließen. Dem wird in der Begründung des neuen Gesetzes nun ausdrücklich widersprochen.

WAFFENRECHT

Der Erwerb von Schußwaffen soll künftig nur solchen Personen erlaubt werden, die ihre „Zuverlässigkeit", ihre „Sachkunde" und ihr „Bedürfnis für den Erwerb" nachgewiesen haben. Die generelle Absicht ist es, gegenüber dem unbewaffneten Volk das Waffenmonopol in den Händen des kapitalistischen Staates zu konzentrieren.

Wenn in der Vergangenheit Waffenlager bei Faschisten gefunden wurden und ein Bekanntwerden dieser Tatsache nicht zu verhindern war, so wurde dies allerdings mit allen möglichen Tricks heruntergespielt – ganz im Gegensatz zu gefundenen Waffen bei Anarchisten. Daß dies sich aufgrund des neuen Waffenrechts ändert, ist jedoch nicht anzunehmen: die Faschisten haben ihre „Zuverlässigkeit", ihre „Sachkunde" und ihr „Bedürfnis für den Erwerb" längst dadurch nachgewiesen, daß sie ihre Waffen nicht gegen die kapitalistischen Ausbeuterherrschaft richten, sondern gegen die Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschafter im Dienste der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft.

Investitionen gegen die Arbeiter

Den Gesetzesverabschiedungen vom 22. Juni gingen eine große Bundestags - Debatte zur „inneren Sicherheit" am 7. Juni voraus, zahlreiche Debatten der Länderparlamente und eine Konferenz der

Forts. nächste Seite

Staatlicher Mord

Am 25. Juni wurde der britische Staatsbürger Ian MacLeod in seiner Stuttgarter Wohnung durch ein Fahndungskommando der Polizei erschossen. Die Kugel traf ihn durch die geschlossene Wohnungstür in den Rücken.

Der Staat hat damit sein Mord - Konto im Rahmen der „Baader - Meinhof - Fahndung" um ein neues Opfer erhöht. Aber es ist noch nicht das letzte gewesen: In den darauffolgenden Tagen erschoß die Polizei einen Farbigen in Frankfurt und einen Moped fahrenden Arbeiter in Duisburg.

Nicht nur die Zahl der staatlichen Morde hat in der letzten Zeit beängstigend zugenommen. Auch deren Brutalität. Die bürgerliche Presse unterstützt diesen Terror dadurch, daß sie ihn immer mehr verschweigt.

+ Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen das iranische Schah - Regime erschossen. Der Polizeibeamte Kurras, der den Schuß auf Ohnesorg abfeuerte, wurde später freigesprochen. Das Gericht hielt Kurras zugute, daß die Situation während der Demonstration „unübersichtlich" gewesen sei, er habe in „Notwehr" geschossen. Ohnesorg war durch Kopfschuß von hinten getötet worden.

+ Am 15. Juli 1971 wurde Petra Schelm nach einer heftigen Verfolgungsjagd in Hamburg durch einen Schuß aus einer Polizei - MP neben dem linken Auge getötet. Der augenblicklich laufende Gerichtsprozeß gegen ihren damaligen Begleiter Werner Hoppe förderte bereits einige interessante Details über den Verlauf des Feuergefechts am 15. Juli zu Tage. So erklärte ein Augenzeuge, daß Petra Schelm entgegen polizeilicher Darstellung ohne vorherige Warnung von hinten erschossen wurde. Eine akute Notwehrsituation des uniformierten Todesschützen lag demnach nicht vor. Allerdings: Petra Schelm und auch ihr Begleiter waren bewaffnet und machten auch von ihren Pistolen Gebrauch... sie ballerten in die Luft, um ihre Verfolger abzuschütteln, wie es hieß.

+ Am 4. Dezember 71 wurde Georg von Rauch durch einen Westberliner Polizeibeamten erschossen. Georg v. Rauch gehörte der „Schwarzen Hilfe" an, die politische Gefangene unterstützt. Als er erschossen wurde, stand er mit erhobenen Händen an einer Hauswand. Er war unbewaffnet und wurde von einem bewaffneten Polizisten in Schach gehalten. Das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der die tödliche Kugel abfeuerte, wurde inzwischen wegen „Notwehr - Situation" eingestellt. Die Polizei dementierte die Pressemeldung, daß sich neben dem Polizisten und ohne dessen Kenntnis Verfassungsschützer am Schauplatz befunden hätten, die „versehentlich" das Feuer auf den Polizisten eröffneten, weil sie ihn für einen Angehörigen der „Baader - Meinhof - Gruppe" gehalten haben. Es hätten sich keine anderen Personen am Tatort befunden. Die Polizei konnte dabei aber nicht klären, woher denn die unterschiedlichen Geschosse kommen.

Forts. Seite 3

Forts. von Seite 1

"Innere Sicherheit" – für wen?

Länder - Innenminister am 17. Juni zum gleichen Thema. Der Presse wurden laufend die gewünschten Schlagzeilen geliefert, damit der Bevölkerung die „akute Gefahr" und die „Sorge unserer Volksvertreter" auch tief genug ins Bewußtsein dringt. Dazu ständig neue „Enthüllungen" über angebliche Verbrechen und „Pläne" der „Baader-Meinhof-Gruppe" und (da der „Kern" jetzt ja fast vollständig verhaftet wurde) anderer Terroristen". Springers „Bild" scheute dabei wieder einmal vor absolut nichts zurück: Am 21. Juni tischte sie eine „Enthüllung" über „Baaders Volkskrieg-Pläne" als völlig neu auf, der sich die „Bild am Sonntag" bereits vor mehreren Monaten bedient hatte: „Mit Bomben, Terror und 1000 Mann-Aufstand in Deutschland geplant".

Die Länderinnenminister-Konferenz beschloß, die Zahl der Polizisten von gegenwärtig rund 140 000 um 15 000 zu erhöhen. Auf jeweils 400 Bundesbürger soll in Zukunft ein Polizeibeamter kommen. Gleichzeitig soll die kommunale Polizei aufgelöst und der gesamte Polizeiapparat stärker zentralisiert werden. Das Bundeskriminalamt (BKA) wird zur „Informations- und Kommunikationszentrale der deutschen (!) Polizei für die Verbrechensbekämpfung" („Welt", 22. 6. 72). BKA-Chef Herold in einem Interview mit „Bild am Sonntag" vom 18. Juni: „Wir werden uns nicht mehr in die Rolle einer beschimpften und bespienen Minderheit drängen lassen!"

Am 23. 3. 72 legte Bundesinnenminister Genscher ein „Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit" vor. Die Ausgaben der Bundesregierung allein für Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz sollen danach im 4-Jahreszeitraum von 1969 bis 1973 von 366,7 Mill. DM auf 749,5 Mill. DM mehr als verdoppelt werden. Wenn man noch die rund 10 Mill. DM Ausgabensteigerung für die Bereitschaftspolizei der Länder hinzunimmt, so ist diese Ausgabensteigerung von annähernd 400 Mill. DM für die „innere Sicherheit" fast 500 mal so groß wie der gesamte Etat des Arbeitsministeriums für Arbeitsmedizin und betriebliche Unfallursachenforschung! Hier zeigt sich bereits, wessen Sicherheit dem Staat so sehr am Herzen liegt.

„INNERE SICHERHEIT" – INVESTITIONEN GEGEN DIE ARBEITER (in Mill. DM)

	Ausgabenziel 1973	Steigerung 1965 – 1969	Steigerung 1969 – 1973
Bundesgrenzschutz	565,4	2,2	251.0
Bundesamt für Verfassungsschutz	62,1	11,4	32,1
Bundeskriminalamt	122,0	8,4	99,5
zusammen	749,5	22,0	382,6

Worüber jammert die bürgerliche Presse denn, was die „innere Sicherheit" gefährdet? Wogegen soll der Staat Maßnahmen ergreifen?

ENTHEILIGUNG DES EIGENTUMS

„Unser Staat" sei von der „wachsenden Kriminalität" und dem „Linksradikalismus" bedroht. Was die Kriminalität betrifft: Man wird ihr wohl kaum mit einem Bundesgrenzschutz zu Leibe rücken wollen, der mit Schnellfeuerkanonen und Panzerwagen ausgerüstet ist. Darüberhinaus haben wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 18 anhand einer Statistik des Kriminalamts Hamburg nachgewiesen, daß der von der bürgerlichen Presse erzeugte Eindruck falsch ist, daß besonders die sog. „Gewaltkriminalität" (schwere Körperverletzung, Tötungsdelikte usw.) steigen würde. BKA-Chef Herold hat dies jetzt für das gesamte Bundesgebiet bestätigen müssen. In einem Interview mit der „Welt" vom 22. Juni sagte er, daß es bei Mord, Totschlag usw. „keine bedenklichen Zuwachserscheinungen" gäbe. Hingegen: *Das Ansteigen der Kriminalität beruht vor allem auf einer Zunahme der Eigentumskriminalität, hier wieder in erster Linie einer Zunahme des Laden- und Kaufhausdiebstahls. Auch bei völlig wertfreier Betrachtung müßte man die Gesellschaft zum Nachdenken darüber anregen, wieso heute der Eigentumsbegriff in seiner traditionellen Form politisch, ideologisch und auch kriminell in Frage gestellt wird, wieso Massen von Bürgern, insbesondere Studenten, Schüler und Hausfrauen, in Kaufhäusern Waren entwenden.*

Das kommt der Sache schon näher! Soweit man das Gerede von der „wachsenden Kriminalität" ernst nehmen kann: Hier sind nicht „wir alle" betroffen, hier ist nicht der Arbeiter bedroht. Hier geht es ausschließlich um die Sicherheit der Besitzenden, der Geschäftsleute, der Kapitalisten! Die zunehmende „Eigentumskriminalität" ist gerade eine **Reaktion** von Teilen des eigentumslosen Volkes auf ihre zunehmende Ausplünderung, auf die Bedrohung ihrer Lebenslage durch das Monopolkapital. Die zunehmende „Eigentumskriminalität" ist ein Ausdruck der zunehmenden Verrottung des Kapitalismus – und ein Ausdruck für den verzweifelten Versuch ausgebeuteter Menschen, sich individuell aus ihrer miserablen Lage zu „befreien".

Was die Kapitalisten mit Hilfe ihrer hochdekorierten Erfüllungsgehilfen wie BKA-Chef Herold hier bekämpfen wollen, ist die Entheiligung des Eigentumsbegriffs, der für die Masse des Volkes ohnehin nie etwas anderes war als eine Farce, eine Fata Morgana, die nur auf der anderen Seite der Klassenschlucht existiert. Darüber wächst das Bewußtsein im Volk – und darüber ereifern sich die Offiziere und Unteroffiziere der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, nennen es „Kriminalität" und „Gefährdung der inneren Sicherheit".

„Taten" und ein „starker Mann"

Nachdem die bürgerliche Presse eine zeitlang die „Kriminalität" zum obersten Schreckgespenst der „inneren Sicherheit" erhoben hat, ist in der letzten Zeit die „linksradikale Gefahr" in den Vordergrund geschoben worden. Dabei bedient die Presse sich immer mehr des Mittels, dies gleichzusetzen. Es ist von der „Fließzone zwischen Kriminalität und politischem Radikalismus" die Rede usw. Hierbei spielt auch die „Baader-Meinhof-Gruppe" immer deutlicher eine abnehmende Bedeutung, nachdem der „Kern" dieser Gruppe verhaftet wurde. Es geht jetzt gegen die „Sympathisanten der Terroristen", die „geistigen Helfershelfer", gegen den „linken Sumpf", wobei hier auch immer häufiger kommunistische Gruppen ins Schußfeld der reaktionären Presse und des Polizeiapparats geraten. Es wird nicht lange dauern, bis nach dieser Marschroute des Kapitals streikende Arbeiter als „kriminell" und die „innere Sicherheit gefährdend" bezeichnet werden. Das ist nicht neu, sondern die bekannte Vorgehensweise des Kapitals bei sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen.

Das Wiedererwachen der westdeutschen Arbeiterbewegung, das durch härtere Streiks und Protestaktionen der Arbeiter in den letzten Jahren angekündigt ist, und dessen Ausdruck die Neubildung der kommunistischen Bewegung auf westdeutschem Boden ist – das ist der tatsächliche Grund, weswegen die Kapitalisten die „innere Sicherheit" gefährdet sehen – **ihre** Sicherheit! Hiergegen sind das neue BGS-Gesetz, das Verfassungsschutz-Gesetz, das Haftrecht und das Waffenrecht gerichtet: Vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft.

Die Sicherheit der Arbeiter ist nicht durch den „Linksradikalismus" gefährdet. Die Sicherheit der Arbeiter ist durch die Pläne und Maßnahmen des Kapitals gefährdet. Wo hat der Kapitalismus denn jemals Sicherheit für die Arbeiter gebracht? Die Lohndrückerei, die Wohnungsnot, die durch Akkord und kapitalistische Umweltverseuchung zerschundene Gesundheit der arbeitenden Menschen, die als „Betriebsunfälle" heruntergespielten Morde am Arbeitsplatz, die Spielplatz- und Schulnot für die Kinder der Arbeiterklasse, der wachsende Polizeiterror gegen die sich auflehnenden Opfer des Kapitalismus, schließlich die Kriege, in die die Kapitalisten Millionen Arbeiter geschickt haben, die Millionen Verstümmelungen und Tote, die das Volk in den Schlachthäusern des Kapitals zurückließ – das ist die „Sicherheit", die die Kapitalisten den Arbeitern bieten.

Im „Bayernkurier" von Franz Josef Strauß stand kürzlich, daß man es wieder „wagen" dürfe, den italienischen Faschismus unter Mussolini „sachlich" zu kritisieren, ohne ihn verteufeln zu müssen", und daß man „auch ruhig auf den vernünftigen Charakter mancher Reformen Mussolinis hinweisen" kann. Es ist abzusehen, daß in nicht langer Zeit die reaktionäre Presse in unserem Land auch gegen eine „Verteufelung" des Nazi-Faschismus zu Felde ziehen wird. Die antifaschistische Maske, die die westdeutsche Kapitalistenklasse sich nach 1945 anlegen mußte, um die Massenaktionen der westdeutschen Arbeiter unter Kontrolle zu bekommen, wird zunehmend wieder fallengelassen. Sie ist heute hinderlich geworden.

Das Kapital bereitet sich darauf vor, der wiedererwachenden westdeutschen Arbeiterbewegung notfalls durch Wiedererrichtung seiner faschistischen Terrorherrschaft das Genick zu brechen.

Nachdem Springers „Welt" im März dieses Jahres aufforderte: „Das Wehgeschrei über den Verfall von Staat und Gesellschaft muß endlich von Taten abgelöst werden." ließ Springer kurz darauf (ebenfalls in der „Welt") einen Professor Schoeps die Wünsche des Kapitals deutlicher formulieren:

„Da kein neuer General von Seeckt und kein Obristenkader bei uns zur Verfügung steht, wird vielen wohl als der einzig denkbare ‚starke Mann', der solche Maßnahmen durchführen könnte, Franz Josef Strauß erscheinen."

Die Gesetzeswerke vom 22. Juni sind erst ein Teil, der vom Kapital gewünschten „Taten". Das Kapital will einen neuen „starken Mann". Angesichts der im Herbst bevorstehenden Neuwahlen soll die Presse durch eine großangelegte Kampagne gegen die „linke Gefahr" das nötige Klima für einen Rechtsdruck und für die Durchführung der vom Kapital gewünschten „Taten" schaffen.

Für die Arbeiter kommt es darauf an, klarer zwischen ihren wirklichen Freunden und ihren wirklichen Feinden zu unterscheiden. Die Aktionseinheit der Arbeiter gegen den verschärften „Klassenkampf von oben" und gegen die Berufung der Strauß & Co. an das Steuer des kapitalistischen Regierungsschiffes ist ein Gebot der Stunde.



Bundesgrenzschutz: „Bekämpfung roter Banden"

Am 22. Juni beschloß der Bundestag ein neues Bundesgrenzschutz-Gesetz. Danach soll der Bundesgrenzschutz (BGS) als „Eingreifreserve der Länderpolizei" verfügbar gemacht werden. Genauer gesagt: Er wird zu einer militärisch ausgerüsteten Bundespolizei, ähnlich der „Nationalgarde" in den USA und den berüchtigten CRS und „Gardes mobiles" in Frankreich.

Nach dem Gesetz von 1951 sollte der BGS die „Grenze gegen verbotene Grenzübertritte ... bis zu einer Tiefe von 30 km" sichern. Dementsprechend wurde er mit Handgranaten, Schnellfeuerkanonen, Panzerwagen, Kampfhubschraubern usw. ausgerüstet. Bereits 1964 probte der BGS aber in Bayern und Baden-Württemberg die „Bekämpfung roter Banden". Die juristische „Absicherung" dafür wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen nachgeliefert. Danach kann der BGS im Innern eingesetzt werden (z. B. bei großen und militant durchgeführten Streiks, wie im Mai 68 in Frankreich), wenn im Falle einer „drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" der „innere Notstand" erklärt wird.

Nach dem neuen Gesetz kann der BGS nun auch eingesetzt werden, ohne daß erst der „innere Notstand" erklärt zu werden braucht: „In Fällen von besonderer Bedeutung", wie es in § 9 des neuen Gesetzes heißt. Als „Fälle von besonderer Bedeutung" werden in der Begründung des Gesetzentwurfs z. B. „Großveranstaltungen" und „Staatsbesuche" genannt. Dazu erhält der BGS umfassende Einzel-Vollmachten. Im § 10 heißt es dazu ganz allgemein, daß er „zur Erfüllung seiner Aufgaben" die „nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen treffen kann – d. h. letztlich: Der BGS braucht seine Maßnahmen nur als „notwendig" auszugeben, damit sind sie „gerechtfertigt".

Einiges wird im Gesetz besonders genannt. Lt. § 73 kann der BGS die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung einschränken. Er kann Personen vorladen, erkennungsdienstliche Maßnahmen durchführen (Fingerabdrücke usw.), Personen „in Gewahrsam" nehmen, Personen, Sachen und Wohnungen durchsuchen, Gegenstände beschlagnahmen. Durch die schlichte Formulierung „Polizeivollzugsbeamte" erhält der BGS bei diesen Aufgaben ohne ausdrückliche Nennung die „Berechtigung" zum Schußwaffengebrauch.

Der Staat ist darangegangen, den Terror „von oben" zu „legalisieren".

Verschärfte Ausländerüberwachung

Durch eine am 22. Juni vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung wird die „Überwachungstätigkeit" des Verfassungsschutzes auch auf ausländische Gruppen und Organisationen sowie auf einzelne Ausländer in der Bundesrepublik ausgedehnt. Bislang war da für lt. Gesetz ausschließlich eine besondere Behörde zuständig, die Ausländerpolizei. Trotz aller Vollmachten verfügt diese aber nicht über einen so schlagkräftigen und einsatzfähigen Apparat wie die Geheimpolizei „Verfassungsschutz". Der Verfassungsschutz soll jetzt nicht mehr nur die „innere Sicherheit" unter die Lupe nehmen, sondern er soll auch alle „Bestrebungen" bekämpfen, die „auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland ... gefährden".

Auf zwei Punkte muß in diesem Zusammenhang zunächst hingewiesen werden:

Erstens: Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik sind ohnehin der am meisten ausgebeutete und entrechtete Teil der Arbeiterklasse in unserem Land.

Wahrhaft großzügig heißt es in den Ausführungsbestimmungen zum Ausländergesetz von 1965, daß die Ausländer in der BRD „alle Grundrechte" genießen – „mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland"! Ausweisungsgrund ist lt. Gesetzeskommentor vor allem: „Die Agitation in Betrieben der Wirtschaft und der Industrie (z. B. Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Arbeits- und Betriebsfriedens)". Noch genauer: Es ist den ausländischen Arbeitern und auch Studenten usw. jede politische Meinungsäußerung verboten, „die den Zweck verfolgt, andere in ihrer Auffassung zu beeinflussen. So geht der Versuch, durch Äußerung einen politischen Meinung einen anderen zur eigenen politischen Meinung zu bekehren (!), über die vom Grundgesetz geschützte reine Meinungsäußerung hinaus, und zwar auch dann, wenn sich dieser Versuch im kleinen, vertrauten Kreise abspielt"!

Nach § 14 des Ausländergesetzes können die Betroffenen selbst in ein Land ausgewiesen werden, in dem wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind – z. B. Griechenland, Spanien, Iran usw., wo die Bourgeoisie ihre faschistische Herrschaft errichtet hat. Ja: Gerade Arbeiter und Studenten aus diesen Ländern, die sich in der Bundesrepublik für den Freiheitskampf ihres Volkes engagieren, werden besonders scharf bespitzelt und „mit Vorliebe" an ihre Henker ausgeliefert. Beispiele gibt es genug. So soll jetzt der jordanische Student Nasser Hamed die Bundesrepublik unverzüglich verlassen, weil er „die Beziehungen der BRD zu Jordanien belastet" hat. Wodurch? Er hat im November letzten Jahres ein Flugblatt in arabischer Sprache herausgegeben (Auflage: 70 Exemplare), in dem er den brutalen Terror des jordanischen Hussein-Regimes geißelte. Das ist es, was die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Jordanien „belastet" – nicht etwa, daß die BRD durch Waffenlieferungen und Kredite an Israel und Jordanien den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes niedermetzeln hilft!

Zweitens: Wenn der Verfassungsschutz bislang auch keine gesetzliche Grundlage für die „Überwachung" von Ausländern hatte – eine enge Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes und anderer Geheimdienststellen mit der Ausländerpolizei gibt es schon lange. Im Grunde wird durch die Gesetzesänderung nachträglich die juristische „Legitimation" für eine längst begonnene Praxis eingeholt, die jetzt allerdings weit umfangreicher ausgeübt werden soll. Ebenso gibt es seit langem eine enge Komplizenschaft mit ausländischen Geheimdiensten, Botschaften usw. Wir erinnern nur daran, daß das Bundeskriminalamt (BKA) anläßlich des Schah-Besuchs am 30. 3. 67 von der iranischen Botschaft eine Liste von 559 namentlich aufgeführten „Schah-Gegnern" erhielt, die (ohne nähere Begründung) als „besonders gefährlich" bezeichnet wurden. Das BKA wies daraufhin die Ausländerpolizei per Fernschreiben an, diesen Personen ein politisches Betätigungsverbot und tägliche Meldepflicht aufzuerlegen. Dieses Beispiel läßt darüberhinaus erahnen, welche große „Arbeitsfreiheit" Geheimdienste faschistischer Staaten (in diesem Fall dem für seine Folter und Morde berüchtigten iranischen SAVAK) auf westdeutschem Boden eingeräumt wird. Ein anderes Beispiel ist der bekanntgewordene Fall, wo die Münchner Polizei Namenslisten iranischer Studenten an die SAVAK lieferte: Die Studenten hatten aus Protest gegen die Ermordung von Patrioten im Iran das iranische Generalkonsulat besetzt.

Geheimpolizei anstatt Kripo

Begründet wird die Gesetzesänderung zur Überwachung der Ausländer durch den Verfassungsschutz mit dem „zunehmenden politischen Radikalismus" ausländischer Arbeiter und Studenten. Jahrelang ist dies durch eine infame Minderheitenhetze vorbereitet worden (angeblich besonders hohe Kriminalität, Faulheit, usw.). Die Ausländerpolizei könne dieser Entwicklung nicht mehr Herr werden, denn: „Eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Beobachtung unerwünschter politischer Bestrebungen ist nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln möglich", d. h. mit Spitzeln und eingeschleusten Agents provocateurs, über die die Ausländerpolizei nicht verfügt.

Die V-Männer des Verfassungsschutzes liefern als „Zeugen vom Hörensagen" der Ausländerpolizei und den Staatsanwaltschaften „Verdachtsmaterial" und „Beweise", die wegen der gesetzlich geschützten Anonymität der Informanten auf gerichtlichem Wege meist unangreifbar sind. Und nebenbei: Die äußerst niedrige Bezahlung ausländischer Arbeiter, ihre notgedrungen vorhandenen Schwierigkeiten beim „Umgang" mit westdeutschen Behörden (Aufenthaltsgenehmigung, Wohnungssuche usw.) stellen relativ günstige Vorbedingungen für die Lock- und Druckmittel des Verfassungsschutzes beim Anwerben von Spitzeln dar.

Warum wird nun eine geheimpolizeiliche Tätigkeit „legalisiert", die schon lange praktiziert wird?

Es wird sich bei einer von der Bourgeoisie beabsichtigten Verstärkung der Ausländerverfolgung auf längere Zeit nicht vermeiden lassen, daß einiges über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes öffentlich bekannt wird. Da scheint es dem Staat für seine Zwecke schon sinnvoller, wenn er darauf verweisen kann, daß dies „völlig rechtens" ist. Staatssekretär Dr. Hans Schaefer (FDP) bedauerte in der Bundesgrenzschutz-Zeitung „Die Parole" vom März 1971:

„Auch und gerade Bürger, die fest auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zeigen oft wenig Verständnis für den Verfassungsschutz. Oder aber sie glauben, mit einem Augenzwinkern ihr Wissen darüber andeuten zu müssen, daß beim Verfassungsschutz eben nicht jeder mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufe."

Solche Gesetze, die in unserem Land (wie es heißt) „gegen die Kapitalisten gerichtet" sind, wie z. B. die „Bekämpfung" der Wirtschaftskriminalität, des Mietwuchers usw. – die stehen nur der Form halber auf dem Papier und werden kaum angewendet. Die Gesetze aber, die in unserem Land gegen die Arbeiter geschmiedet werden – da ist es nicht einmal „nur" so, daß sie zu tatsächlichen Durchführung beschlossen werden. Da ist es vielmehr noch so, daß sie beschlossen werden, um einigen der unzähligen Willkürmaßnahmen des Kapitals den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu geben!

Die Gesetzesänderung zur Überwachung der Ausländer durch den Verfassungsschutz wurde damit „begründet", daß diese Überwachung wegen des „zunehmenden politischen Radikalismus" notwendig und nur mit geheimdienstlichen Mitteln möglich sei. Die „Rote Robe" schreibt dazu in ihrer Ausgabe 4/71:

„Da das Argument: ‚Eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Beobachtung unerwünschter politischer Bestrebungen ist erfahrungsgemäß nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln möglich', natürlich nicht auf Ausländer beschränkt ist, kann man den Tag absehen, an dem in stärkeren politischen Auseinandersetzungen unter dem Vorwand der Ineffizienz die Kriminalpolizei ganz allgemein durch die Geheimpolizei ersetzt wird."

Forts. von Seite 1

Staatlicher Mord

+ Am 2. März 72 wurde Thomas Weisbecker in Augsburg erschossen. Weisbecker war gar nicht einmal richtig in der Lage, den Polizeiüberfall wahrzunehmen, so schnell lief dieser ab. Ein Augenzeuge berichtet: „Plötzlich stiegen zwei Männer in Zivil aus einem weißen BMW. Mit gezogenen Pistolen rannten sie auf den jungen Mann zu. Der wich, offensichtlich verwirrt und vor Überraschung reaktionsunfähig ein paar Schritte zurück. Kein Laut war zu hören, bis plötzlich aus drei Meter Entfernung nur ein Mann mit ausgebreiteter Hand einen Schuß auf das Opfer abgab."

Alle hier aufgeführten „Erschießungen" – und es ist zweifellos nur ein kleiner Ausschnitt aus der letzten Zeit – zeigen, daß Notwehr-Situationen – objektiv und tatsächlich – in keinem Fall vorlagen. Immer hieß es, der Todesschütze „nahm an", daß er in einer Notwehr-Situation gehandelt habe; er „glaubte" es; es sei eine „subjektive Notwehr-Situation" usw. usf. Also: Im besten Fall stets ein Irrtum, ein Versehen oder gar bewußte planmäßige Exekution, MORD. Und die Erschossenen? Linke, Anarchisten, Farbige, Ausländer, Arbeiter!

Die „vermeintliche", „eingebildete", „subjektive" Notwehr-Situation wird stets herbeizitiert, um die uniformierten Todesschützen später freizusprechen. Inzwischen ist aber eine Situation eingetreten, in der jedermann sich objektiv in einer echten Notwehr-Situation befindet, wenn er einem Polizisten auch nur begegnet. Ein Griff in die Tasche, eine schnelle Bewegung, ein falscher Blick ... schon kann es um ihn geschehen sein.

Die politischen Morde zeigen, wie die Polizei den Terror eskaliert. Nicht einmal in seiner Wohnung ist man mehr vor dem Polizei-Terror sicher, wie die Ermordung MacLeods am 25. Juni zeigt. Die Die Polizei weigerte sich sogar zuerst, den Namen dieses Opfers bekannt zu geben. Journalisten mußten ihn selbständig herausfinden. Die Umstände dieses Mordes (Schuß in den Rücken durch eine geschlossene Tür) können nicht einmal mehr für eine eingebildete „Notwehr" des Polizisten herhalten. Das einzige, was die Polizei bislang als „Begründung" für diesen Mord anführen konnte, ist eine angebliche Namensnennung von MacLeod in dem ominösen Brief von Gudrun Ensslin an Ulrike Meinhof.


MacLeod

Inwieweit diese Angabe stimmt und inwieweit dieser Brief überhaupt echt ist und keine Fälschung, konnte die Polizei bislang nicht beweisen, sondern nur behaupten. Von der bürgerlichen Presse wird dabei der Eindruck erweckt, daß die Behauptungen der Polizei ohnehin immer wahr sind. Die Aussage von Gudrun Ensslin, daß dieser Brief nicht von Rechtsanwalt Schily aus ihrer Zelle geschmuggelt wurde, gilt von vornherein als unglaubwürdig.

Die Erschießung des Arbeiters in Duisburg und die des Farbigen in Frankfurt zeigen aber auch, daß die Polizei selbst angebliche „Verbindungen zu Terroristen" nicht mehr als Begründung für nötig hält.

Der Farbige hatte unter einer Brücke geschlafen und wurde dabei von einer Razzia „aufgespürt". Er lief erschreckt weg, die Polizei „schöpfte Verdacht" und erschoß ihn hinterrücks.

Der Moped fahrende Arbeiter in Duisburg wurde zunächst von einer Polizeistreife verfolgt, weil er dem Polizisten „aufgefallen" war, „als er mit seinem Moped davonbrauste" – wie die „Hamburger Morgenpost" am 5. Juli in einer kleinen Meldung auf Seite 23 schrieb. Weiter heißt es in der Meldung: „Der Oberwachtmeister entdeckte den Verdächtigen schließlich auf einem Speditionsgelände. Als der Mann seine Hand in die Jackentasche steckte, ergriff den Beamten Panik. Er schoß." Der Arbeiter hatte ein Schlüsselbund in der Tasche.

Wir erinnern auch an die Erschießung des Mechanikerlehrlings Richard Epple in der Nacht zum 2. 3. 72. Der Lehrling hatte sich einer Polizeikontrolle entzogen, weil er einen Wagen fuhr, ohne einen Führerschein zu besitzen. Nach einer wilden Verfolgungsjagd eröffneten die Polizisten das Feuer. Die Obduktion stellte 7 Einschüsse im Körper von Richard Epple fest. 10 Kugeln aus der Polizei-MP schlugen in ein Wohnhaus ein – eine davon ins Schlafzimmer und eine ins Wohnzimmer.

Der Terror in unserem Land wächst. Aber nicht ein angeblicher „Terror von links", sondern der Terror des kapitalistischen Staates.



ARBEITERKAMPF
Herausgeber-Druck-Verlag
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
Presserechtlich verantwortl.:
K. Ehlers, Hamburg
Auflage 13500

Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

Polizei-Willkür gegen Kommunisten

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten wir, wie die bürgerliche Presse sich immer mehr in ihrer Hetze auf kommunistische Gruppen einschießt und wie die Kapitalisten sich in ihren internen Mitteilungsblättern darauf aufmerksam machen, daß die größte Gefahr für ihre Ausbeuterherrschaft von denjenigen Gruppen her droht, die eine kontinuierliche Arbeit in den Betrieben machen und deren Politik immer mehr bei den Arbeitern Zustimmung findet. Es bleibt nicht bei der bloßen Hetze gegen kommunistische Gruppen - die Bourgeoisie schreitet längst zur Tat. In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, wo die Staatsorgane konkrete Willkür gegen diese Gruppen ausüben: Hausdurchsuchungen und Festnahmen, Behinderung der Agitation und Propaganda, Schläge gegen linke Buchläden usw. Zu einem großen Teil werden dabei demokratische Rechte, die in „normalen Zeiten" jedem Bürger unseres Landes zustehen, völlig gesetzwidrig außer Kraft gesetzt. Andererseits werden gerade in der letzten Zeit neue Gesetze geschaffen, die diese derzeit noch gesetzlose Willkür zu einer „legalen Willkür" machen sollen. Dazu gehört das am 22. Juni verabschiedete neue Bundesgrenzschutzgesetz ebenso wie die verschärfte „Ausländerüberwachung" durch den Verfassungsschutz und die Verabschiedung der alten „Vorbeugungshaft"-Pläne unter dem Namen „Haftgrund der Wiederholungsgefahr". Wir berichten an anderer Stelle in dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF darüber. Als Vorwand für ihre Überfälle auf kommunistische Gruppen nennt die Polizei häufig eine angebliche „Verbindung zur Baader/Meinhof-Gruppe". Das läßt sich in fast keinem Fall bestätigen. Aber der Staat und die bürgerliche Presse, Funk und Fernsehen haben in einer monate- und jahrelangen Kampagne dafür gesorgt, daß die Kommunisten heute mit Billigung eines Teils der Bevölkerung als „linke Terroristen" verfolgt werden können. Die ganze von der Reaktion entfachte „RAF-Hysterie" dient diesem Zweck: Sie soll die Möglichkeit schaffen, ohne größere Proteste und Kampfaktionen der Arbeiter die Illegalisierung und Liquidierung der neu entstehenden kommunistischen Bewegung zu betreiben. Gleichzeitig setzt eine Offensive des Kapitals gegen alle dem Kapitalismus nur kritisch gegenüberstehenden Menschen ein, die insgesamt als „Volks- und Staatsfeinde" diffamiert werden. Sind die Arbeiter und anderen vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten Schichten erst ihrer fortschrittlichsten und bewußtesten Vertreter beraubt, dann können die Kapitalisten ihre Schläge umso brutaler und widerstandsloser austeilen. Der Nazi-Faschismus hat der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Beziehung blutige Erfahrungen geliefert. Nachdem der sogenannte „harte Kern" der „Baader/Meinhof-Gruppe" in den letzten Wochen verhaftet wurde und das Phantom „RAF" somit in einiger Zeit seine Funktion für das Kapital verliert, bläst der Staat jetzt zur „Austrocknung des linken Sumpfes" (Chefredakteur Kremp. in Springers „Welt" vom 19. Juni). Die Bourgeoisie ist ihrer Absicht damit ein Stück näher gekommen - die propagandistische Vorbereitung zur Illegalisierung kommunistischer Gruppen ist zu einem großen Teil gelaufen. Es beginnen die „konkreten Maßnahmen". In einer Erklärung zur Polizeiaktion gegen den KB am 7. Juni (siehe unten) stellte der KB fest: „Die Polizeiaktion in Hamburg und andere Schritte gegen die Kommunisten dienen: - dem Kennenlernen der kommunistischen Bewegung und ihres Verhältnisses zu den Massen; - der Einschüchterung der Betroffenen und aller mit ihnen Sympathisierenden; - der Diffamierung und Kriminalisierung der Kommunisten unter den Massen und damit der Aufhetzung der Bevölkerung gegen alle Linken; - der Gewöhnung der Polizei (sowohl des Apparats als auch des einzelnen Beamten) an Verhaftungen und an andere Aktionen gegen „Politische"." Die kommenden Wochen und Monate werden uns zwingen, ein besseres politisches und organisatorisches Rüstzeug anzulegen, damit es den Kapitalisten nicht gelingt, die noch sehr zersplitterten kommunistischen Zirkel einen nach dem anderen fertigzumachen. Im folgenden bringen wir einige Beispiele der zunehmenden Angriffe auf kommunistische Gruppen durch den Polizei- und Justizapparat.

HAMBURG

Am 7. Juni stürmten massive zivile und uniformierte Polizeikräfte mit MP-Bewaffnung eine Wohnung von KB-Genossen in Hamburg. Insgesamt 9 Bewohner und zufällig Anwesende wurden festgenommen und aufs Polizeipräsidium geschleppt, teilweise in Handschellen. Dort wurden sie in Einzelzellen gesteckt, „erkennungsdienstlich behandelt" (Fahndungsfotos, Fingerabdrücke, Personalienaufnahme) und teilweise Verhören unterzogen, in denen die Polizeibeamten Näheres über die persönlichen und Arbeitsverhältnisse der Genossen, sowie über ihre politische Einstellung und politische Verbindungen rauszukriegen versuchten. Erst nach mehreren Stunden wurden die Genossen wieder freigelassen.



Die Wohnung wurde durchsucht, gründlich abfotografiert, von Schreibmaschinen wurden Schriftproben genommen usw. Besonderes Interesse fanden verschiedene Aktenordner der Genossen, persönliche Briefe, Adressbücher usw. Auf die Frage nach einem Hausdurchsuchungsbefehl antwortete ein Polizeikommissar, daß sie den für „solche Fälle" nicht nötig hätten. Das Recht auf Benachrichtigung eines Rechtsanwaltes wurde den Genossen verweigert. Schließlich konnten zwei Anwälte nur von Außenstehenden gerufen werden.

Begründet wurde die Festnahme der KB-Genossen erst nach langer Weigerung der Polizei mit dem "Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung", womit die RAF gemeint war. Ferner: die Polizei habe angeblich "sichere Hinweise", daß Gudrun Ensslin bei den KB-Genossen gewohnt hätte. Gudrun Ensslin wurde nach jahrelanger Verfolgungsjagd wegen ihrer Zugehörigkeit zur RAF gegen Mittag des 7. Juni in der Hamburger Innenstadt verhaftet. Sie soll einen Ausweis bei sich gehabt haben, der auf einen falschen Namen mit der Adresse des Hauses ausgestellt war, in dem u.a. auch die KB-Genossen wohnen (insgesamt befinden sich in diesem Haus 11 Wohnungen).

Der Einsatzleitung war von vornherein bekannt, daß in der durchsuchten Wohnung KB-Genossen wohnen. Ebenso wie ihr von vornherein bekannt war, daß der KB keine Verbindung zur RAF hat, daß der KB mit den politischen Aktionen der RAF nicht übereinstimmt. Der Verfassungsschutz und die politische Polizei haben sich gerade 9 Tage vor der Polizeiaktion gegen den KB sehr genau angehört, was den KB von der RAF trennt. Am 29. Mai führte der KB anläßlich der Bombenattentate und Bombendrohungen der zurückliegenden Wochen eine Informationsveranstaltung durch, die von 800 bis 1.000 Arbeitern, Studenten und Schülern besucht wurde.

„Wem nützen die Bomben bei Springer? " - unter diesem Titel wurde nicht nur eine Kritik an der RAF geleistet, sondern der KB enthüllte anhand konkreter Beispiele die Agenten- und Provokationstätigkeit von faschistischen Gruppen, Verfassungsschutz usw., die sich in linke Gruppen einzuschleichen versuchen oder unter „linkem Namen" Provokationen durchführen, die hinterher Kommunisten und Anarchisten angelastet werden sollen. Die anwesenden Polizeispitzel, die auf allen größeren Versammlungen der Linken ihrem schmutzigen Beobachtungsgeschäft nachgehen, berichteten eiligst ihrem obersten Chef in Hamburg, dem SPD-Polizeisenator Ruhnau.

Ruhnau sprach die Informationsveranstaltung des KB daraufhin in einer Debatte der Hamburger Bürgerschaft über „Linksradikalismus" zbd "Bombenterror" an. Die Enthüllungen über faschistische Provokationen und über die Agententätigkeit des Verfassungsschutz hatten den Polizeisenator sehr aufgebracht. Er sagte dazu, es gehe im Augenblick „die Legende (!) um, die Bomben würden vom Verfassungsschutz gelegt". Das könne man aber nicht einfach „als Geschrei von Irren abtun", wenn man bedenke, daß „zu einer Veranstaltung 800 junge Menschen kommen, die das glauben und frenetisch Beifall klatschen".

Ruhnau versprach in der Bürgerschaft, verstärkt und sofort konkrete Maßnahmen dagegen zu ergreifen, daß die Enthüllungen über die Absichten der Kapitalisten und ihrer faschistischen und polizeilichen Gefolgsleute breiter bekannt werden und der Kommunismus Zustimmung bei größeren Teilen der Arbeiter und und anderen Bevölkerungsschichten findet. Insbesondere versprach er auch konkrete Maßnahmen gegen den KB. Man darf annehmen, daß Ruhnau sich im „vertraulichen Kreis" seiner obersten Polizeikommissare noch deutlicher ausdrückt. Wie deutlich - das zeigte der Polizeiüberfall am 7. Juni.

Eine ausführlichere Erklärung des KB zur Polizeiaktion am 7. Juni in Hamburg ist in einer Sonderausgabe von UNSER WEG zum Preis von 20 Pfennig erschienen.

Ebenso haben wir die Reden aus der Informationsveranstaltung des KB am 29. Mai in Hamburg nachgedruckt - Preis: 1,50 DM. Wegen des schnellen Ausverkaufs der ersten Auflage, haben wir diese Broschüre noch einmal nachgedruckt, so daß sie wieder erhältlich ist.

Beide Schriften sind über den Verlag ARBEITERKAMPF (siehe Impressum) sowie in verschiedenen linken Buchläden, u.a. dem ARBEITERBUCH erhältlich.

Provokation des ZDF

Drei Tage nach dem Polizeiüberfall auf die Wohnung von KB-Genossen in Hamburg wurde ein erneuter Versuch unternommen, den KB in die Nachbarschaft der „Baader-Meinhof-Gruppe" zu bringen.

Bisher Unbekannte hatten in der Nacht zum 10. Juni die Schaufenster des Buchladens ARBEITERBUCH in Hamburg mit den Worten beschmiert: „Solidarität mit der RAF" und „Der Kampf geht weiter auch ohne Euch". Das ARBEITERBUCH in Hamburg steht bekanntlich dem KOMMUNISTISCHEN BUND nahe.

„Zufällig" war schon vor Ladenöffnung am 10. Juni ein Aufnahme-Team des ZDF-Magazins zur Stelle, dessen Chef der berüchtigte Hetzer Gerhard Löwenthal ist. Als die Angestellten des ARBEITERBUCH die Schmierereien vom Schaufenster entfernten, gab der Aufnahmeleiter Befehl zu filmen. Dabei kommentierte er ins Mikrofon, das ARBEITERBUCH sei offenbar bemüht, seine „Verbindung zur Baader-Meinhof-Bande" zu vertuschen, usw. Danach versuchte der Kameramann Nahaufnahmen der Angestellten gegen deren Willen zu machen. Als deshalb jemand mit der Hand die Kamera abdecken wollte, rief der Aufnahmeleiter sofort zwei Polizeiwagen herbei. Er beschwerte sich, es habe eine Schlägerei gegeben, Angestellte des Buchladens würden die „Freiheit der Berichterstattung" des ZDF einschränken, das sei Terror, usw.

Ähnliche Provokationen versuchte das Aufnahme-Team danach auch in den Buchläden „Manifest" und „Internationale Buchhandlung" anzuzetteln. In der „Internationalen Buchhandlung" die der DKP nahesteht, versuchte der Aufnahmeleiter Bormann, sich den Kauf eines Buches quittieren zu lassen, das Rezepte für „Molotow-Cocktails" enthält. Nur: er hatte sich das Buch offenbar selbst mitgebracht, denn in diesem Buchladen gibt es das nicht zu kaufen. Die Quittierung sollte keinem anderen Zweck dienen, als diesen Buchladen ebenfalls im ZDF-Magazin wegen Verkaufs „linker Terror-Literatur" zu kriminalisieren.

Es ist mit diesen Vorfällen konkret nachgewiesen, daß Löwenthal und sein ZDF-Magazin geschulte Provokateure einsetzen, die sich die „Schlägerei" und den „Terror", über die sie im Fernsehen herziehen wollen, erst eigenhändig schaffen.

Sowohl das „Arbeiterbuch" als auch die „Internationale Buchhandlung" leiteten sofort juristische Schritte gegen den Aufnahmeleiter ein. Das hatte diesmal noch Erfolg, weil die Provokationen hier zu offensichtlich waren: Noch vor der Sendung am 14. Juni teilte das ZDF dem Rechtsanwalt des „Arbeiterbuch" mit, daß es „kein Interesse" daran habe, die Schmierereien am „Arbeiterbuch" für die Sendung auszunutzen. Diese speziellen Provokationen blieben dann auch tatsächlich aus dem ZDF-Magazin raus - die allgemeine Hetze gegen linke Buchläden blieb natürlich drin.

OLDENBURG

Mitte Januar dieses Jahres erhielt die Gruppe Oldenburg des KB ein Schreiben des Ordnungsamtes der Stadt. Darin wurde sie aufgefordert, „etwa 8 Tage" vor jeder Verteilungsaktion von Flugblättern usw. einen „formlosen Antrag" zwecks Erlaubnis der Verteilung zu stellen und „mindestens 3 Muster der Mitteilungsblätter" beizufügen. „Werden die Anträge nicht rechtzeitig gestellt, verfallen sie der Ablehnung." In einem weiteren Schreiben vom 24. April wurden die Genossen dann aufgefordert, „mindestens 5 Tage

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 4

POLIZEI-WILLKÜR GEGEN KOMMUNISTEN

vor der jeweiligen Aktion" einen Erlaubnisantrag zu stellen. Außerdem sollen sie eine „Sondernutzungsgebühr von 5,– DM pro Tag bezahlen. Sind die Genossen beispielsweise darauf angewiesen, aus Kräftemangel den Vertrieb einer Ausgabe des ARBEITERKAMPF über 6 Tage zu erstrecken, so müssen sie jedesmal 30,– DM an das Ordnungsamt blechen. Besonders für eine kleinere kommunistische Gruppe, die ihre Flugblätter und Zeitungen nicht wie die bürgerliche Presse aus Kapitalisten-Anzeigen finanzieren kann, bedeutet dies eine erhebliche Belastung.

Werden die Auflagen nicht eingehalten, so droht das Ordnungsamt ein „Zwangsentgeld" von 50,– DM an, was bereits zweimal geschah. Telefonisch teilte das Ordnungsamt überdies mit, daß „im Wiederholungsfalle" zukünftige Anträge von vornherein abgelehnt werden.

Das Ordnungsamt beruft sich bei der Anordnung der Genehmigungspflicht von Flugblättern und Zeitungen sowie bei der Erteilung der Auflagen auf eine städtische Satzung und auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Was die städtische Satzung betrifft, so identifiziert das Ordnungsamt das Verteilen von Flugblättern sehr weitherzig mit dem „Umhertragen oder Umherfahren von Plakaten oder ähnlichen Ankündigungen", was gemäß dieser Satzung einer Erlaubnis bedarf, weil es eine „Sondernutzung" der Straßen darstellt. Das ist tatsächlich eine weitgehende Auslegungsfreiheit der Behörde – auch wenn man bedenkt, daß zu verschiedenen Zeiten verschiedene Fristen für die Anmeldungspflicht genannt wurden. Offenbar sind diese Paragraphen so „ermessensfrei" gefaßt, damit sie je nach vorliegendem Fall entsprechend nach der einen oder nach der anderen Seite hin interpretiert werden können. Wie diese Paragraphen gegenüber einer kommunistischen Gruppe angewandt werden, das haben die Oldenburger Genossen des KB jetzt erfahren. Ob und wie sie gegen rechtsradikale Gruppen oder gegen Flugblätter und Handzettel der bürgerlichen Parteien angewandt werden – darüber haben wir leider noch keine Informationen.

Noch haarsträubender ist es mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.6.1970, auf das sich das Ordnungsamt beruft. Es handelt sich dabei um ein Urteil gegen eine Verteilung von Werbezetteln für ein Nachtlokal, also um eine gewerbsmäßige Verteilung von Handzetteln. Gegen die Gruppe Oldenburg des KB wurde es aber als eine Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit ins Feld geführt.

Beispielsweise hat die Gruppe Hamburg des KB in den Chemie-Streiks des letzten Jahres und in der letzten Metalltarifrunde von einem auf den anderen Tag die Kollegen in allen größeren Betrieben der Branche mit Informationen aus den bestreikten Betrieben und mit Informationen über die Kampfbereitschaft in anderen Betrieben versorgt. Nach den Auflagen, die das Ordnungsamt der Oldenburger Gruppe erteilt hat, ist diese Informationsarbeit bereits für die Genossen illegalisiert. Denn was nützen den Kollegen die Informationen wenn sie erst eine Woche später nach Einhaltung der vorgeschriebenen Anmeldefrist kommen? Aber auch jede andere Stellungnahme der Genossen zu aktuellen Ereignissen, z.B. zu den Bombenanschlägen und Bombendrohungen der letzten Zeit ist damit, wenn sie kurzfristig herausgebracht werden soll (und das ist natürlich notwendig), illegalisiert. Es bleibt so einzig der bürgerlichen Presse vorbehalten, ihre Hetze zu verbreiten.

Wenn das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, auf das sich das Oldenburger Ordnungsamt beruft, auch noch fadenscheinig ist für die erteilten Auflagen bei politischen Flugblättern (weil es sich auf gewerbsmäßige Handzettel bezieht), so können wir doch keine Illusionen über den Erfolg einer möglichen Klage gegen dies ungesetzliche Vorgehen der Behörde hegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat nämlich in einem späteren Urteil vom 15.4.71 ausdrücklich entschieden, daß das Verteilen politischer Flugblätter einer Erlaubnispflicht unterworfen werden kann, wenn dies mit „gleich- oder höherrangigen Rechtsgütern" in Konflikt kommt. Das „höherrangige Rechtsgut" in unserem Land ist bekanntlich das Privateigentum der Kapitalisten.

Das ist ein Stück „Pressefreiheit", wie sie in unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" so recht nach dem Herzen der Kapitalisten ist. Die Kommunisten werden durch die bürgerliche Klassenjustiz zu illegaler Arbeit gezwungen.



NEUSTADT/COBURG

Über einen anderen Anschlag auf die kommunistische Presse berichtet der KAB/ML (Tübingen) in seiner „Roten Fahne",

Seit längerer Zeit schon wurde eine Gruppe der „Revolutionären Jugend/ML" aus Neustadt bei Coburg beim Verteilen und Verkauf ihrer Flugblätter und Zeitungen von der Polizei behindert. Genossen wurden Anzeigen angedroht und zur Wache geschleppt, weil sie keine „ordnungsgemäße Erlaubnis" hätten. Um bei der Verteilung eines Extrablattes zum diesjährigen 1. Mai nicht wieder in unnötige Schwierigkeiten zu geraten, beantragten die Genossen diesmal rechtzeitig vorher eine Genehmigung. Statt daß sie nun aber unbehelligt von der Polizei verteilen konnten, kam die Polizei vor der Verteilung zu ihnen ins Haus und beschlagnahmte sämtliche Extrablätter und eine Berufschulzeitung. Das Amtsgericht Coburg hatte in seinem Hausdurchsuchungsbefehl als Grund dafür „Volksverhetzung" und „Staatsverleumdung" angegeben (§§ 130, 131 StGB). „Volksverhetzung" und „Staatsverleumdung" ist laut Beschluß des Amtsgerichts u.a., daß die Genossen in ihren Extrablättern der SPD/FDP-Regierung Hetze gegen die Arbeiter und Angestellten vorgeworfen haben, daß sie die „Klassenversöhnung" als einen „hinterhältigen Betrug der Sozialdemokratischen Führung" bezeichnet haben und daß sie „ein einiges sozialistisches Deutschland" als „das Ziel der revolutionären deutschen Jugend" genannt haben.



STUTTGART

Am 17. Juni drangen Zivilbeamte der „Sicherungsgruppe" des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg in ein Büro der „KPD/ML (ZB)" in Stuttgart ein.

Wie die „KPD/ML (ZB)" in ihrem „Roten Fahne" schreibt, legte die Polizei weder vorher noch hinterher einen Durchsuchungsbefehl vor. Besonderes Interesse hatten die Zivilbeamten auch hier an Adressenmaterial und an einigen Exemplaren und Betriebszeitungen und innerorganisatorischen Rundschreiben. Einige herumstehende leere Flaschen und Radio-Batterien, die für ein Megaphon verwendet werden, sahen die Polizisten offenbar als „Beweismaterial" für einen „begründeten Verdacht" an, es handle sich um eine „Bombenwerkstatt". Ein anwesender Genosse wurde daran gehindert, sich telefonisch mit einem Rechtsanwalt und mit anderen Genossen in Verbindung zu setzen. Am Ende der Durchsuchungsaktion wurde dem Genossen dann auch noch das Recht verwehrt, Einblick in die Liste der beschlagnahmten Gegenstände zu nehmen.



BOCHUM

Am 16. Juni stürmten etwa 30 Kriminalbeamte mit MP-Bewaffnung eine Wohnung von Genossen des „Sozialistischen Lehrlingskollektivs" in Bochum. Zuvor war die ganze Straße abgeriegelt worden und weitere bewaffnete Polizisten hielten sich rings ums Haus in Stellung.

Ohne Hausdurchsuchungsbefehl wurde die ganze Wohnung auf den Kopf gestellt. Ein Rechtsanwalt oder Zeugen wurden nicht zugelassen. Insgesamt nahm die Polizei 13 Personen fest, worunter sich auch einige aus anderen Wohnungen im gleichen Haus befanden, die nichts mit der Lehrlingsgruppe zu tun haben. Zur selben Zeit durchwühlten bewaffnete Polizisten auch die Wohnung der Eltern eines Festgenommenen in einem kleinen Ort in der Nähe von Düsseldorf.

Die Festgenommenen wurden (teilweise in Handschellen) auf die Wache geschleppt und in Einzelzellen gesperrt. Die Mädchen mußten sich ausziehen, ihre Kleider wurden durchwühlt. Die Proteste der Festgenommenen gegen diese völlig willkürliche Behandlung blieben erfolglos – ebenso wie ihr Verlangen nach einem Rechtsanwalt erfolglos blieb. Um den Polizisten zu zeigen, daß sie sich aber dadurch nicht einschüchtern ließen, sangen die Genossen auf der Wache gemeinsam revolutionäre Arbeiterlieder.

Die Durchsuchungsaktion und die Festnahmen „begründete" die Polizei damit, daß die Adresse des „Sozialistischen Lehrlingskollektivs" in einem angeblich bei Ulrike Meinhof gefundenen Notizbuch gestanden hätte. Tatsächlich war dies wohl ebenso wie in Hamburg nur ein Vorwand, um die Lehrlingsgruppe in die Nähe der „Baader-Meinhof-Gruppe" zu rücken und sie dadurch zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Einer der Festgenommenen ist Bildungsreferent bei der sozialistischen Gruppe „Die Falken" in Köln. Er bekam große Schwierigkeiten, als er sich Ende April dagegen aussprach, die Demonstration gegen die versuchte Machtergreifung von Strauß & Co. unter der sozialdemokratischen Abwieglerparole „Ja für Willy Brandt" zu organisieren. Er wurde kurz vor seiner Festnahme am 16. Juni bereits zweimal unter fadenscheinigen „Gründen" festgenommen. Einmal wegen angeblicher „Ähnlichkeit mit Albert Fichter", der wegen Zugehörigkeit zur RAF verfolgt wird.

Ein anderer der Festgenommenen ist Verantwortlicher für das von der Lehrlingsgruppe herausgegebene „Rote Berichtsheft", das an der Bochumer Berufsschule viel Einfluß unter den Lehrlingen hat. Gerade in der letzten Zeit bekam die Gruppe viel Zustimmung von den Lehrlingen, als sie den geplanten Abbau des Berufsschulunterrichts auf 4 Stunden angriffen. Bei einer Diskussion darüber blieben rund hundert Schüler nach der Pause auf dem Schulhof und stimmten dem Protest und der Förderung der Genossen zu. Einen Tag vor der Durchsuchungsaktion bei der Lehrlingsgruppe fand ein Prozeß gegen einen der Festgenommenen wegen „Beleidigung" eines Berufschullehrers statt.

Diese Hintergründe machen klar, daß die Polizeiaktion in Bochum fern aller fadenscheinigen Vorwände gegen das wachsende politische Bewußtsein unter den Lehrlingen gerichtet war.

(nach „Rote Fahne", Zeitung der „KPD/ML-ZB")



Bilanz der RAF

Kritik am 1. Versuch in Westdeutschland, den bewaffneten Kampf zu führen

Die Polizei hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Personen verhaftet, die im Zusammenhang mit der „Baader-Meinhof-Gruppe“ gesucht wurden. Unter ihnen die als Führer der Gruppe geltenden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof. Damit scheint das Ende der „Baader-Meinhof-Gruppe“ gekommen zu sein.

Im nächsten Schritt soll jetzt der angebliche „Hintergrund“ der Gruppe „aufgerollt“ werden. Damit sind alle diejenigen gemeint, die – aus welchen Gründen auch immer – zu irgendeinem Zeitpunkt Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe“ Quartier gegeben haben oder gegeben haben sollen. Weiterhin alle diejenigen, die – ohne das Treiben der „Baader-Meinhof-Gruppe“ im geringsten zu verteidigen – doch versucht haben, es zu erklären und sich gegen Exzesse der Polizei-Fahndung gewandt haben. In diese Kategorie fallen z. B. Schriftsteller wie Böll, kritische Rundfunkredakteure usw. „Die Entscheidung wird erst gefallen sein, wenn der Hintergrund der Anarchie nicht nur aufgehellt, sondern weggewischt ist ..... wenn es auch die Helfer der Helfershelfer nicht mehr gibt“, giftet Springers „Welt am Sonntag“. Mit anderen Worten: nicht nur die Bölls sollen „weggewischt“ werden, sondern auch noch diejenigen, die sich gegen die Hetze auf Böll eingesetzt haben. Jede Opposition muß mundtot gemacht werden, dann ist „Ruhe“ wie Springer sie schon immer haben wollte. Friedhofsruhe!

Die bürgerliche Presse, Rundfunk, Fernsehen usw. behaupten, daß mit der „Baader-Meinhof-Gruppe“ eine „Saat der Gewalt“ aufgegangen sei. Gewiß, aber wer ist dafür verantwortlich ... ? Verantwortlich gemacht werden soll die gesamte Linke unseres Landes, verantwortlich gemacht werden soll letzten Endes sogar die SPD / FDP-Regierung. Der „Nährboden“ des Bombenterrors soll das „radikal-intellektuelle Establishment“ sein, „Studenten, Journalisten, Anwälte, Professoren, Schriftsteller“ (laut Springers „Welt“). Aber natürlich auch die Kommunisten, die „Radikalen“, die Jusos, die fortschrittlichen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die konsequenten Liberalen. Sie alle sollen nach Meinung der reaktionären Kräfte „weggewischt“ werden.

Dummdreist wird behauptet, die „ideologischen Väter“ der „Baader-Meinhof-Gruppe“ wären Marx, Engels und Lenin. Nicht bestehende Verbindungen der „Baader-Meinhof-Gruppe“ zu kommunistischen Organisationen werden künstlich aufgebaut (vgl. dazu Bericht über Polizei-Aktionen gegen den KB in Hamburg).

Der SPD / FDP-Regierung sogar wird von den reaktionären Kräften vorgeworfen, sie sei „zu duldsam gegenüber dem Radikalismus“ gewesen, habe „die Gefahr verharmlost“. So hetzt z. B. der „Bayern-Kurier“ der CSU: *„Sehen wir einmal davon ab, daß die sozialistischen Triebkräfte, die hinter Brandt so offenkundig stehen – siehe die Unterwanderung der SPD! – sich bereits in einem mehr als unverhüllten Bund mit dem Weltkommunismus befinden ... Es liegt doch für jeden Einsichtigen klar auf der Hand, daß diese Regierung die rote Unterwanderung unserer Gesellschaft, einschließlich Mord und permanenter Gewalttätigkeit, einfach deshalb dulden muß, weil sie es sich nicht mehr erlauben kann, die Sowjetunion als hochgelobten und schon unverzichtbaren Vertragspartner noch zu verärgern.“*

Schrecklich der Gedanke, was für eine Politik derartige Irrsinnige wie die Autoren solcher Artikel, unserem Land aufzwingen möchten!

Diejenigen, die je Axel Springers Presse-Politik kritisiert haben, sollen schuld sein – so sagte es der Verleger selbst im ZDF –, daß eine Bombe ins Springer-Haus gelegt wurde und 17 Arbeiter verletzte. Wer die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht gerade für ideal hält, der hat nach Meinung der Kapitalverbände bereits „den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen“. Erklärte doch Otto Friedrich, Präsident des BDA (einer der wichtigsten westdeutschen Kapitalistenverbände) während der Metalltarifrunde im vorigen Herbst: „Wer die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln verlangt, der bereitet das Ende unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung vor.“

Die Absicht ist allzu durchsichtig. Jede Art des Kampfes gegen den Kapitalismus soll mit den „Baader-Meinhof“-Bomben gleichgesetzt und so diffamiert, zu einem Verbrechen erklärt werden. Vor allem die Kommunisten sollen mit den Vorstellungen und Handlungen der „Baader-Meinhof-Gruppe“ in einen Topf geworfen werden. So soll zum einen propagandistisch dem wachsenden Einfluß der Kommunisten unter den Arbeitern entgegengetreten werden und soll zum anderen das Verbot und die Verfolgung kommunistischer Organisationen in die Wege geleitet werden.

Aber wer hat denn in Wahrheit die „Saat der Gewalt“ zu verantworten? Wer und was hat die Pfarrerstochter Gudrun Ensslin, die Journalistin Ulrike Meinhof, den Rechtsanwalt Horst Mahler in das aussichtslose Abenteuer ihrer „Stadtguerilla“ getrieben? Es war – wie sogar die ekelhaften stories der bürgerlichen Presse erkennen lassen – ihr Engagement gegen den Vietnam-Krieg der USA, die massenhafte, grausame Tötung von Menschen zur Rettung eines korrupten, ausbeuterischen Regimes, im Namen der „freien Welt“. Auch dieser Krieg ist Gewalt, ist Bombenterror, unvergleichbar blutiger als alle Taten der „Baader-Meinhof-Gruppe“. Aber eine Gewalt, wie sie von Axel Springer und seinesgleichen durchaus gebilligt wird. Und gebilligt auch und materiell unterstützt vom BRD-Kapital und seinem Staat.

Die späteren Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe“ protestierten damals zusammen mit zehntausenden anderen in Demonstrationen und Kundgebungen gegen diesen Krieg und gegen die Komplizenschaft der Bundesregierung. Es gab die brutalen Knüppeleinsätze der Polizei, es gab den ersten Toten: der Student Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 in Westberlin vom Polizisten Kurras erschossen. Gewalt! Aber Gewalt im Dienste des kapitalistischen Staates, und daher straffrei. Todesschütze Kurras wurde freigesprochen.



Am 2. Juni 1967 von der Polizei erschossen: Benno Ohnesorg

Die Kapitalistenklasse und ihre Agenten, die sich jetzt scheinheilig im Schafspelz der „Ablehnung jeder Gewalt“ präsentieren, haben schon immer zwischen zwei Arten von Gewalt unterschieden. Je nachdem, ob die Gewalt ihnen nützt oder nicht. Wo Gewalt dazu dient, bestehende ungerechte Zustände aufrechtzuerhalten, da erscheint sie den Kapitalisten im rosigsten Licht. Wo Gewalt aber darauf gerichtet ist, diese Zustände zu bekämpfen und zu überwinden, da gilt sie den Kapitalisten als „verbrecherisch“.

Die Kapitalistenklasse und ihr Staat ist dafür verantwortlich, einen kleinen Teil der damaligen Protest-Bewegung zu verzweifelten und aussichtslosen Abenteuern getrieben zu haben. Die Gewalt kam vom Staat, und die Ensslin, Mahler, Meinhof haben darauf reagiert. Wir Kommunisten haben immer auf das Schädliche und Arbeiterfeindliche derartiger Abenteuer hingewiesen.

Allerdings war die „Baader-Meinhof-Gruppe, die sich selbst als „Rote Armee Fraktion“ („RAF“) bezeichnete, diejenige Gruppe, die erstmals den Anspruch erhoben hatte, in der Bundesrepublik den „bewaffneten Kampf“ gegen die kapitalistische Macht zu beginnen.

Die Kapitalisten, ihre Polizei, ihre Zeitungen, ihr Fernsehen usw. sagen, daß nur eine „kriminelle Bande unschädlich gemacht“ worden sei, die „mit Politik nichts mehr zu tun hatte“. Gleichzeitig wurde aber bemerkenswert viel Mühe darauf verwendet, die ohnehin schon als „vor nichts zurückschreckende Verbrecher“ angeprangerten „RAF“-Mitglieder noch nachträglich lächerlich zu machen: sie wurden als „Häufchen Elend“ und „arme Würstchen“ dargestellt, überdies auch noch „feige“, deren einzige Triebfeder immer wieder „Sex and Crime“ gewesen sein soll. „Abgemagert“, „hohlwangig“, körperlich und moralisch abgewirtschaftet.

Und warum diese wahre psychologische Kriegführung gegen eine „kleine kriminelle Bande?“ Deshalb, um die Erledigung der „RAF“ zu einer Niederlage des bewaffneten Kampfes überhaupt im Bewußtsein der Arbeiterklasse zu machen. An den „Häufchen Elend“, die nur mit Unterhose bekleidet und im brutalen Polizeigriff vorgezeigt werden wie eine Jagdbeute, soll die Aussichtslosigkeit von Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaftsform demonstriert werden.

Es reicht den Kapitalisten nicht, den Gegner – in diesem Fall die „Baader-Meinhof-Gruppe“ – außer Gefecht gesetzt zu haben. Der Gegner muß auch noch psychologisch erledigt werden; es darf kein gutes Haar an ihm bleiben, so daß seine Erledigung langfristig abschreckende Wirkung erhält.

Die Kapitalisten gehen dabei nach erprobtem Rezept der Nazi-Propaganda vor. Wurden doch auch die Bombenleger des 20. Juli 1944, die einen mißglückten Sprengstoffanschlag gegen Hitler unternahmen, in ähnlicher Weise zur Sau gemacht wie heute die „RAF“-Mitglieder. „Eidbrüchige ehrlose Ehrgeizlinge“ wurden sie genannt. „Eigennützige, kleine, elende Verräternaturen sitzen vor uns, ein Bild menschlicher Erbärmlichkeit“, schrieb das „Hamburger Tageblatt“ am 9. August 1944 zum Prozeß gegen die Attentäter des 20. Juli.

Die Handlungen der „RAF“ mögen letzten Endes sinnlos oder schädlich gewesen sein, in einigen Fällen (wie etwa die Bomben bei Springer und die kiloweise Lagerung von Sprengstoff in einem Wohnhaus) vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus sogar verbrecherisch. Das ist unser Standpunkt als Kommunisten, den wir immer wieder deutlich gemacht haben. Dennoch bleibt die Tatsache, daß Vorstellungen und Handlungen der „RAF“ politisch waren, und von der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat auch entsprechend aufgefaßt und bekämpft worden sind. Es bleibt die Tatsache, daß – wenn auch mit untauglichen, von uns unmißverständlich abgelehnten Methoden – eine erste Auflehnung gegen die kapitalistische Ordnung stattgefunden hat und niedergeschlagen wurde.

So bildet die Niederlage der „RAF“ – war sie auch nur eine Karikatur auf den bewaffneten Kampf, losgelöst von der realen Arbeiterbewegung – doch auch einen Teil der Erfahrungen der revolutionären Bewegung in unserem Land. Negative Erfahrungen in erster Linie, gewiß. Aber Erfahrungen eben doch, ebenso wie die terroristischen Unternehmen der russischen Volkstümler und Anarchisten zu Erfahrungen der Revolution geworden sind, Vorboten kommender Massenkämpfe.

Daß dem so ist, erkennt auch der Staatsapparat, der an seine Zwecklüge von der „kleinen kriminellen Bande“ selbst nicht glaubt.

Die Illustrierte „Stern“ fragte den Chef des Bundeskriminalamts, Herold: „Ist der Fall Baader-Meinhof gelöst, wenn der letzte Mann der Gruppe hinter Schloß und Riegel sitzt?“ Und Herold antwortete:

„Nein, wir haben es hier mit einem gesellschaftspolitischen Problem zu tun. Wir müssen dem Anarchismus den Boden entziehen.

Forts. nächste Seite

Und dies wird nur dann gelingen, wenn längst fällige Reformen in der Bundesrepublik durchgesetzt werden. Wenn die Revolution in der nächsten Zeit nicht von oben kommt, dann kommt sie mit Sicherheit in kurzer Zeit von unten." (Stern, 25. Juni 72)

Die „RAF" hat außer ihren spektakulären „Aktionen" auch versucht, mit drei Broschüren Einfluß auf die Diskussionen innerhalb der Linken zu nehmen: Nämlich „Das Konzept Stadtguerilla" und „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" (beide 1971) sowie „Dem Volk dienen" (1972). Es ist von uns aus nicht zu klären, wieweit diese Texte überhaupt für die Handlungsweise einzelner „RAF" - Mitglieder verbindlich waren. Allzuviel floß in der „RAF" und ihren Mitgliedern zusammen: Kleinbürgerliche „revolutionäre" Ungeduld, hilfloses moralisches Engagement, arbeiterfeindliche Thesen der „Neuen Linken", die spontane Revolte entwurzelter Teile des Proletariats.

Dennoch erscheinen uns diese Schriften nicht unwesentlich für eine Einschätzung der „RAF", zumal es sich bei der „RAF" nur um einen Teilaspekt einer allgemeineren Form der Revolte handelt, die auch in anderen Ländern Westeuropas zu beobachten ist, und die die Bewegung bestimmter Teile des Kleinbürgertums widerspiegelt.

Haupttendenz Revolution?

„Das Konzept der Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin." (Das Konzept Stadtguerilla)

Im Zentrum der Diskussion innerhalb der Linken steht die Einschätzung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik und der sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen. Befindet sich die Arbeiterklasse in der Defensive oder schon in einem revolutionären Aufschwung? Gibt es eine Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, gibt es eine faschistische Gefahr?

Manche Leute sagen gern, in unserem Land sei „die Haupttendenz Revolution". Sie berufen sich dabei auf eine Erklärung Mao Tse - Tungs vom 20. Mai 1970, in der es u. a. hieß: „Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."

Mit Hilfe dieses Zitats möchten manche Leute einer konkreten Einschätzung der Situation in unserem Land aus dem Weg gehen. Es wird so getan, als wäre das, was eine Einschätzung der Weltlage ist, darum auch schon zu jeder Zeit und an jedem Ort gleich gültig.

Daß überall auf der Welt das Proletariat früher oder später die Macht den Händen der Kapitalistenklasse entreißen wird, daß eine revolutionäre Situation heranreift, daß überall die Zukunft dem Sozialismus gehört – das alles ist eine objektive geschichtliche Wahrheit, auf die Karl Marx und Friedrich Engels schon in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei" vor mehr als 120 Jahren hingewiesen haben.

Die Leute, die von „Haupttendenz Revolution" in der Bundesrepublik reden, meinen aber ganz etwas anderes. Sie bestreiten rundheraus, daß es überhaupt eine Rechtsentwicklung in unserem Land gibt, daß die Reaktion erstarkt, daß der westdeutsche Imperialismus immer noch relativ stabil ist, daß sich die Arbeiterklasse in der Defensive befindet, daß es eine faschistische Gefahr gibt. Diese Leute posaunen bei jeder Gelegenheit heraus: Ein neues 1933, einen neuen Faschismus in Deutschland könne es nicht geben, „weil die heutige Lage völlig anders ist als die der 30er Jahre".

Anders ist die Lage gewiß, aber in welcher Weise? Die Tatsachen zeigen, daß die Ausgangsstellung der Arbeiterklasse heute weit


Am 15. Juli 1971 von der Polizei erschossen: Petra Schelm

schlechter ist, als sie 1933 vor der faschistischen „Machtergreifung" war. Gab es doch damals eine kämpferische Arbeiterbewegung, die durch jahrelangen Klassenkampf, wirtschaftliche Streiks und politische Kämpfe, im Geiste der unversöhnlichen Feindschaft zum Kapitalismus erzogen war. Und es gab eine Kommunistische Partei mit 300 000 Mitgliedern und über 6 Millionen Wählern.

Wie ist dagegen heute die Situation? Die deutsche Arbeiterbewegung hat zahlreiche Niederlagen erlitten. Die gescheiterte bürgerlich - demokratische Revolution von 1848 (die von der Bourgeoisie verraten wurde); die Revolution von 1918, die mit aktiver Mitwirkung der SPD als Regierungspartei blutig niedergeschlagen wurde; die Machtergreifung des Faschismus 1933; die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus nach 1945.

Diese Niederlagen prägen immer noch das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiter, sie fördern Skepsis und Resignation gegenüber der Möglichkeit revolutionärer Veränderungen.

Die Arbeiterklasse ist seit den Septemberstreiks 1969 wieder in Bewegung geraten, aber die Kämpfe gehen noch nicht über das Niveau hinaus, das sie schon während der 50er Jahre hatten.

Die KPD war schon bei ihrem Verbot 1956 sehr schwach, ihr Einfluß unter den Arbeitern gering. Aber die KPD damals hatte immer noch mehr als dreimal soviel Mitglieder und Wähler wie heute die DKP; und gar gegen die heutigen kommunistischen Gruppen und „KPD / ML"'s ist sogar die KPD von 1956 noch ein Riese gewesen.

Und das Entscheidende: Im Hinblick auf die kommenden Kämpfe trifft die Kapitalistenklasse schon bei der jetzigen Schwäche der Arbeiterklasse die ersten Maßnahmen zur Faschisierung von Staat und Gesellschaft: Die Notstandsgesetze, die Kommunistenjagd, das Berufsverbot, der Ausbau der Polizei, die Verschärfung des Ausländerrechts, die Erweiterung der Kompetenzen des „Verfassungsschutz", die Aufrüstung des „Bundesgrenzschutz" zur Bürgerkriegsarmee. Maßnahmen, die – überdies im Windschatten der „Baader - Meinhof" - Jagd über die Bühne gegangen – kaum auf Widerstand in der Arbeiterklasse stoßen.

Wir nehmen nicht an, daß die Vertreter der These „Haupttendenz Revolution" wirklich so naiv sind, diese Dinge nicht zu sehen. Vielmehr halten wir diese These für eine Form der kleinbürgerlichen Flucht vor der Wirklichkeit. Die Vertreter und Anhänger dieser These, die als schrecklich „rrrevolutionär" gelten wollen, entpuppen sich dabei immer wieder als waschechte Anbeter des Ökonomismus und der Spontaneität. Ökonomismus ist es, wenn sie jeden wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter als Beweis für ihre These bejubeln (vgl. Meldung im „Roten Morgen" der „KPD / ML" vom 19. Juni: „Auch im Fichtelgebirge ist die Haupttendenz in der Welt: Revolution"). Anbetung der Spontaneität ist es, wenn sie nicht wahrhaben wollen, daß die Stärke der Arbeiterklasse ganz wesentlich von der Stärke der Kommunistischen Partei abhängt (ein einfacher Vergleich der alten KPD mit der heutigen kommunistischen Bewegung würde die Unsinnigkeit der These „Haupttendenz Revolution" klar machen).

Festzuhalten ist, daß der Kapitalismus in der BRD immer noch relativ stabil ist, daß es eine Rechtsentwicklung gibt, einen Abbau demokratischer Rechte und Stärkung des Staatsapparats, die Gefahr eines neuen Faschismus. Festzuhalten ist weiter, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung immer noch sehr schwach ist, die kommunistische Bewegung erst in ihren winzigsten Anfängen.

Gerade die „RAF", deren Schlußfolgerungen wir Kommunisten nicht teilen können, hat doch insoweit recht, wenn sie gerade diese Tatsachen ihrer Analyse zugrunde legt (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa).

Was die „RAF.. dann als Alternative anbietet, ist allerdings ebenso kleinbürgerliche Flucht vor der Wirklichkeit wie der Selbstbetrug mit der These „Haupttendenz Revolution".

„Jeder kann anfangen"

„Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen und nicht nur endlos diskutieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen." (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)

Die „RAF" schlägt vor, hier und heute den „bewaffneten Kampf" zu beginnen. Sie behauptet, daß der Erfolg dieses Kampfes unabhängig davon sei, zu welchem Zeitpunkt und von welchen Leuten er aufgenommen wird.

Die „RAF.. weiß, daß der bedeutendste Theoretiker des Volkskrieges, Mao Tse - tung, davor gewarnt hat, an die Frage des bewaffneten Kampfes in dieser Weise heranzugehen: „Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist, und wir dennoch einen Angriff unternehmen, so ist das Abenteurertum." (Mao, April 1948.)

Die „RAF" sagt dazu zweierlei:

1. Zwar ist die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch die Bevölkerung notwendig in ländlichen Gebieten (also z. B. China, Vietnam, Latein - Amerika usw.). „Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten. Sie können auch nach ihren Aktionen in vorbereiteten Quartieren untertauchen, ohne auf Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen zu sein." (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)
2. Das Bewußtsein des Proletariats muß erst „aufgebrochen" werden. Dazu soll gerade der „bewaffnete Kampf" dienen. Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen in uns wekken... Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen." (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)

Hier offenbart sich die krasse Massenfeindlichkeit der „RAF" - Theoretiker am deutlichsten. Es wird klar, warum gerade die „RAF" ein so idealer Aufhänger für die Bourgeoisie gewesen ist, um Provokationen zu starten (Bombendrohung gegen Stuttgart!!).

Die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch Teile der Bevölkerung reduziert sich für die „RAF" auf ein bloß technisches Problem.

Nicht einmal die technische Seite des bewaffneten Kampfes ist aber ohne Unterstützung aus der Bevölkerung zu bewältigen. Das hat gerade die Niederlage der „RAF" praktisch bewiesen. Es stimmt einfach nicht, daß die „Stadtguerilla" langfristig in der Großstadt nach eigenem Belieben „untertauchen" kann. Eine solche von der Bevölkerung isolierte „Stadtguerilla" wird über kurz oder lang zum gejagten Wild, die Mitglieder machen Fehler aus Nervosität, das von ihnen mitgeschleppte Adressenmaterial führt die Polizei zu weiteren Verhaftungen und „Fahndungserfolgen" usw.

Erst recht ist aber das Verhältnis der „Stadtguerilla" zur Bevölkerung ein politisches Problem. Wahnwitz ist es, eine „Bombe ins Bewußtsein der Massen" zu werfen, und dann auf die Folgen zu warten. Wer so handelt, nimmt in Kauf, daß das Bewußtsein in Fetzen geht.

Auch dort, wo Methoden der „Stadtguerilla" einigen Erfolg aufzuweisen haben (Nordirland und Uruguay) stellt sich immer das Problem der Stimmung und des Bewußtseins der Massen. Voraussetzung ist immer, daß die Aktionen der „Stadtguerilla" politisch so gezielt sind, bei den Massen ein wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes und eine wachsende aktive Unterstützung des Kampfes zu erreichen.

Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie sich aller Methoden der psychologischen Kriegsführung bedient, um ein möglichst abschreckendes Bild von den „Stadtguerillas" bei der Bevölkerung zu erzeugen. Die „Stadtguerillas" sollen als Feinde der Bevölkerung erscheinen, die aus Gründen irgendwelcher für die Massen nicht durchschaubarer „Hirngespinste" den Terror gegen die Bevölkerung zum Programm gemacht haben. Im Falle der „Baader - Meinhof - Gruppe" ist das den Kapitalisten gut gelungen.

Es liegt außerdem auf der Hand, daß die Möglichkeiten der „Stadtguerilla" zunächst gering sind, bei der Bevölkerung ein positives Bild zu erzeugen. Das würde heißen, Klarheit über ihre Ziele zu schaffen und unmißverständlich klar zu machen, daß sich der Terror nicht gegen die Bevölkerung richtet.

Um die „Stadtguerilla" zu beurteilen, haben die Massen zunächst kaum andere Anhaltspunkte als deren „spektakuläre Aktionen". Dabei wird die Bourgeoisie außerdem bemüht sein, der „Stadtguerilla" massenfeindliche Aktionen unterzujubeln – entweder in Form von Berichten über angebliche Pläne oder als direkte Provokation.

Alle historische Erfahrung unterstreicht, daß der bewaffnete Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn er einem aktuellen Bedürfnis der bewußtesten Teile des Proletariats entspricht.

Es stimmt, daß die Kommunisten den Terror gegen Kapitalisten

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 7

BILANZ DER RAF

und gegen Funktionäre des kapitalistischen Staatsapparates als eine Kampfform noch nie grundsätzlich abgelehnt haben. Der Klassenkampf nimmt diejenigen Formen an, die ihm die Bourgeoisie durch ihren erbitterten Widerstand gegen gesellschaftliche Veränderungen aufzwingt. Das schließt den bewaffneten Kampf, und als eine besondere Form dieses Kampfes den Terror, mit ein.

Die Verfasser der „RAF"-Broschüre „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" zitieren listig aus dem Zusammenhang gerissene Äusserungen Lenins über die grundsätzliche Berechtigung des Terrors, um damit ihr Vorgehen auch „theoretisch" zu rechtfertigen. Was Lenin aber über den Terror sagte, war dies (von den „RAF"-Verfassern begreiflicherweise nicht zitiert):

„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann. Doch das Wesen der Sache besteht darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs. Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein... Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten." (Lenin, Womit beginnen?, Mai 1901)

Dasselbe trifft genau auf die „RAF" zu, sowohl was ihre Theorie, als auch was ihre Handlungen angeht.

Die „RAF" sträubt sich dagegen, als anarchistisch bezeichnet zu werden. Das hat eine gewisse Berechtigung. Aber sicher ist, daß die Beweggründe der „Baader-Meinhof-Gruppe" ähnlich gewesen sind wie die der russischen Anarchisten. Denn in beiden Fällen wird der individuelle Terror – d. h. der von der Arbeiterbewegung isolierte Terror – als Mittel angepriesen, um das als allzu schlapp betrachtete Proletariat „aufzurütteln". „Propaganda der Tat" wurde diese seltsame Methode genannt.

Das Proletariat muß bei allem die Führung haben

Dahinter steht das tief verwurzelte Unbehagen breiter Teile der fortschrittlichen kleinbürgerlichen Intelligenz gegenüber dem Proletariat. In der „RAF"-Broschüre „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" heißt das so:

„In den Zeitungen finden wir täglich Meldungen über mehr revolutionäre Kämpfe in mehr Ländern dieser Erde, in mehr Städten und mehr Dörfern, mehr Schüsse, mehr Bomben. Diese Meldungen signalisieren die steigende revolutionäre Flut. Wir finden aber kaum Meldungen darüber, daß irgendwo in der Welt das Industrieproletariat in vorderster Linie an diesen Kämpfen teilnimmt... Ist es Zufall, daß an allen Fronten junge Angehörige der Intelligenzschicht, insbesondere Studenten eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Rolle spielen?"

Die Theoretiker der „RAF" ernennen die Studenten kühn zur „Fraktion (= Teil) des Proletariats". Mehr noch: „Durch verschiedene Faktoren ist den sozialistischen Kadern der Studentenbewegung eine Avantgarde-Funktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zugefallen... Nicht die Organisationen der Industriearbeiterschaft, sondern die revolutionären Teile der Studentenschaft sind heute Träger des zeitgenössischen revolutionären Bewußtseins." (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa).

Hier berührt sich die „RAF" mit anderen Intellektuellen-Theoretikern. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte „KPD". Ihr Konzept ist es, die „kommunistische Partei" durch Studenten aufzubauen und diese „Partei" dann später einmal „in eine proletarische Organisation umzuwandeln". Aber erst, nachdem die politische Linie festgelegt ist – von den Studenten!

Ein anderes Beispiel ist die Gruppe um die Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum". Diese Gruppe ist jetzt daran gegangen, die Arbeiter im nahe gelegenen Industriezentrum Mannheim zu bearbeiten. Wie sie selbst dazu schreiben, sind ihre „Betriebskollektive" oft nicht „im Betrieb", sondern „am Betrieb". D. h. sie bestehen mehrheitlich aus Heidelberger Studenten, die nicht im Betrieb arbeiten. „Die Sympathisanten im Umkreis der Betriebskollektive können nicht unmittelbar aufgenommen werden, weil sonst die proletarische Mehrheit leicht auf Kosten der kommunistischen Linie erreicht würde." (NRF, 2/72, S. 14). Mit anderen Worten: Das „Betriebskollektiv" darf nicht zu viele Betriebsarbeiter in seinen Reihen haben, weil die Arbeiter sonst den Herren Studenten die „kommunistische Linie" vermasseln.

Die kleinbürgerliche Intelligenz, namentlich die „revolutionären" Studenten, werden von solchen Theoretikern ganz selbstverständlich als Träger der „kommunistischen Linie" betrachtet, die den Arbeitern erst noch beigebracht werden soll.

Was die Intellektuellen-Theoretiker alle nicht wahrhaben wollen, ist: Ein Student wird aufgrund seiner sozialen Lage, seiner Ausbildung und seiner Möglichkeiten theoretische Probleme in der Regel besser verstehen als ein durchschnittlicher Arbeiter. Dadurch kann es zeitweise so scheinen, als fühlten sich die Studenten stärker zum Kommunismus hingezogen als die Arbeiter, als wären sie sozusagen die besseren Kommunisten und Revolutionäre. Der Schein trügt aber, weil die kleinbürgerliche Intelligenz zugleich mit ihrem theoretischen Vorsprung auch den Ballast ihrer Klassenherkunft in die kommunistische Bewegung einbringt. Ein gewisser Stillstand der Arbeiterbewegung begünstigt das Vordringen der kleinbürgerlichen Intelligenz. Die Folgen zeigen sich schon heute: Eine handvoll ebenso winziger wie größenwahnsinniger „ML"-Parteien und eine Menge krauser Theorien.

Natürlich sind wir als Kommunisten keine Feinde der fortschrittlichen Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz. Diese Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz können eine sehr positive Rolle im revolutionären Prozess spielen, falls sie sich vor jenen Theoretikern freimachen, die ihnen unbedingt die zweifellos schmeichelhafte Rolle einer „Avantgarde" ans Herz legen wollen.

Die Gefahr ist aber beim aktuellen Stand der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik groß, daß sich Teile der fortschrittlichen Intelligenz als „revolutionäres Subjekt" verstehen und arbeiterfeindlichen Theorien auf den Leim gehen. Die Kapitalistenklasse tut das ihre, um Teile der fortschrittlichen Intelligenz auf diesen Trip zu bringen; um sie so nicht nur nutzlos für den Kampf des Proletariats zu machen, sondern sie direkt zu einer Gegenkraft gegen diesen Kampf zu machen.

Die „RAF" hat nicht nur kleinbürgerliche Intellektuelle in ihren Reihen gehabt, sondern auch einige Proletarier, deren Motiv die spontane Revolte gegen die als unerträglich empfundenen Zustände war.

Aber insgesamt war die „RAF" ein Produkt des Kleinbürgertums. Lenin nannte den individuellen Terror einen Ausdruck der **„Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror."** (Lenin, Was Tun?, 1901/02)

„Fuck the law!" („Scheißt auf das Gesetz!")

Der Kampf der englischen Arbeiter gegen Lohnabbau und Gewerkschaft.

Die spontane Arbeiterbewegung in England ist seit Ende der 60er Jahre stärker und politischer geworden. Ihre Erfahrungen mit der arbeiterfeindlichen Politik der damaligen sozialdemokratischen Labour-Regierung hatte viele Arbeiter davon überzeugt, daß die einzige Garantie für die Wahrung ihrer Rechte der entschlossene Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer jeweiligen Regierungen ist. 1970 kamen die konservativ-reaktionären Tories durch die Wahlniederlage der Labour-Party an die Regierung. Die Labour-Party ging in die Opposition.

Diese Tatsache reihte viele Arbeiter, die bisher nicht mitgekämpft hatten, weil sie nicht gegen „ihre" Regierung" streiken wollten, in die Kampffront mit ein. So stieg die Zahl der Streiktage von 1 731 (1963) über 4 672 (1968) bis zu 10 854 (1970)!

Die Kämpfe der Arbeiter richten sich gegen die immer schärfer werdenden Angriffe der Kapitalisten auf ihr Lebensniveau (Lohnleitlinien von 7 – 8 %) und das arbeiterfeindliche Gewerkschaftsgesetz.

Die Lohnleitlinien muß man auf folgendem Hintergrund sehen: Die Wochenlöhne breiter Teile der Arbeiter betragen noch nicht mal 20 Pfund (also weniger als 170 DM!). Die werktätigen Frauen, die 40 % der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, bekommen im Durchschnitt nur die Hälfte von dem, was die Männer verdienen. Die Preissteigerungen betragen inzwischen rund 10 % im Jahr! Über 1 Million Engländer sind arbeitslos! Die Lohnleitlinien laufen also auf eine massive Senkung des ohnehin schon niedrigen Lebensstandards der englischen Arbeiterklasse hinaus.

Mit dem **Gewerkschaftsgesetz** wollen sich die Kapitalisten die Voraussetzung schaffen, die Lohnleitlinien durchzusetzen: Sie wollen der englischen Arbeiterbewegung das Genick brechen.

Bereits 1906 erkämpften sich die englischen Arbeiter die „Immunität im Arbeitskampf." Dies bedeutet, daß Gewerkschaften einen Streik ausrufen konnten, wann immer die Arbeiter dies für richtig und notwendig hielten, selbstverständlich auch während eines laufenden Tarifvertrages. Entsprechend waren sog. „wilde" Streiks in England „normal". Eine sog. „Friedenspflicht" für Gewerkschaften gab es bisher nicht, bzw. wurde 1906 auf Druck der Arbeiter abgeschafft. Entgegen Interpretations-Versuchen westdeutscher Gewerkschafts-Führer ist die „Friedenspflicht" für Gewerkschaften bei Dauer eines laufenden Tarifvertrages also durchaus kein „normaler" Zustand – wie am englischen Beispiel leicht zu erkennen. Vielmehr handelt es sich dabei um ein beliebtes Erpressungsmittel der Kapitalisten: Löhne und Gehälter sollen für bestimmte Fristen unwiderruflich festgelegt werden, während sie selbst in dieser Zeit nach Belieben Profite und Preise erhöhen können. Kein Arbeiter wird im Kapitalismus gegen „wilde" Preiserhöhungen, gegen „wilde" Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten durch eine „Friedenspflicht" geschützt.

Heute versuchen die englischen Kapitalisten mit Hilfe ihrer Regierung den englischen Arbeitern ihr Recht auf Streik, wann immer es ihnen richtig erscheint, wieder zu nehmen. Tarifliche Verhandlungsergebnisse sollen in Zukunft für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften „rechtlich bindend" sein und Streiks während eines laufenden Tarifvertrages, also sog. „wilde" Streiks, als „Vertragsbrüche" gelten. Derartige „Vertragsbrüche" sollen dann mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden.

Gegen dieses „Gewerkschafts-Gesetz wehren sich die englischen Arbeiter. Ihre Parole in diesem Kampf: "FUCK THE LAW" (zu deutsch etwa: „Scheißt auf das Gesetz")

Dies sind die Etappen im Kampf der englischen Arbeiter gegen Lohnabbau und Gewerkschaftsgesetz in den letzten 4 Jahren:

- 1969 mußte die damalige Labour-Regierung den ersten Entwurf zu diesem Gesetz zurückziehen, weil Hunderttausende dagegen demonstriert und gestreikt hatten.
- In den Jahren 69, 70 und 71 organisierten Arbeiter überall im Land sog. „Komitees zur Verteidigung der Gewerkschaften." Diese Komitees organisierten Demonstrationen, Streiks und Protestveranstaltungen gegen das geplante Gewerkschaftsgesetz.
- 1971 kam es zu der ersten Betriebsbesetzung in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, als von der Regierung angekündigt wurde, daß auf der staatlichen Schiffswerft „Upper Clyde Shipbuilding" 6 000 von den 8 500 (!) Arbeitern entlassen werden sollten. Die Arbeiter und Angestellten nahmen Produktion und „Management" in eigene Hände.
- Anfang 72 streikten 280 000 englische Bergarbeiter mit breiter Unterstützung der Eisenbahn-, Transport- und Hafenarbeiter 6 Wochen lang gegen die Lohnleitlinien der Kapitalisten und ihrer Regierung. Ihre Parole: „Nieder mit den Tories und ihren 8 %!" Ihr Erfolg: 20 % Lohnerhöhung.
- Im April traten die 250 000 Eisenbahner geschlossen in einen Bummelstreik („Dienst nach Vorschrift"). Die Heath-Regierung ordnete nach dem Anti-Streikgesetz eine „Abkühlperiode" von 14 Tagen an und danach eine zwangsweise Urabstimmung über die Fortsetzung des Streiks. Sie wollten damit die Kampfbereitschaft der Eisenbahner lähmen. Ihre Enttäuschung war allerdings groß: 84 % der Eisenbahner wollten Streik für ihre Forderungen: Nach dem fast 3 Monate dauernden Kampf mußte die staatliche Eisenbahnbehörde 13,5 % Lohnerhöhung zugestehen.
- Die englischen Hafenarbeiter boykottieren seit April bestimmte Container-Firmen. Kurz nach dem 2. Weltkrieg haben sich die englischen Hafenarbeiter die Zusicherung der staatlichen Hafenbehörden erkämpft, daß im Bereich der Häfen nur „reguläre" Hafenarbeiter zu festgesetzten Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Seit einigen Jahren jedoch haben sich in den englischen Häfen mehrere Firmen breit gemacht, die vorzugsweise arbeitslose Landarbeiter einstellen. Diesen Arbeitern brauchen sie nämlich nicht die tariflich festgelegten Hafenarbeiterlöhne, kein Krankengeld und keine Altersrente zu zahlen. Die Landarbeiter sind froh, wenn sie ein paar Schichten mitnehmen können und verschlechtern so – ohne daß sie es wollen – die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen.

Die Hafenarbeiter gehören neben den Automobil- und Bergarbeitern zum militantesten Teil der englischen Arbeiterklasse. Ihre Führer haben sie sich selbst gewählt, es sind nicht die offiziellen Gewerkschaftssekretäre, sondern die besten Kollegen aus

Forts. Seite 16

10 Jahre FRELIMO

Das Volk von Mosambik befreit sich von Unterdrückung und Ausbeutung

Mosambik ist eine portugiesische Kolonie. Von seinen 6,9 Millionen Einwohnern sind 95 % Wanderarbeiter oder Bauern, während 80 000 Portugiesen eine weiße Oberschicht von Plantagenbesitzern, Kleinkapitalisten und Beamten bilden. Der verrottete portugiesische Kapitalismus mit seinem faschisti-



Internationale Solidarität General Giap, der Präsident der FRELIMO

schen Staat kann sich nur durch die Ausbeutung der Kolonien erhalten. Durch die Ausfuhr von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft der Bevölkerung werden die Profite erzielt, mit denen die portugiesische Bourgeoisie ihre Söldnertruppen finanziert, die den Sieg der Befreiungsbewegung verhindern sollen.

An der Ausbeutung und dem Krieg sind die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten maßgebend beteiligt. Sie unterstützen Portugal durch Waffenlieferungen im Rahmen der NATO, „Entwicklungshilfe" und Kredite. Dafür erhalten sie Militärstützpunkte und machen profitable Geschäfte.

Wichtigstes Beispiel dafür ist der im Bau befindliche Riesenstaudamm von Cabora Bassa. Dieses Projekt, an dem mit Unterstützung durch Steuer- und Gewerkschaftsgelder zu 35 % westdeutsche Firmen beteiligt sind, soll Elektrizität für Südafrika liefern, ein neues Bergbau- und Industriegebiet erschließen und die Ansiedlung von 1 Million Weißen ermöglichen. Dadurch soll sich der Einfluß der faschistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien verstärken, die Befreiungsbewegung bekämpft werden und neue Profitquellen für die Imperialisten entstehen. Das Volk von Mosambik soll noch gründlicher ausgebeutet werden.

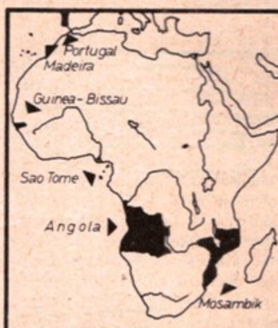
Seit dem 16. Jahrhundert kämpfen die afrikanischen Stämme in Mosambik gegen die portugiesischen Kolonialisten. Ihr Widerstand wurde niemals ganz gebrochen. Doch erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, seit infolge einer gewissen Industrialisierung das Proletariat der Hafenstädte und Plantagen zu einer bedeutenden Bevölkerungsschicht angewachsen war, wurde der Befreiungskampf erfolgversprechend. Die Stammesgegensätze wurden überwunden und aus den blutigen Erfahrungen in Streiks und Aufständen wuchs die Überzeugung, daß der Kolonialismus in Afrika nur durch einen revolutionären Volkskrieg zu besiegen ist.

FRELIMO: Kampf für Freiheit und Sozialismus

Am 25. Juni 1962 wurde die Befreiungsfront von Mosambik (FRELIMO) gegründet. Ihre Ziele waren:

- Festigung und Entwicklung der Organisation
- Überwindung der Stammesgegensätze
- Abschaffung der Unterdrückung der Frau
- Förderung der Bildung des Volkes, Gründung von Schulen
- Vorbereitung auf Selbstverteidigung, Widerstand und Volkskrieg
- Internationale Unterstützung und Zusammenarbeit

Da die FRELIMO konsequent die Interessen der Bauern und Arbeiter vertrat, fand sie überall Mitarbeit und Unterstützung. Schon die ersten militärischen Aktionen waren deshalb erfolgreich und er-



Portugal und seine Kolonien

höhten das Ansehen der Organisation im Volk.

Die portugiesischen Kolonialtruppen wurden in vier Provinzen angegriffen und mußten ihre Kräfte zersplittern, um strategisch wichtige Positionen zu schützen. Aus diesem Grund konnten sie keine längeren Gegenangriffe führen und wurden bald aus mehreren Gebieten in wenige Militärstützpunkte und größere Städte abgedrängt. Die Provinzen Niassa und Cabo Delgado sind befreite Gebiete mit über 1 Million Einwohnern. Hauptkampfgebiet ist Tete, die Provinz, in der Cabora Bassa gebaut wird.

1/4 der Fläche der portugiesischen Kolonien werden heute schon von den verschiedenen Befreiungsbewegungen kontrolliert. Obwohl 45 % des portugiesischen Staatshaushalts durch die Kriegsausgaben verschlungen werden, jeder Tag 1 Million Dollar kostet und bisher 30 000 Portugiesen gefallen sind, befinden sich die Kolonialisten weiter auf dem Rückzug. Doch wegen der massiven Profitinteressen der Imperialisten in USA und BRD wird der Kampf noch lange dauern. Die portugiesischen Kolonien entwickeln sich zu einem Vietnam der NATO.

Der Kampf ist nicht das Ziel der FRELIMO, er ist nur das notwendige Mittel, um für das Volk „ein besseres Leben zu gewinnen". In den befreiten Gebieten wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen. Die Befreiung von Gebieten bedeutet die Befreiung der schöpferischen Energie der Massen.

Die Bauern verstärken und verbessern die Landarbeit, weil diese jetzt dem Volk zugute kommt. Sie bauen kleine Fabriken auf, um wichtige Produkte wie Seife und Kleidung selbst herzustellen. 20 000 Menschen besuchen die Schulen der FRELIMO. Die Unterdrückung der Frauen wird nach und nach abgeschafft, so daß Frauen an der Produktion, dem politischen und militärischen Kampf und seiner Leitung teilnehmen. Einrichtungen des Gesundheitswesens wurden geschaffen.

„Alle kultivierten Flächen, alle Getreidespeicher und Häuser gehören uns, dem Volk. Wir werden anbauen, ernten und zusammenstehen und zusammen werden wir das verteidigen, was nicht mir oder dir gehört, sondern uns allen. Das Feld ist nicht mein oder dein, sondern unser. Der Schüler in der Schule, der Soldat im Stützpunkt und der Patient und die Krankenschwester im Hospital haben alle ein gemeinschaftliches Bewußtsein. Niemand betrachtet die Schule, den Stützpunkt oder das Hospital als sein Privateigentum und jeder verfolgt deshalb mit Begeisterung die Fortschritte der Arbeit in Schule, Stützpunkt und Hospital. Als Resultat werden Fortschritte gemacht, die Arbeit geht voran und der Feind kann uns nicht so leicht angreifen. Wo ein Gemeinschaftsgeist herrscht, sind wir besser organisiert. Dort gibt es mehr Initiative und Opferbereitschaft und wir lernen, produzieren und kämpfen besser, mit größerer Entschlossenheit." (Aus den Direktiven der FRELIMO 1971 – 1972)

Gerade die enge Verbindung zwischen dem westdeutschen Kapitalismus und dem Ausbeutersystem in Mosambik zeigt uns, daß der Imperialismus der gemeinsame Feind der westdeutschen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker Afrikas ist. Der Klassenkampf des Proletariats der kapitalistischen Länder und der Befreiungskampf der unterdrückten Völker unterstützen sich gegenseitig.



Für ein besseres Leben





Am 3. und 4. Juni fand in Frankfurt der Kongreß „Am Beispiel Angela Davis" statt. Das Angela Davis Solidaritätskomitee hatte dazu Gruppen und Einzelpersonen aus der gesamten BRD und dem Ausland eingeladen. Professor Mandel und der Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in Paris, Ly van Sau erhielten von der Bundesregierung keine Einreiseerlaubnis.

An der Solidaritätsdemonstration durch die Frankfurter Innenstadt nahmen ca. 7 000 – 8 000 Menschen teil. Auf der Abschlußkundgebung sprachen die Professoren Negt, Marcuse und Abendroth sowie der Gelsenkirchener Betriebsrat Willi Scherer vor ca. 10 000 Teilnehmern. Grußbotschaften an den Kongreß sandten unter anderem Angela Davis, Bernadette Devlin, Ernst Bloch, Ernest Mandel und die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam.

Wenige Stunden nach Beendigung des Kongresses wurde bekannt, daß Angela Davis freigesprochen worden ist. Der Urteilsspruch der Geschworenen fiel einstimmig: „Unschuldig in allen Punkten der Anklage". Der Freispruch Angela Davis ist vor allen Dingen ein Erfolg der internationalen Solidarität. Fraglich bleibt aber weiterhin, ob Angela Davis auch ihre Professur an der kalifornischen Universität Los Angeles wiederbekommen wird.

SPD ~ das kleinere Übel ?

AK 20 / Juli 1972

Im Aufruf des Kommunistischen Bundes zum 1. Mai („Arbeiterkampf", Nr. 17) wurde von der SPD in einem größeren Zusammenhang als dem „kleineren Übel" gesprochen. Darüber hat es seitens anderer Gruppen sowohl Mißverständnisse, wie auch bösartige Unterstellungen gegeben. Einige der Kritiker scheinen die Äußerung nicht einmal wirklich im Zusammenhang gelesen zu haben. Im Mai-Aufruf hieß es:

„GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG UND MILITARISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT + WEG MIT DEM KPD - VERBOT + SCHLUSS MIT DER KOMMUNISTENJAGD

– Diese Forderungen sind nicht durch Appelle an das ‚demokratische Gewissen' der SPD / FDP - Regierung zu erfüllen. Die Arbeiter kommen keinen Schritt weiter mit dem Gejammer der DKP, daß die Politik der Kapitalisten ‚im Widerspruch zur Verfassung' steht. An wen soll sich dieses Gejammer richten? Die SPD – weit davon entfernt, die Verfassung gegen die Kapitalisten zu verteidigen – erfüllt an der Regierung die Aufgaben jeder bürgerlichen Partei, betreibt die Kommunistenjagd in den staatlichen Institutionen, den Ausbau des Polizei - Apparats, die Durchsetzung der ‚Lohnleitlinien'. Wenn wir sagen, daß die SPD gegenüber der CDU / CSU tatsächlich ein ‚kleineres Übel' bedeutet, so ist das keineswegs gleichzusetzen mit einer kritiklosen und kampflosen Hinnahme dieser Partei und ihrer Regierungspolitik. Der Kampf gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU / CSU, sondern auch gegen die SPD / FDP - Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse geführt werden"

Eine Reihe von Kritikern dieser Ausführungen zeichnet sich dadurch aus, daß sie unseren Argumentations - Zusammenhang geflissentlich „übersieht" und sich ausschließlich auf die nackte Formel des „kleineren Übels" stürzt. Solche Kritiker beweisen, daß es ihnen nicht um die sachliche Auseinandersetzung zu tun ist, sondern darum, „dem KB mal ordentlich eins auszuwischen". Die Unehrlichkeit solcher Polemiken wird deutlich, wenn man sie mit dem vergleicht, was wir wirklich gesagt haben.

Das Heidelberger „Neue Rote Forum" z.B. behauptet, der KB habe „prinzipienlos, schematisch und opportunistisch die Einschätzung der SPD als ‚kleineres Übel' akzeptiert" (NRF, Nr. 2 / 72).

Die „Rote Fahne" Westberlin schreibt, „daß der KB bis fast in den Wortlaut endgültig den DKP / SEW - Phrasen verfallen ist, daß der KB die SPD gegenüber der CDU / CSU als ‚kleineres Übel' bezeichnet". Weiter hat die Zeitung entdeckt, der KB würde „die SPD als ‚arbeiterfreundliche' Partei anpreisen und über all ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen der letzten Jahre hinwegtäuschen" (RF, 31. 5.).

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" Göttingen ist so vornehm, den KB nicht beim Namen zu nennen. Sie spricht von „Leuten, die sich auch Kommunisten nennen". Diese empfehlen angeblich den Arbeitern, „wir sollten doch für die SPD als das ‚kleinere Übel' eintreten". An anderer Stelle der Zeitung heißt es: „Wer den Arbeitern rät, die SPD als ‚kleineres Übel' zu unterstützen, führt sie nicht zum Kampf gegen die Reaktion; er degradiert sie vielmehr zur Manövriermasse in den Händen bürgerlicher Politiker und kettet sie noch mehr an den bürgerlich - kapitalistischen Staat. ... Denn nicht das ‚kleinere Übel', die SPD, braucht die Arbeiterklasse, sondern sie braucht die Kommunistische Partei, ihre eigenständige politische Klassenorganisation" (KAZ, 25. 5.)

Die Ideologie des „kleineren Übels"

Viele Kritiker „übersehen", daß die betreffenden Ausführungen in unserem Mai - Aufruf gerade eine Auseinandersetzung mit der in der Arbeiterklasse relativ stark verbreiteten sozialdemokratischen Ideologie des „kleineren Übels" sein sollten. Das wird schon daran deutlich, daß das „kleinere Übel" im Mai - Aufruf in Anführungsstriche gesetzt worden war. Der Schwerpunkt der Ausführungen war deshalb auch nicht darauf gelegt, zu zeigen, daß die SPD das kleinere Übel ist, sondern daß sie eben auch ein Übel ist, das zu bekämpfen ist.

Die SPD geht traditionell mit der These vom „kleineren Übel" hausieren. Diese These besagt, daß die SPD zwar eingestandenermaßen herzlich schlecht ist, aber doch „immer noch besser" als die Parteien der Rechten und der Reaktion. Deshalb müßten die Arbeiter mit der SPD durch dick und dünn gehen und tunlichst alles unterlassen, was der SPD vielleicht schaden könnte.

Im Namen des „kleineren Übels" ließ die SPD nach 1918 die Arbeiteraufstände in den deutschen Städten durch die reaktionären, anti - demokratischen „Freikorps" niederschlagen. Im Namen des „kleineren Übels" hetzte am 1. Mai 1929 die SPD die Polizei auf demonstrierende Arbeiter in Berlin und ließ ein Blutbad unter ihnen anrichten. Im Namen des „kleineren Übels" verpflichtete die SPD die sozialdemokratischen Arbeiter vor 1933 auf reaktionäre bürgerliche Regierungen, „damit Hitler nicht an die Macht kommt". Im Namen des „kleineren Übels" deckte der DGB 1968 die Notstandsgesetze, „weil die SPD die Gesetze ja schon entschärfen konnte". Im Namen des „kleineren Übels" sabotieren die Gewerkschaftsführer den Lohnkampf, „weil wir durch überhöhte Lohnforderungen nur unsere Regierung gefährden würden".

Die These vom „kleineren Übel" ist heute deshalb noch so erfolgreich, weil sie an die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse demagogisch anzuknüpfen versteht. Für die Masse der Arbeiter stellt sich ja noch gar nicht die Alternative: CDU / CSU und SPD – oder auf der anderen Seite eine Arbeiterpartei, eine KPD. Es gibt noch keine kommunistische Partei, die im Kampf der Arbeiterklasse eine Rolle spielen könnte. Was an kommunistischen Gruppen existiert, besteht größtenteils aus Versprechungen auf die Zukunft. Es stellt sich dem Proletariat heute noch nicht die Alternative: bürgerliche Diktatur oder Diktatur des Proletariats. Sondern die Frage ist zunächst nur: welche Form der bürgerlichen Diktatur? Solange das Proletariat das System der Lohn - Sklaverei nicht aufheben kann, kämpft es um einen möglichst günstigen Preis seiner Arbeitskraft. Solange das Proletariat die Diktatur des Kapitals nicht stürzen kann, kämpft es um die bürgerlich - demokratischen Rechte.

Viele Genossen – besonders dann, wenn sie nicht aus dem Proletariat kommen – neigen dazu, von der Wirklichkeit abzuheben und zum Höhenflug zu starten. Diesen Genossen sagen wir eine Bruchlandung voraus. Für uns als Kommunisten ist klar, daß die Arbeiterklasse eine selbständige politische Partei braucht, die die Tageskämpfe mit dem Ziel des Sozialismus verbindet. Für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter ist das aber durchaus noch nicht so klar. Und jedenfalls gibt es ja eine solche Partei noch nicht. Für den Arbeiter gibt es eine Vielzahl kommunistischer Gruppen, die einander nicht sonderlich grün sind und sich oft gegenseitig beschimpfen, und von denen kaum eine im Betrieb eine Rolle spielt. Es gehört schon viel Mut und Zuversicht dazu, sich als Arbeiter einer dieser Gruppen anzuvertrauen. Und wie viele fortschrittliche Arbeiter sind dabei nicht von den Schaumschlägern der DKP oder der „KPD / ML"s grenzenlos enttäuscht worden! Das ist die Realität, von der wir auszugehen haben, und die den Demagogen der sozialdemokratischen Ideologie vom „kleineren Übel" das Handwerk immer noch so leicht macht.

Die Genossen vom Göttinger „Kommunistischen Bund" haben aus Anlaß des CDU / CSU - Mißtrauensantrag die Parole ausgestellt: „CDU oder SPD – keine Alternative für das Volk". Daran knüpften sie die Aufforderung, eine in Göttingen stattfindende Demonstration gegen die versuchte Regierungsübernahme durch CDU / CSU zu „boykottieren". Die Genossen haben natürlich Recht, wenn sie sagen, daß CDU / CSU und SPD beides bürgerliche Parteien sind, daß gegenwärtig es gerade die SPD ist, die als geschäftsführende Partei der Kapitalistenklasse die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft vorantreibt. Deshalb kann es bestimmt nicht darum gehen, die SPD zu „unterstützen". sie „anzupreisen", etwa unter der Parole zu demonstrieren „Unser Land braucht Willy Brandt" usw.

Aber die Genossen übersehen, daß sich die Alternative CDU / CSU oder SPD für das arbeitende Volk eben doch immer wieder stellt. Angesichts des versuchten Regierungssturzes durch die CDU / CSU gab es doch nur zwei grundsätzliche Möglichkeiten: entweder gar nichts zu tun und den Dingen schlicht ihren Lauf zu lassen („weil ja doch alles Jacke wie Hose ist, was die in Bonn machen") oder aber entschieden Front gegen die CDU / CSU zu machen. Ähnlich wird sich die Alternative stellen, wenn es jetzt im Herbst zu Neuwahlen kommen sollte: am Wahltag zuhause bleiben oder für die SPD stimmen? Eine andere Alternative, z. B. alle bürgerlichen Parteien zum Teufel zu jagen (wo sie eigentlich hingehören) und mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, stellt sich im Bewußtsein der Massen und vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes der Klassenkämpfe einfach noch nicht. Die kommunistische Bewegung ist noch weit davon entfernt, eine solche Alternative (die eine wirkliche Alternative für das Volk wäre!) schon realistisch erscheinen zu lassen.

Hier setzt also die sozialdemokratische Ideologie vom „kleineren Übel" an. Wie sollen die Kommunisten dieser Ideologie entgegentreten? Sollen sie sagen, daß CDU / CSU und SPD „gleich schlimm" sind, daß zwischen ihnen „gar kein Unterschied" ist, daß die SPD womöglich gar „noch schlimmer als die CDU / CSU" ist, weil sie „gefährlicher" ist durch ihre soziale Demagogie? Oder sollen sie sagen, daß die SPD zwar verglichen mit der CDU / CSU in der Tat noch das „kleinere Übel" ist; aber ein Übel jedenfalls, das es zu bekämpfen gilt? Das ist in Wahrheit die Frage, die zur Diskussion steht; und nicht etwa, ob der KB die SPD „anpreisen", „unterstützen" und ähnlich empörende Dinge tun will ...



Gemeinsam: Kiesinger und Brandt auf dem „Kongreß der Ostdeutschen Landesvertretungen" (29. 4. 67 in Bonn) vor den größenwahnsinnigen Grenzen Hitlerdeutschlands.

Zur Funktion bürgerlicher Parteien

„Wir sehen in CDU / CSU und SPD zwei unterschiedliche Alternativen für die Politik der Kapitalistenklasse; Instrumente, mit denen die Kapitalisten zwei Methoden des Regierens zu realisieren vermögen:

„CDU / CSU und SPD buhlen mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Innen- und Außenpolitik um die Gunst der Kapitalisten. Dabei vertritt die SPD stärker die Methode der Täuschung und des politischen Betrugs, während die CDU / CSU die Methode erpresserischer Drohungen und offener Gewalt nach innen und außen stärker zur Anwendung bringen will." („Arbeiterkampf", Nr. 16)

Wir haben weiter gesagt, daß es falsch wäre, so zu tun, als wären beide Konzeptionen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gleich schlecht; die besseren Möglichkeiten für die Entwicklung der Arbeiterbewegung sind gegeben, solange noch möglichst viele bürgerlich-demokratische Rechte verteidigt werden können, solange gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden können, solange die kommunistischen Organisationen noch relativ unbeschränkt arbeiten können usw.

Den Mißtrauensantrag der CDU / CSU haben wir als einen Versuch der Bourgeoisie verstanden, stärker die Methode von Gewalt und Drohung nach innen und außen zur Geltung zu bringen. Entweder direkt, falls die CDU / CSU genügend Stimmen für ihren Kanzlerkandidaten Barzel erhalten hätte; oder zumindest indirekt, indem der SPD / FDP - Regierung eine ernste Warnung erteilt wurde und sie zu noch intensiverer Zusammenarbeit mit der CDU / CSU gedrängt wurde.

Wir sahen demnach in dem Mißtrauensvotum den Versuch, die Lage des werktätigen Volkes weiter zu verschlechtern und in der Faschisierung von Staat und Gesellschaft eine beschleunigte Gangart einzuschlagen. Die Massendemonstrationen und Streiks aus diesem Anlaß sahen wir als bedeutende Verteidigungskämpfe des werktätigen Volkes an, die wichtigsten politischen Kämpfe seit der Anti-Atom - Bewegung Ende der 50er Jahre. Als Hauptmotiv dieser Aktionen sahen wir den Protest gegen die CDU / CSU, der unserer Meinung nach durchaus nicht automatisch mit einer Unterstützung der SPD / FDP - Regierungspolitik gleichsetzen ist.

Im Gegensatz dazu stellten andere Gruppen die Bonner Auseinandersetzungen als ein „Parteiengerangel" dar, wo es weniger um politische Alternativen für die Bourgeoisie, als vielmehr um bloße Pöstchenjagd gegangen sei.

So schrieb die „Rote Fahne" Westberlin: „Worum geht es bei dem Machtkampf im Parlament

wirklich? Es handelt sich nicht im entferntesten um den politischen Kampf zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, es handelt sich auch nicht um die Auseinandersetzung zwischen einer bürgerlich-demokratischen Reformpartei und einer offen reaktionären Clique. Ja, es geht hier nicht einmal um die Auseinandersetzungen zwischen einer Partei, die vorsichtiger und unentschlossener bei der Durchsetzung der Monopolinteressen und einer, die sie brutal und schleunigst durchzusetzen gewillt wäre. **Nein, hier geht es allein um den Konkurrenzkampf von zwei Parteien des Monopolkapitals, um die Regierungspfründe!".**

Und weiter schrieb die Zeitung, die CDU / CSU sei arg in Schwierigkeiten, weil „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt". Die CDU / CSU sei fast pleite, und deshalb ihr Mißtrauensantrag als ein letzter verzweifelter Versuch, doch noch wieder an den Drücker zu kommen. (RF, 3. 5.)

Die Bremer „Wahrheit" erkennt zwar an, daß es der CDU / CSU auch darum gegangen sei, „die nach ihrer Auffassung dem Kapital noch besser dienende Politik durchzusetzen". In erster Linie stellt die „Wahrheit" die Bonner Auseinandersetzungen jedoch als „Scheingefechte" dar, deren Hauptzweck für die CDU / CSU es gewesen sei, „die Ministerposten zu ergattern". So schreibt die „Wahrheit" etwa zur Auseinandersetzung um die Ostverträge: „... die CDU / CSU bauscht vielmehr taktische Meinungsverschiedenheiten auf. Sie bezichtigt die Bundesregierung des Verrats an den Interessen der Nation, um die rückständigen Teile der katholischen Arbeiterschaft, des Kleinbürgertums, der Beamten und Bauern und der Vertriebenen fest an sich zu binden. **Der CDU / CSU geht es nicht darum, den Kurs in der Ostpolitik zu ändern. Ihr geht es ausschließlich um die Regierungsgewalt und damit verbunden um die Gehälter, die Bestechungsgelder von der Industrie."** (Wahrheit, Mai) 72

Von einem derartigen Standpunkt aus mußten die Massenaktionen gegen das Mißtrauensvotum der CDU / CSU bestenfalls illusionär und nutzlos erscheinen, falls sie nicht sogar als „objektiv reaktionär" abgestempelt wurden.

Vielfach wurden die Massenaktionen einfach als Unterstützungs-Aktionen für die SPD / FDP-Regierung interpretiert; damit waren sie dann einfach nur noch – ohne ihren konkreten Inhalt näher zu untersuchen – Beweis dafür, wie stark angeblich noch die Illusionen über diese Regierung in der Arbeiterklasse verbreitet sind. Die „Rote Fahne" Westberlin z. B. schreibt: „Die Streiks und Demonstrationen für die sozialdemokratische Regierung zeigen: Noch immer knüpfen Teile der Massen Hoffnungen an die SPD-Regierung" (RF, 3. 5.).

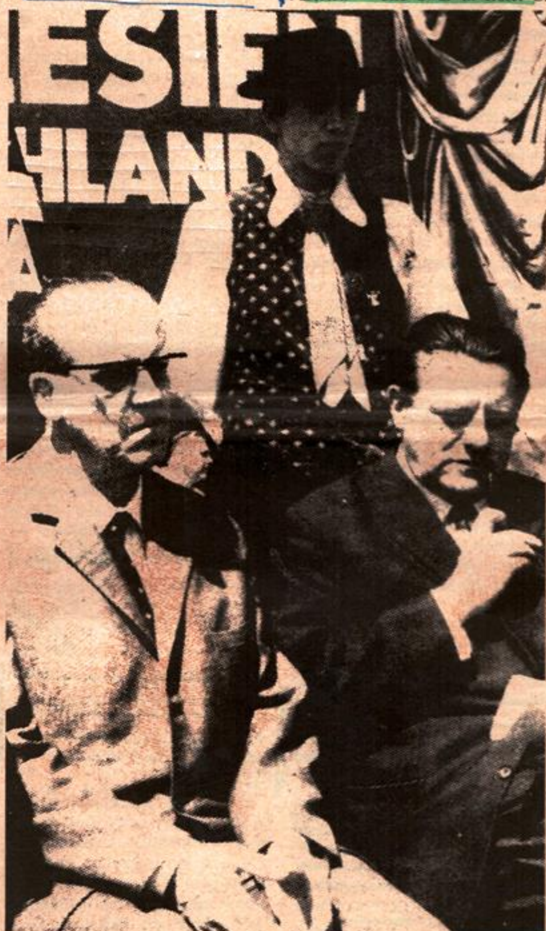
Unter der Hand schleichen sich auch ökonomistische Positionen ein. So meint etwa die „Kommunistische Arbeiterzeitung" Göttingen, die Arbeiter könnten im Kapitalismus sowieso die Politik des Staates nicht beeinflussen. Deshalb sei die Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum auch „nur ein ‚Fortschritt' im bürgerlichen Rahmen, innerhalb der bürgerlichen Politik und ihrer Parteien". Und weiter: „Die Stärke und die Höhe des Klassenbewußtseins des Proletariats äußert sich gegenwärtig vor allem im Kampf um seine unmittelbaren Interessen, den Lohnkämpfen". (KAZ, 25. 5.) Ähnelt das nicht doch etwas den gutgemeinten Ratschlägen der alten russischen Ökonomisten, die Arbeiter dürften den politischen Kampf nicht führen?

Es scheint, daß vielen Genossen noch nicht einmal die Funktion der bürgerlichen Parteien klar ist. Denn wie könnten sie sonst auf den sonderbaren Einfall kommen, das Großkapital würde die CDU / CSU, mit der es immerhin 20 Jahre lang regiert hat, einfach vor leerem Futternapf verhungern lassen? Die Konsequenz wäre, daß sich die Bourgeoisie langfristig jeder Möglichkeit beraubt, eine zur SPD alternative Politik durchzusetzen. Und wie könnten die Genossen sonst auf den Gedanken kommen, daß die immerhin noch durch tausend Fäden mit dem Großkapital verbundene CDU / CSU würde Politik auf eigene Faust machen, auf eigene Rechnung die Regierung stürzen wollen? Eine Regierung, von der die Genossen sagen, daß „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt"! Das würde doch bedeuten, daß sich die CDU / CSU von der Bourgeoisie weitgehend gelöst hat, von dieser nicht mehr finanziert wird und aus Verzweiflung über die leeren Kassen Politik gegen die von der Monopolbourgeoisie angeblich so heiß geliebte SPD / FDP - Regierung macht. „CDU / CSU kontra Monopole"? ...

Diese Genossen stellen die bürgerlichen Parteien in erster Linie als Versorgungsbetriebe dar, die den Inhabern eines Parteibuchs eine gute Karriere im Beruf und mit einigem Glück sogar gut bezahlte Posten im Staatsapparat einbringen sollen. Die Handlungen der Parteien werden von den Genossen demnach fast ausschließlich unter dem Aspekt des „Kampfes um die Regierungspfründe" interpretiert.

Natürlich sind die bürgerlichen Parteien auch Versorgungsbetriebe. Aber um die Kapitalisten stünde es bereits sehr schlecht, wenn sich die bürgerlichen Parteien darauf beschränken würden, einander die Posten abzujagen, oder wenn dies das Hauptmotiv ihres Handelns wäre.

Tatsächlich sind die bürgerlichen Parteien – und zwar in erster Linie – Instrumente bürgerlicher Politik. Die Bourgeoisie wird nicht eines dieser Instrumente verrosten lassen, indem sie durch die Einstellung der finanziellen Unterstützung den Bankrott der CDU / CSU heraufbeschwört – wie die Leute von der „Roten Fahne" Westberlin anscheinend glauben, die von einer „Existenzgefährdung der CDU" zu berichten wissen.



Gemeinsam: Strauß und Wehner auf dem revanchistischen „Deutschlandtreffen" der schlesischen Landsmannschaften (25. 6. 67 in München)

Wir meinen außerdem, daß eine bürgerliche Partei nicht auf eine wilde Posten-Jagd gehen, den Regierungssturz betreiben, eine Massenbewegung der Bevölkerung provozieren würde, wenn dieser Vorstoß im Widerspruch zu der Politik stünde, die die Kapitalistenklasse von ihnen erwartet.

In unserer Broschüre gegen die Super-„Linken" haben wir uns vor mehr als einem Jahr mit den Leuten vom „Roten Morgen" auseinandergesetzt, die geschrieben hatten: „...Dabei ist es völlig egal, welche Fraktion des Monopolkapitals, ob die SPD / FDP oder CDU / CSU gerade an der Macht sind... Für uns, die Werktätigen, kommt es auf das gleiche heraus, welcher Fuß des Monopolkapitals, ob der linke oder der rechte uns in den Hintern tritt." (RM, Januar 71) Lenin hat auf diese durchaus nicht neue Behauptung schon 1920 geantwortet:

„Die Differenzen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien und Politikern sind vom Standpunkt des reinen, d. h. abstrakten, d. h. zur praktischen politischen Massenaktion noch nicht herangereiften Kommunismus ganz belanglos und geringfügig. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktionen der Massen aus gesehen sind diese Unterschiede äußerst, äußerst wichtig."
(Lenin, „Linker Radikalismus")

Wir halten es für falsch, die Unterschiedlichkeiten zwischen CDU / CSU und SPD und der mit ihnen verbundenen Konzeptionen bürgerlicher Politik zu bagatellisieren und alles in den bereit gestellten großen Topf zu werfen.

Wir halten es außerdem für falsch, eine zentrale politische Auseinandersetzung um Tempo und Vorgehensweise der Bourgeoisie bei der Faschisierung einfach darauf zu reduzieren, daß jetzt die CDU / CSU „auch mal an die Futterkrippe" will.

Aufgabe der Kommunisten kann es nicht sein, komplizierte Sachverhalte und Widersprüche um jeden Preis auf einfache Formeln zu bringen (SPD = CDU = alles Scheiße). Manche Genossen indessen halten ein solches Vorgehen gar schon für „Kampf gegen die sozialdemokratische Ideologie". In Wirklichkeit verdammen sie sich so nur zur Passivität gegenüber spontanen politischen Bewegungen der Arbeiterklasse.

ZUR ROLLE DER SPD

Die SPD ist eine „bürgerliche Arbeiterpartei". Eine Partei also, die auf der einen Seite eng mit der Arbeiterbewegung verbunden ist, die Gewerkschaften beherrscht und über diese die Lohnkämpfe kontrolliert, die von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse ins Parlament gewählt wird. Eine Partei auf der anderen Seite, die die Geschäfte der Kapitalisten besorgt, ob sie nun gerade die Regierungspartei ist oder Opposition.

Wie Lenin feststellte, „ist die bürgerliche Arbeiterpartei unvermeidlich und typisch für alle imperialistischen Länder... Tatsache ist, daß bürgerliche Arbeiterparteien als politische Erscheinung schon in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden sind, daß ohne entschiedenen, schonungslosen Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Parteien... weder von einem Kampf gegen den Imperialismus, noch von Marxismus, noch von einer sozialistischen Arbeiterbewegung die Rede sein kann... Wir haben nicht den geringsten Grund zur Annahme, daß diese Parteien vor der sozialen Revolution verschwinden könnten."
(Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Okt. 1916).

Wir Kommunisten können indessen nicht dabei stehen bleiben, nur immer wieder auf die Tatsache zu verweisen, daß die SPD genauso wie die CDU / CSU eine Partei des Großkapitals ist. Wir haben vielmehr auch zu fragen, wie es kommt, daß es immer noch – aller historischer Erfahrung, allen Enttäuschungen zum Trotz – solche Massenparteien wie die SPD gibt.

Lenin erklärte die Existenz bürgerlicher Arbeiterparteien damit, daß die Kapitalisten einen kleinen Teil der Arbeiterklasse aufkaufen, ihn mit Pöstchen und fetten Gehältern bestechen usw.

Das reicht aber nicht aus, um zu erklären, warum eine solche Partei langfristig einen Masseneinfluß behaupten kann.

Eine These, die u. a. vor einigen Jahren vom sich als „antirevisionistisch" verstehenden „Kommunistischen Arbeitskreis Dänemarks" (KAK) vertreten wurde, behauptet, daß die Arbeiterklasse der Industrieländer insgesamt „parasitär" sei und indirekt an der Ausbeutung der "Dritten Welt" beteiligt sei.

KAK behauptete damals u. a.: „Die Arbeiterklasse insgesamt in unserem Teil der Welt muß heute als Arbeiteraristokratie angesehen werden". Und weiter: „Die ökonomische Entwicklung in unserem Teil der Welt hat eine Arbeiterklasse entstehen lassen, die außerstande ist, aus eigener Kraft die Kapitalistenklasse zu stürzen".

Die Argumentation des KAK lief darauf hinaus, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen das Proletariat der Industrieländer kein sozialistisches Bewußtsein entwickeln könne, daß aber durch die Befreiung der „Dritten Welt" das imperialistische System eine Reihe von Krisen durchlaufen wird, die zur Verelendung des Proletariats in den Industrieländern führen und eine revolutionäre Lage entstehen lassen würde.

Mit anderen Worten: Die Existenz der bürgerlichen Arbeiterpartei wird zweifelhafterweise erklärt mit einer angeblichen "Verbürgerlichung" der Arbeiterklasse. Diese These hat auch in der Diskussion der "Neuen Linken" vor einigen Jahren eine sehr schlechte Rolle gespielt. Denn diese These führt entweder in die politische Passivität („weil ja doch alles keinen Zweck hat"), oder aber ins ausweglose Abenteuer einer Pseudo-„Stadtguerilla".

Gegen die Theorie des KAK und ähnlicher Ideologien der kleinbürgerlichen Verzagtheit ist einzuwenden, daß sie z. B. die ungleichzeitige Entwicklung innerhalb des imperialistischen Lagers übersieht, die den Süden Europas (Spanische Halbinsel, Süditalien, Griechenland, Jugoslawien, Türkei) dem Status von Halbkolonien nähert. So daß es also schlichtweg schwachsinnig wäre, die Arbeiter und Landproletarier Süditaliens, Griechenlands usw. als „Arbeiteraristokratie" einzustufen. Die Theorie läßt weiterhin außer acht die sich verschärfende Krise des imperialistischen Systems, den Konkurrenzkampf, die Zuspitzung der Widersprüche zwi-

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 11

SPD - das kleinere Übel

schen den imperialistischen Mächten – schon lange vor einer endgültigen Befreiung der Länder der „Dritten Welt".

Richtig an der Theorie scheint aber der Ansatz, die Situation der Arbeiterbewegung in den Industrieländern im Zusammenhang mit der Lage der Arbeiterklasse zu sehen.

Was die Bundesrepublik angeht, so meinen wir, daß sich die Arbeiterklasse in einer Lage befindet, wo sich ihr keine sichtbare Alternative bietet, die mehr versprechen würde als das Arrangement mit dem Kapitalismus.

Für eine gesellschaftliche Alternative, für den Sozialismus zu kämpfen, erscheint nicht angebracht, weil die Arbeiter in der Vergangenheit nur die Erfahrungen von Niederlagen gemacht haben und weil der Sozialismus in seinem für die Bundesrepublik scheinbar relevanten Modell (DDR) durchaus nicht die „Attraktivität" ausübt, die ihm die DKP so gern zuspricht. Zum einen, weil der Blick auf die Realitäten der DDR getrübt ist durch die bürgerliche Hetze (so wird z. B. dem Schulsystem der DDR, der Krankenversorgung u. ä. weit weniger Aufmerksamkeit gegeben als dem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau); zum anderen wegen der Kompromittierung des Sozialismus durch die revisionistische Entwicklung.

Das erzwungene Arrangement mit dem Kapitalismus fördert die Mentalität, den erreichten „sozialen Kompromiß" nicht aufs Spiel zu setzen, und zumindest individuell und äußerlich „kein Prolet" zu sein.

Dabei ist durchaus im Bewußtsein vorhanden, daß es bessere, gerechtere, lebenswertere Gesellschaftsformen als ausgerechnet den Kapitalismus geben könnte. Was fehlt, ist das Vertrauen des Proletariats in die Kraft der eigenen Klasse, solche „Ideale" auch verwirklichen zu können.

Solange dieses Vertrauen in die eigene Kraft fehlt, wird die SPD den Massen immer noch als das „kleinere Übel" erscheinen; denn dann stellt sich als Alternative zur SPD nicht der Sozialismus, sondern bloß die CDU / CSU. Da ist es naiv, wenn etwa eine „KPD / ML" während der Metalltarifrunde des letzten Jahres den Arbeitern ermutigend zurief: „Verlassen wir uns im Kampf auf unsere eigene Kraft – stärken wir die KPD / ML !" – Als ob das eine Sache von Parolen wäre!

Ein solches Vertrauen in die eigene Kraft kann sich herstellen, wenn im Klassenkampf die Erfahrungen der Solidarität und des Erfolgs gemacht wird, und wenn sich die Kommunisten als organisierende Kraft erweisen.

SPD – „Gefährlichkeit" und „Effektivität"

Die Genossen von der Bremer „Wahrheit" haben geschrieben:

„...Wer also heute, wo sich die Widersprüche des Kapitalismus in unserem Land noch nicht derart verschärft haben, daß sich das Kapital nur durch eine faschistische Machtübernahme an der Macht halten könnte, wer unter solchen Bedingungen die unmittelbare Gefahr des Faschismus beschwört oder sagt, die faschistische Machtübernahme werde direkt vorbereitet, der lenkt die Arbeiterklasse von dem für sie in der augenblicklichen Phase der Klassenkämpfe viel gefährlicheren Agenten des Kapitals, von der Sozialdemokratie ab. (Wahrheit, Mai 72)

Die Bremer Genossen machen es sich etwas zu leicht. Wandten Sie sich doch noch im vorigen Herbst anläßlich der Bürgerschaftswahl mit einem Offenen Brief u. a. auch an die SPD mit der Aufforderung, „gegen den Besuch des Arbeiterfeindes Franz - Josef Strauß als CDU - Wahlkämpfer eine breite Aktionseinheit herzustellen". Kann man das etwa so interpretieren, als hätten die Bremer Genossen dem „viel gefährlicheren Agenten des Kapitals" eine Aktionseinheit gegen den etwas weniger gefährlichen angeboten? Hier wäre also zu klären, worin die spezielle Gefährlichkeit der SPD und worin andererseits die spezielle Gefährlichkeit der CDU / CSU und namentlich der Strauß - Gruppe besteht. Denn offenbar ist von zwei verschiedenen Arten von Gefährlichkeit die Rede. Einmal im Sinne von „raffiniert", das andere mal im Sinne von „brutal", „terroristisch", „agressiv" etc.

Überhaupt ist es so eine Sache mit dem, was die Bremer Genossen noch vor einem dreiviertel Jahr vertreten haben. Hieß es doch in dem genannten Offenen Brief (der sich auf einen Auftritt von Strauß in Bremen am 14. September 71 bezieht):

„Strauß ist kein Zufall, kein einsamer Spinner, den man nicht zu beachten brauchte. In seinen Reden, seinen politischen Konzeptionen findet die verzweifelte Strategie der westdeutschen Kapitalisten ihren klarsten Ausdruck... Die Ziele, die Strauß und mit ihm die CDU / CSU vertreten, sind die agressiven Ziele des Westdeutschen Monopolkapitals. Unter dem demagogisch getragenen Reformmäntelchen verbirgt sich die Drohung mit der faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen.

Wir dürfen den politischen Strategen des Monopolkapitals und ihrer Demagogie keinen Fußbreit Boden überlassen! Der sich abzeichnenden Gefahr der faschistischen Formierung muß sofort entgegengetreten werden..."

Damals waren die Bremer Genossen der Meinung, „die zusammenfassende Parole unseres Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte" müsse lauten: „GEGEN KAPITALISMUS UND FASCHISMUS DIE EINHEITLICHE FRONT ALLER WERKTÄTIGEN" (So in der „Kommunistischen Arbeiterkorrespondenz" Nr. 9, Vorläuferin der „Wahrheit").

Die Bremer Genossen haben ihre Meinung geändert. Nun gut. Ihre Pflicht wäre es gewesen, in ihrer Presse deutlich zu machen, wer oder was sie dazu bewogen hat. Das haben die Genossen nicht getan. Stattdessen schlagen sie jetzt mit dem „großen Knüppel" auf diejenigen ein, die im Grunde nur das meinen, was auch die Bremer Genossen vor einem dreiviertel Jahr noch für richtig hielten. So kann man die Auseinandersetzung, von der die Genossen aus Bremen so gern sprechen, bestimmt nicht voranbringen!

Scheinbar schießen die Bremer Genossen ins Leere. Denn wer hätte davon gesprochen, eine faschistische Machtübernahme werde „direkt vorbereitet"? Das sagt weder die DKP noch die „KPD / ML", das sagt weder der Kommunistische Bund noch die ABG München. Hier wird von den Bremer Genossen offenbar die Frage bewußt überspitzt, um die gemeinte Position leichter erledigen zu können.

Was die Einschätzung der faschistischen Gefahr angeht, so gibt es bekanntlich unterschiedliche Standpunkte. Allgemein dürfte anerkannt werden, daß es einen Abbau demokratischer Rechte gibt, eine Verstärkung des Unterdrückungsapparates, intensivere Bemühungen um eine reaktionäre Verhetzung der Massen, Abbau verfassungsmäßiger Grundsätze, z. B. im Bereich fortschrittlicher Lehrer (Berufsverbot) usw. Wir nennen das Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Selbst wenn das zu schwarz gesehen sein sollte, bedeutet das noch lange nicht eine Ablenkung von der Verantwortung der SPD für die aktuelle Führung dieser Politik. Im Gegenteil!

Wir sehen die Gefahr, daß einige Genossen aus Angst, nur ja nicht „von der SPD abzulenken", in den entgegengesetzten Fehler verfallen, daß sie die von der KPD vor 1933 gemachten Fehler wiederholen. Kritisierte doch damals selbst Ernst Thälmann Kommunisten, die „vor den nationalsozialistischen Bäumen (!) den sozialdemokratischen Wald (!) nicht sehen wollen" (In: Die Internationale, Nov. 1931). Thälmann meinte damit jene Kommunisten, die vor den zunehmenden Erfolgen der NSDAP warnten. Die allgemeine Linie in der KPD war damals, den Faschismus in Deutschland als sogenannten „Sozialfaschismus", d. h. mit der SPD als Hauptpartei, zu erwarten. Diese These wurde gerade mit der besonderen „Gefährlichkeit" der SPD begründet.

Die Gefährlichkeit der SPD besteht darin, daß sie den größten Einfluß in der Arbeiterklasse hat, und also besonders geeignet ist, die Arbeiterklasse vor den Karren der Kapitalisten zu spannen.

In diesem Sinn – und nur in diesem – halten wir die SPD g e n e r e l l für den „gefährlicheren" Agenten des Kapitals, in der Opposition sogar noch „gefährlicher" als in der Regierung. Diese „Gefährlichkeit" beruht darauf, daß sie bürgerliche Partei im Gewand der Arbeiterpartei ist. Die SPD „entlarvt" sich auch nicht einfach dadurch, daß sie Regierungspolitik gegen die Arbeiterklasse macht. Diese arbeiterfeindliche Politik bringt zwar Unzufriedenheit mit einzelnen Exponenten dieser Politik mit sich (z. B. Schiller), während andere Exponenten noch eine gewisse „Popularität" behaupten (z. B. Brandt); auf einer höheren Stufe der Klassenkämpfe und des Bewußtseins von diesen kann die SPD - Politik insgesamt als „verräterisch" erkannt werden. Aber es kommt immer noch nur vereinzelt zum völligen Bruch mit der SPD, solange diese mangels realer Alternative als das „kleinere Übel" zu erscheinen vermag. Hier ist es mit der SPD ähnlich wie mit den Gewerkschaften, zu denen die Arbeiterklasse nach jeder Verratshandlung doch wieder zurückkehrt. Schließlich bedeutet aber auch der Bruch mit der SPD noch nicht den Bruch mit der sozialdemokratischen Ideologie, die wesentlich tiefer eingewurzelt ist.

Manche Kritiker unserer Politik gehen von einem falschen Verständnis des antifaschistischen Kampfes aus. Für sie ist antifaschistischer Kampf gleichbedeutend mit Verzicht oder jedenfalls Abschwächung des Kampfes gegen die SPD.

Nun ist in der Tat die KPD nach 1933 diesen Weg gegangen, hat der SPD (übrigens ohne Erfolg) schmachtende Blicke zugeworfen, hat auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus verzichtet, hat sich in ihrer Programmatik der SPD sehr weitgehend angenähert, hat vor allem darauf verzichtet, die Betrugsmanöver der SPD - Führung zu entlarven. Das war eine genaue Umkehrung der vor 1933 mit der „Sozialfaschismus" - Theorie gemachten Fehler.

Ein solcher antifaschistischer Kampf reproduziert im besten Falle die vorfaschistischen Zustände.

Unser Verständnis von antifaschistischem Kampf ist ein anderes – erfordert er doch nicht eine A b s c h w ä c h u n g, sondern eine S t ä r k u n g des Kampfes gegen die SPD als bürgerliche Partei und gegen die sozialdemokratische Ideologie. So verstehen wir Lenins Urteil über die „Kadetten" (eine bürgerlich - liberale Partei im zaristischen Rußland):

„Wenn man die Reaktion wirklich schlagen will, dann muß man die Massen vom ideologischen Einfluß der Kadetten befreien, die sie belügen und ihnen völlig falsche Vorstellungen von den Aufgaben und dem Wesen des Kampfes gegen die Reaktion vermitteln" (Lenin, 1906, Werke Bd. 11, S. 389).

Einige Genossen kommen da mit ihrem Paradestück „Hauptstoß gegen die SPD" an. Dazu noch später. Es sei hier nur soviel gesagt, daß zu unterscheiden ist zwischen dem politisch - militärischem Kampf (mit Stoßrichtung Bourgeoisie) und dem ideologischen Kampf (mit Stoßrichtung Sozialdemokratismus).

Die Politik der leninschen Partei läßt sich an einem historischen Beispiel verdeutlichen: Bekanntlich ging aus der russischen Februar - Revolution 1917 nur eine bürgerliche Regierung hervor. Im Sommer 1917 wurde die Partei der Bolschewiki in die Illegalität getrieben, die Partei - Zeitung „Prawda" wurde verboten, Funktionäre der Bolschewiki verhaftet, Lenin mußte Rußland vorübergehend verlassen etc. In dieser Stunde unternahmen konterrevolutionäre Truppen unter dem Kommando General Kornilow's den Versuch, durch einen Putsch die bürgerliche Regierung zu stürzen und dem Zarismus wieder an die Macht zu verhelfen. In dieser Situation rief das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei die Arbeiter und Soldaten zur aktiven bewaffneten Abwehr der Konterrevolution auf. Damit verteidigte sie zwangsläufig die bürgerliche Kerenski - Regierung, da die Frage des Aufstandes gegen diese bürgerliche Regierung sich noch nicht unmittelbar stellte – dieser Aufstand begann erst am 24. Oktober.

Allerdings: - „Die Bolschewiki, die die Massen zur Niederwerfung des Kornilowputsches mobilisierten, stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenski's nicht ein. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenskis, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die mit ihrer gesamten Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten". Die Folge dieser Politik der Bolschewiki war: „Der Kampf gegen die Kornilowaktion flößte den dahinsiechenden Sowjets der Arbeiter - und Soldatendeputierten neues Leben ein, befreite sie aus dem Bann der Paktiererpolitik, führte sie auf die breite Straße des revolutionären Kampfes und bewirkte ihre Schwenkung zur bolschewistischen Partei. Der Einfluß der Bolschewiki in den Sowjets stieg wie nie zuvor ..." (Geschichte der KPdSU, S. 242 und 243).

Die Auseinandersetzung zwischen der zaristischen Reaktion und der Kerenski - Regierung ging im Kern nur um die Frage der geeigneteren Methode, Proletariat und Bauernschaft zu unterdrücken und den Krieg fortzusetzen. Trotzdem hätte die Partei der Bolschewiki einen Fehler gemacht, wenn sie den Arbeitern geraten hätte, sich in diese Auseinandersetzung nicht einzuschalten; etwa unter der Parole, „daß die Alternative nicht Kerenski oder Kornilow, sondern die sozialistische Revolution ist". Diesen Fehler machen aber seinem Wesen nach diejenigen Gruppen, die heute dem Kampf der Arbeiter gegen die CDU / CSU verständnislos gegenüberstehen.

Es geht um zwei Arten des Kampfes gegen den Sozialdemokratismus. Im einen Fall bleibt man dabei stehen, für die Arbeiterklasse abstrakt bleibende Parolen mechanisch zu wiederholen. Im anderen Fall nimmt man die antireaktionären Impulse der spontanen Kämpfe des Proletariats auf, schaltet sich in diese ein, treibt sie voran. Es ist in der Logik der Dinge, daß diejenigen Gruppen, die solchen politischen Kämpfen der Arbeiter wie dem gegen das Mißtrauensvotum mit Skepsis gegenübertreten, in eine Überschätzung der ökonomischen Kämpfe verfallen und sich übermäßig auf diese konzentrieren.

—— (wird fortgesetzt) ——

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin - Großmeinsdorf

FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 55 80 72, Di. 17.30 – 19 Uhr, Fr. 17 – 20 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

Bericht des KB / ML - Lübeck:

25.000 DM an die CSU



Das Drägerwerk in Lübeck stellt Gasflaschenventile, Entlüftungsanlagen, medizinische Apparate und Tieftauchsysteme für wirtschaftliche und militärische Zwecke her. Bereits 1911 gehörte das Dräger-Werk zu den Hauslieferanten der kaiserlichen Kriegsflotte. Der 1. Weltkrieg brachte den Dräger - Kapitalisten riesige Profite, während er für 100 Tausende Arbeiter ein sinnloses Sterben bedeutete. Der Dräger - Jahresumsatz schnellte damals auf mehrere Millionen Goldmark hoch.

Die Dräger - Kapitalisten rüsteten nicht nur deutsche Militärs für Kriegsabenteuer aus. Der US - Marine lieferten sie die taktische Kampfschwimmerausrüstung für den verbrecherischen Krieg gegen das koreanische Volk 1950. Heute unterhält das Lübecker Unternehmen Kontakte zu den Kriegsministerien von insgesamt 15 Ländern. „Für sie gewinnt der Meeresboden als Depotplatz für Waffensysteme und Kriegsmaterial strategische Bedeutung." (Spiegel 1968, Nr. 38, S. 85)

Der Jahresumsatz betrug 1970 132,1 Millionen DM, die Kapazität soll im Lauf der Zeit verdreifacht werden.

Trotz dieser guten Geschäftslage haben die Drägerkapitalisten im Ausland scharfe Konkurrenten. In England, den USA, Frankreich und Italien wird die Konkurrenz mit erheblichen Summen aus Militärhaushalten gefördert. Das Drägerwerk treibt die Tauchforschung auf eigene Kosten.

Diesen Kostenvorsprung der ausländischen Konkurrenz müssen die Drägerkapitalisten einholen, wollen sie konkurrenzfähig bleiben. Und sie holen ihn ein: Auf dem Rücken „ihrer" Arbeiter. Eine neue Offensive auf die wirtschaftliche Lage und Gesundheit der Arbeiter läuft bei Dräger schon seit einiger Zeit.

Nach dem ohnehin schon miesen Abschluß von 7,5 % (auf 15 Monate) in der letzten Metalltarifrunde, an dem der Personalchef des Drägerwerkes, Dr. Müller, mitgewirkt hat, werden jetzt die Löhne der Drägerarbeiter innerbetrieblich gesenkt! Der „Metallarbeiter", Branchenzeitung des KB / ML Lübeck, schreibt dazu: „Im Teillager wurde ein gewisser Rieck von W. Wegner (Betriebleiter) beauftragt, die Zeiten für einen Gang zur Toilette zu notieren. Dauerte es z. B. 10 Minuten, dann bekam Wegner den Zettel mit Namen. Im Maschinenraum Montage VIII bekam ein Kollege weniger Lohn, obwohl er die Akkorde mit 125 % abgab, weil er sich 2 Minuten vor Feierabend die Hände wusch. Sein Werkstattleiter Pohlmann setzte sich dafür ein, daß er statt 6,18 Brutto immer weniger bekam, zuerst 6,14 und dann jeden Monat immer 4 Pfennig weniger." (MA Nr. 5 April 72)

Eine hinterhältig ausgeklügelte Betriebshierarchie dient dazu, die Lohnsenkung möglichst umfassend durchzusetzen: **Die Meister sind am Umsatz des Betriebes beteiligt!** Durch diese Bestechung werden die Meister auf die Seite der Kapitalisten gezogen, auf der sie ganz automatisch das „natürliche" Interesse entwickeln, aus den Kollegen möglichst viel Profit herauszuschinden. **Denn für die Meister bei Dräger gilt: Je höher der Profit – desto höher die Bestechungsprämie!** Solche Meister eignen sich vorzüglich zur Antreiberei und Bespitzelung.

Seit Anfang des Jahres wird die Belegschaft außerdem durch gezielt ausgestreute Gerüchte und durch Kündigungen größerer Gruppen von Arbeitern in Angst um ihre Arbeitsplätze gehalten: Am 1. März dieses Jahres wurden 80 Kollegen vor die Tür gesetzt, die Entlassung von 30 weiteren Kollegen aus der Dreherei ist beschlossene Sache. Ein Gerücht ist in Umlauf, daß bis Jahresende noch mit 400 (!) weiteren Kündigungen zu rechnen ist!

Für die besonders reaktionäre Haltung der Drägerkapitalisten spricht auch die folgende Tatsache: Im Jahr 68 spendeten sie dem Bayernkurier 25 000 DM! Der Bayernkurier ist offizielles CSU-Parteiorgan, Herausgeber Franz-J. Strauß, der offen erklärt hat, der DGB sei sein Hauptfeind!

Damit aber nicht genug: Bei dieser Transaktion erschlichen sich die Drägerkapitalisten Steuergelder durch einen sogar nach dem bürgerlichen Steuerrecht kriminellen Trick: Die gespendeten 25 000 DM tauchten in der Dräger - Bilanz als „Werbekosten" für Inserate im Bayernkurier auf, die Inserate aber nie im Bayernkurier! „Werbekosten" sind steuerlich absetzbar, Zuwendungen an politische Parteien allerdings – und darum handelt es sich hier eindeutig! – sind es nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht!

Mehrere Leserbriefe, die Arbeiter an den „Metallarbeiter" geschrieben haben und in denen sie von den Machenschaften der Kapitalisten und ihren Handlangern berichten, zeigen, daß große Unruhe unter den Arbeitern über ihre zukünftige Lage herrscht. Ein Kollege schreibt sehr deutlich: „Es geht in Wirklichkeit darum, unbequeme Kollegen abzuschieben, weil sie Kritik üben oder die Akkorde nicht schaffen, weil sie **Rekorde** sind. Die extra - dicken Profite müssen noch schneller eingestrichen werden, damit die Dräger Aktionäre sich noch besser an unserer Arbeit bereichern können!" (MA Nr. 2, Februar 72)

Im Oktober letzten Jahres, während der Metalltarifrunde, legten die Schlosser bei Dräger spontan ihre Arbeit nieder, als die Kapitalisten das lächerliche 4,5 % Angebot machten. Dr. Müller hatte zuvor in einer VLK - Sitzung scheinheilig versprochen, sich bei Gesamtmetall für die Kollegen einzusetzen. Jetzt sahen die Kollegen, daß das nichts weiter als ein Märchen war, um sie vom Kampf abzuhalten! Der Warnstreik der Kollegen war die richtige Antwort darauf.

Auch bei Dräger werden die Kapitalisten, ihre Manager und Handlanger, den Arbeitern nicht mehr lange ein X für ein U vormachen können! ■

Zweite Folge des Chile - Artikel erscheint im AK 21!

Aus Platzgründen war es uns leider nicht möglich, die 2. Folge des Chile - Artikels in dieser Ausgabe abzudrucken. Denn der Umfang des AK soll vorerst 20 Seiten nicht übersteigen. Dies ist für uns auch ein finanzielles Problem: Schon bei 16 Seiten liegt der Herstellungspreis des AK über dem Verkaufspreis.

Wir sind nicht wie die bürgerliche Presse in der Lage, unsere Zeitung über fette Anzeigen aus der Großindustrie zu finanzieren. Vielmehr sind wir nach wie vor auf Spenden von Genossen, Sympathisanten und Kollegen angewiesen. Wir freuen uns über jede Mark!

UNSERE SPENDEN - KONTEN:

Postscheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

Dresdner Bank
Kto. Nr. 451 8378 J. Reents

Vielen Dank
ARBEITERKAMPF - REDAKTION

NORDMENDE

Arbeit ohne Stress ?

Den folgenden Artikel entnehmen wir – leicht gekürzt – dem „METALLARBEITER", einer Branchenzeitung des KB / Gruppe Bremerhaven für die Kollegen der Metallbetriebe:

Eigentlich ist bei uns im Betrieb alles in Ordnung. Die Arbeit ist leicht, die Bezahlung gut. Die Firma sorgt für uns. – Diese Meinung versucht der „Verband der Metallindustriellen" uns mit seinem Blättchen „METALL - INTERN" einzutrichtern.

„Harmonie trotz Fließband" – unter dieser Überschrift wurden eine halbe Seite lang die angeblichen „Vorzüge" der Arbeit bei Nordmende geschildert: Da heißt es u. a.:

„Gedämpfte Radiomusik, ausgesprochen gepflegt zurechtgemachte Frauen in farbenfroher Privatkleidung an hellen Arbeitsplätzen, Milch- und Colaflaschen in greifbarer Nähe, das ist der erste Eindruck bei einem Besuch im größten Bremerhavener Frauenbetrieb der Metallindustrie, dem seit drei Jahren bestehenden Zweigwerk der Norddeutschen Mende Rundfunk KG.

Auffallend ist, daß die Frauen (rund 60 Prozent Verheiratete mit Kindern, darunter 40 Türkinnen, Italienerinnen und Jugoslawinnen) mit gelöstem Ausdruck ohne Streßmerkmale ihre vielleicht monotonen, weil ständig gleichen Handgriffe verrichten."

So also die Kapitalisten - Zeitung „METALL - INTERN". Es empfiehlt sich, diesen Textauszug direkt zweimal zu lesen. Fast wie in einem Sanatorium, könnte man meinen. Nicht wahr?

Doch hier die Wirklichkeit:

Um halb acht dröhnt die Hupe: Arbeitsbeginn. Und das heißt Löten, Stecken, Prüfen... 500 mal, 1000 mal, oft 2000 mal oder mehr der gleiche Handgriff pro Tag. „Vielleicht monoton"? fragt die Kapitalisten - Postille zynisch. Keine Kollegin interessiert es dabei, daß sie „übrigens nicht im Akkord – sondern im fixen Zeitlohn mit festgelegtem Produktionsergebnis" (Metall - Intern) arbeitet. Denn: 'Stückzahl', 'Stückzahl' heißt es nach wie vor, und wer die Stückzahl nicht schafft, der wird im Lohn heruntergestuft oder entlassen.

Immer wieder den grünen Draht an den roten löten, immer wieder den gelben Widerstand in das obere Loch stecken und den braunen in das Loch daneben. Und das einige tausend Mal pro Tag. Man möchte mal raus, mal abschalten. Nur fünf Minuten lang. Doch das geht nicht, das Band läuft weiter, die Stückzahl sitzt einem im Nacken.

Kollegin X muß mal zum Klo. Doch das geht nicht, weil keine Springerin da ist (die muß schon einige Tage lang eine kranke Kollegin vertreten). Wer zur Toilette will, kann das ja schließlich in der 7 - Minuten - Pause tun, meint der Meister, und es interessiert ihn nicht, daß die ja eigentlich zum Entspannen gedacht ist. Kollegin X wartet also bis zur Pause; denn sie hat Angst, daß sie Schwierigkeiten kriegt, wenn sie einfach aufsteht. (Schließlich gibt es ja immer noch genügend Frauen, die bei Nordmende anfangen wollen. Arbeitslosigkeit im Fischereihafen, Entlassungen bei anderen Firmen usw. weiß Mende mit seiner „Personalpolitik" gut auszunutzen: Ständig werden Kolleginnen entlassen, ständig werden neue eingestellt.)

Kollegin X arbeitet also weiter, macht ihre monotonen Handgriffe, die sie allmählich ermüden. Doch als sie kurz vorm Einnicken ist, reißt sie schrille Musik aus ihren Träumen – nicht ganz so „gedämpft", wie es in „Metall - intern" steht: „Wer hat dem Hugo den Schnorchel geklaut" --- in dieser Woche schon zum achten Mal. Daß die Musik nicht dazu da ist, die Kolleginnen zu unterhalten, sondern sie fit zu halten für die Stückzahl – das hat Kollegin X mittlerweile auch mitgekriegt.

Gegen Mittag ist ihr „gelöster Ausdruck ohne Streßmerkmale" (Metall - intern) vollkommen dahin: Sie muß sich zusammenreißen, um ihre Teile richtig zu stecken. Der Krach und die Arbeit, diese ganze Hetze machen ihre Nerven ganz schön kaputt. Wenn jetzt noch der Meister kommt und sie anmotzt („wieder viel zu viel Ausschuß ... wenn das noch mal vorkommt, muß ich Sie runterstufen"), fängt sie bestimmt an zu heulen, obwohl das sonst nicht ihre Art ist.

Mittag. Endlich 30 Minuten abschalten. Doch dann geht es gleich wieder weiter. 22 Grad soll es heute warm werden – hört Kollegin X beim Essen und denkt: Verflucht nochmal, dann sind es in der Halle ja wieder über 30 Grad. Da werden ja bestimmt wieder einige Frauen umkippen...

„Obermitarbeiter" und Direktor Schöps hat sowieso gut reden, wenn er immer meint, wir sollten nicht so oft krank machen. Woher kommt das denn? Erkältungskrankheiten, wenn es in der Halle dermaßen warm ist und es dann zieht... Oder Magen- und Darmkrankheiten: Oft von den dauernden Lötdämpfen, aber auch durch Nervosität von der dauernden Hetze am Band. Bandscheibenschäden usw. durch die ständig gleiche Körperhaltung, und so weiter und so fort.

Endlich ist Feierabend. Kollegin X ist hundemüde. Am liebsten möchte sie sich zu Hause gleich ins Bett legen. Doch die Familie wartet auf das Abendbrot, und außerdem muß die Treppe noch gemacht werden, und die Wäsche, und, und, und... vor halb neun ist sie sicherlich wieder nicht fertig.

Kollegin X fragt sich, warum das eigentlich so ist. Warum werden die Frauen im Betrieb besonders ausgebeutet? Warum müssen sie eigentlich diese beschissene Arbeit machen? Warum wird diese Arbeit dann auch noch so schlecht bezahlt? Wie kann man das ändern? Und es gibt noch viele solche Fragen.

Sie wird mit Kolleginnen darüber reden. Sie wird vielleicht auch in die Gewerkschaft eintreten. Irgendwann wird sie erkennen, daß ihre Lage im Betrieb mit Politik, mit „großer Politik" sogar, zu tun hat. Daß die Herrschaft, die Mende & Co. im Betrieb über sie haben, dadurch aufrecht erhalten wird, daß die Kapitalistenklasse die politische Macht in den Händen haben. Irgendwann wird sie sich dann einreihen in den Kampf gegen die politische Herrschaft der Kapitalisten in den Kampf für Errichtung der Herrschaft der Arbeiter, in den Kampf für den Sozialismus. ■

BERICHTIGUNG ZUM 1. MAI - ARTIKEL IM ARBEITERKAMPF 19 SEITE 10: „BEACHTLICHER ERFOLG DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION".

Der Artikel im AK stellt die politischen Auseinandersetzungen, die zum 1. Mai geführt wurden, richtig dar. Die trotzdem in dem Artikel enthaltenen Fehler sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß aufgrund organisatorischer und zeitlicher Schwierigkeiten es uns selbst nicht möglich war, diesen Bericht zu verfassen. Den Hamburger Genossen machte wohl so die von uns unsortierte Materialsammlung Schwierigkeiten, eine korrekte Schilderung der Mai - Kampagne zu schreiben. In Zukunft werden wir die Berichterstattung über die Göttinger Situation selbst übernehmen. Die Fehler seien hiermit richtig gestellt:

1. Der Kreisvorstand berief vor dem 1. Mai keine Kreisdeligiertenkonferenz ein, sondern eine Funktionärsversammlung des DGB - Kreises Göttingen. An dieser nahmen ca. 100 aktive Kollegen (Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute) teil. Diese Versammlung billigte durch eine Abstimmung das Programm des Mai - Ausschusses. Daraufhin bemerkte der DGB - Kreisvorsitzende, S. Krüger, lakonisch, daß diese Versammlung kein satzungsmäßiges Gremium sei und daher kein Beschlußrecht habe.
2. Auf der Kundgebung sollten 2 Kollegen aus den Betrieben reden, so das Programm des Mai - Ausschusses. Der erste Kollege, Betriebsrats - Vorsitzender G. Hettenhausen, hielt seine fortschrittliche Rede, für die er von den Kundgebungsteilnehmern zahlreichen Beifall erhielt.

Die zweite Rede, die des Jugendvertreters, wurde vom Kreisvorstand ihrer wesentlichen Inhalte beraubt (Kritik am BtrVG, Stellungnahme zum Polizeiterror in der BRD). Der Kreisvorstand strich alle fortschrittlichen und klassenmäßigen Standpunkte aus ihr heraus. Daraufhin zogen KJA und der Jugendvertreter die Rede zurück.

Auf der Kundgebung versuchte nun S. Krüger die verstümmelte Rede, umwoben von einer „Absage an den politischen Radikalismus" und einem kräftigen Maß Werbung für die SPD an den Mann zu bringen. Dafür erntete er dann ein kräftiges Pfeifkonzert und zahlreiche Buhrufe.

Mit kommunistischem Gruß:

AGL (Aktionsgruppe Göttinger Lehrlinge und Jungarbeiter)

Bericht der HSW-Betriebszellen

Der Kampf der

Anfang '71 nahm HSW (Hamburger Stahlwerke) seine Produktion auf. HSW ist ein neuer Betrieb der sog. „Korf - Gruppe", der nach „modernsten Gesichtspunkten" der Stahlproduktion erbaut wurde und produziert. Seit Aufnahme der Produktion schwelen die Auseinandersetzungen im Betrieb zwischen der „roten Gruppe" und der Korf - Geschäftsleitung. Die „rote Gruppe" ist ein Zusammenhang der KB - Betriebszellen mit aktiven Gewerkschaftern und fortschrittlichen Kollegen. Eine Gruppe rechter SPD - Kollegen um Perlbach und Moede versucht in den betrieblichen Auseinandersetzungen die Interessen der Geschäftsleitung durchzusetzen, demagogisch verschleiert als „realistische" Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Diese Gruppe wird auch massiv von der örtlichen IGM - Führung unterstützt. Trotz verschiedener Niederlagen und zeitweiser Rückschläge ist es der „roten Gruppe" mehr und mehr gelungen, sich das Vertrauen der HSW - Kollegen zu erkämpfen und auf dieser Grundlage die Positionen und Rechte der Arbeiter und Angestellten im Betrieb zu verbessern. Der folgende Bericht soll den Kampf der „roten Gruppe" bei HSW darstellen, seine Voraussetzungen, Erfolge und Niederlagen, um daraus auch Lehren zu ziehen für den Kampf in anderen Betrieben für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse.

Kapitalistisches „Geheimverfahren"?

Schreiberlinge der bürgerlichen Tagespresse und Fachliteratur bejubeln die „steile Erfolgskurve" des Stahlboß Willy Korf: „Im Jet fliegt er seine Werke ab. Es sind die modernsten der Welt. Sein Knowhow für Stahl verglichen die Experten mit der Revolution, die der Wankel - Motor für die Auto - Industrie brachte." So stand es z. B. in fetten Lettern in Springers „Welt am Sonntag" vom 2. April. Seinem geheimnisumwitterten „Know - how" sei es zu verdanken — wie es heißt — daß Kapitalist Korf „aus dem Stand ganz nach oben" in die Stahlbranche „einbrechen" konnte.

Worin besteht sein „Know - how"? Korf selbst preist dies in einer Broschüre „Stahl aus Hamburg": „Das Produktionsverfahren unterscheidet sich von dem konventioneller Hüttenwerke. Es gibt hier keine Hochöfen und Konverter. Die Pellets (Eisenschwamm - Kügelchen, schon vorbearbeitetes, hochkonzentriertes Erz) werden in der mit Erdgas betriebenen Direkt - Reduktionsanlage verhüttet." Später werden in einem sog. „Ultra - High - Power - Elektro - Lichtbogenofen", der mit „besonders preisgünstig" von der Stadt Hamburg geliefertem Strom gespeist wird, dem Eisenschwamm 20 % Schrott zugesetzt. Das Ergebnis ist „Stahlsuppe", flüssiger Stahl, der in einer Stranggießmaschine über 4 Stränge zu sog. „Vierkantknüppeln", einem Zwischenprodukt, vergossen wird. Anschließend werden diese „Knüppel" nach kurzer Wiedererwärmung über einem Stoßofen im angeschlossenem Walzwerk in einer Draht - Walzstraße mit 25 Walzgerüsten zu „hochwertigen Drähten" gewalzt. Bürgerliche Tagespresse und Fachliteratur sprechen von einem „Geheimverfahren" in bezug auf die Direkt - Reduktionsanlage. Besonders dieses „Geheimverfahren" habe den „kometenhaften Aufstieg" des Kapitalisten Korf ermöglicht. Und das in der höchstmonopolisierten Branche Europas, die also gegen neuaufsteigende Konkurrenz besonders gut „abgesichert" ist.

In der Tat, Korf hat für seine Stahlwerke — sog. „vollintegrierte Mini-Stahlwerke" — verschiedene technische Erneuerungen einbauen lassen, die in der Stahlbranche durchaus nicht üblich sind. Das verschaffte ihm gewisse Vorteile gegenüber der marktbeherrschenden Konkurrenz. Er konnte die üblichen Preise z. T. erheblich unterbieten.

Was aber weder die bürgerlichen Jubel - Journalisten, noch die fachsimpelnden „Experten" und „Branchenkenner" sehen wollen, ist das „Know - how" (zu deutsch: „Gewußt - Wie? ") des Kapitalisten Korf, „seine" Arbeiter auszuquetschen — eine besondere Methode, die ebenfalls in der Branche nicht üblich ist, die das bisher Gekannte in den Schatten stellt. Die spezielle Korf'sche Methode des „knallharten" rücksichtslosen Vorgehens gegen „seine" Arbeiter, der brutalen Unterdrückung jeglicher Arbeiterrechte im Betrieb, der Ausquetschung der menschlichen Arbeitskraft „bis zum letzten Blutstropfen", gehört offensichtlich ebenfalls zu dem „rätselhaften" Korf'schen „Geheimverfahren". Immerhin ist es dem Kapitalisten Korf so gelungen, die „Personal - und Lohnkosten" in seinem Konzern auf 14 % vom Umsatz zu drücken, gegenüber branchenüblichen 25 %.

„Personalpolitik" der HSW - Bosse Spaltung der Belegschaft

Die Kapazität des Werkes ist erst zu 40 % ausgefahren. Um 60 % soll die Produktion noch gesteigert werden, wie der Boß Kehl auf der Betriebsverammlung im April ausführte.

Mit der derzeitigen Anzahl von Kollegen ist diese Arbeit aber unmöglich zu schaffen, was auch den HSW - Bossen klar ist. Dennoch bemühen sich diese nicht, eine solche Personalpolitik zu betreiben, die darauf ausgerichtet wäre, möglichst schnell eine ausreichende Anzahl von Arbeitern und Angestellten zu bekommen und die Produktion voll aufzunehmen.

Im Gegenteil. Mit einer „speziellen Personalpolitik" konzentrieren sich die HSW - Bosse vielmehr darauf, sich jetzt eine gefügige Stamm - Belegschaft heranzuzüchten. Dabei soll jede Form solidarischer Abwehrbereitschaft schon im Keim zerschlagen werden:

Immer wieder versucht die Geschäftsleitung, Neid und Mißgunst unter den Kollegen zu säen, indem sie für gleiche Arbeiten unterschiedliche Löhne zahlt. Ständig passiert es auch, daß neueingestellte Kollegen 40 bis 60 Pfennig in der Stunde mehr für dieselbe Tätigkeit bekommen wie Kollegen, die schon lange bei HSW arbeiten. In diesem Zusammenhang wurde auch der widerwärtige Zynismus der HSW - Bosse einmal sehr deutlich:

Als die Kollegen die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" immer häufiger aufstellten, und sich fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute dafür auch einsetzten, ging die Geschäftsleitung bei und kürzte einigen Kollegen den Stundenlohn. Als die Betroffenen sich beschwerten, wurde ihnen geantwortet: „Was wollt Ihr denn? Bestimmte Betriebsräte haben dies doch gefordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Und nun ist Euch das auch wieder nicht recht. Das hier hat der Betriebsrat zu verantworten!"

Die HSW - Bosse bemühen sich, durch ihre spezielle Personalpolitik unterschiedliche Interessengruppen im Betrieb entstehen zu lassen. So hoffen sie, daß ein einheitliches Vorgehen aller Kollegen nicht zustande kommt:

- Die Geschäftsleitung nutzt geschickt die derzeitige Situation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt: Scharfe Rationalisierungsmaßnahmen — gerade auf den benachbarten Hamburger Großwerften und beim Hamburger Flugzeugbau — Stillegungsgerüchte bei anderen Betrieben, eine breite Arbeitslosigkeit unter den Seeleuten, schaffen ein Klima, in dem viele Kollegen sich derzeit besonders nach einem vermeintlich „sicheren Arbeitsplatz" bemühen. Dem kommen die HSW - Bosse auf ihre Art entgegen mit Werbeslogans: „Auf die Zukunft bauen", „HSW hat Zukunft", „das Werk expandiert und wird weiter ausgebaut", „hier kann man was werden". Zudem lockt HSW mit für Hamburg ziemlich guten Löhnen, die allerdings im Vergleich zu der schweren Arbeit viel zu niedrig sind.

  Wegen der ungewöhnlich schweren Arbeit bei HSW, dem pausenlosen Schichtenschieben, der ständigen Doppelschichten, die angeordnet werden, der ständigen Übergriffe und Schikanen der Geschäftsleitung und der Verweigerung jeglicher sozialer Leistungen, verlassen die meisten der neueingestellten Kollegen aus Hamburg (die von der anderen Elbe - Seite) den Betrieb schnell wieder.

  Die Geschäftsleitung fördert die starke Fluktuation im Betrieb. Mehr noch. Wenn einzelne Kollegen oder kleine Gruppen von Arbeitern sich über Maßnahmen der Geschäftsleitung beschweren oder irgendwelche Forderungen stellen, antwortet die Geschäftsleitung selbst mit Kündigung, oft sogar mit fristloser. Die HSW - Bosse bezwecken damit die Einschüchterung der Stamm - Belegschaft: Diese sollen sehen, wie „unnachgiebig" und „hart" die Geschäftsleitung ist. Diejenigen, die dennoch bleiben, sind brauchbar ... im Sinne der Stahlbosse, sie sind gefügig.
- Viele Arbeiter aus der Gegend um Hamburg - Finkenwerder haben bei HSW Arbeit gefunden. Dafür haben sie ihre alten Arbeitsplätze in der Umgebung verlassen, in denen sie teilweise schon seit mehreren Jahren arbeiteten. Z. T. sind sie unter falschen Bedingungen eingestellt worden, etwa mit dem Versprechen, zum Kranführer ausgebildet zu werden, was dann nicht passiert, da es ohnehin schon genügend Kranführer gibt. Diese Kollegen sind jetzt der Geschäftsleitung weitgehend ausgeliefert, da ein weiterer Arbeitsplatzwechsel nicht mehr infrage kommt, teilweise aus Gründen des Alters, teilweise aus verkehrstechnischen Gründen. (Fahrzeiten zu Hamburger Betrieben ca. 2 1/2 bis 3 Stunden täglich für Hin - und Rückfahrt).
- Die HSW - Bosse haben sich inzwischen einen Stamm von Facharbeitern aus dem Ruhrgebiet (Dortmund und Hagen - Haspe) angeheuert. Diese Kollegen haben gerade die Erfahrung einer Arbeitslosigkeit hinter sich. Die HSW - Bosse spekulieren deswegen darauf, daß sie überhaupt froh sind, wieder einen Arbeitsplatz zu haben. Die Geschäftsleitung hat sie zumeist als Meister und Vorarbeiter eingesetzt und sie z. T. durch Werkswohnungen eng an den Betrieb gebunden. So sind diese Kollegen noch selten bereit, sich gegen die Übergriffe der HSW - Bosse zu verteidigen, um nicht das Risiko einer sofortigen Kündigung auf sich zu nehmen.
- Bei HSW arbeiten viele ausländische Kollegen, hauptsächlich Türken. Diese werden vom Personalbüro direkt in der Türkei angeheuert und auf 1 Jahr verpflichtet — zu vergleichsweise schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen. Stellen die türkischen Kollegen bestimmte Forderungen, droht die Geschäftsleitung mit Entlassung, die regelmäßig eine Ausweisung nach sich zieht. Für über hundert türkische Kollegen läuft demnächst der Jahres - Kontrakt ab. Die Geschäftsleitung hat aber schon zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit ist, Löhne und Arbeitsbedingungen an das „normale" Niveau anzupassen. Unter „normalen" Bedingungen hat die Geschäftsleitung kein Interesse mehr, die türkischen Kollegen weiterzubeschäftigen. Sie kann die Arbeitslosigkeit in der Türkei ausnutzen und neue türkische Kollegen anheuern und die alten entlassen.

Arbeitsbedingungen der Kollegen und „soziale Leistungen" der Bosse

Die starke Unterbesetzung in allen Abteilungen bei HSW wird — wie wir gesehen haben — bewußt von der Geschäftsleitung herbeigeführt. Sie hat automatisch eine starke Überbelastung der Kollegen zur Folge. Ständiges Überstunden - Klotzen und Schieben von Doppelschichten ist bei HSW „normal", da es bei Urlaub, Krankheiten und Kündigungen keinen Ersatz gibt. Bei den Hamburger Arbeitern ist HSW schon jetzt als berüchtigte Knochenmühle verrufen.

Dennoch bemüht sich die Geschäftsleitung, unter diesen Bedingungen den Produktionsausstoß des Werkes zu steigern. Erst im Juni konnte das Walzwerk mit 1.500 Tonnen Stabstahl am Tag einen neuen Rekord anmelden, obgleich in diesem Monat weniger Kollegen dort beschäftigt waren, als in früheren, in denen 1.000 Tonnen schon als gutes Ergebnis galt. „Arbeit nimmt zu — Kollegen nehmen ab!" dies ist der ironische und zugleich kennzeichnende Ausspruch vieler Arbeiter.

Andererseits ist die Geschäftsleitung nicht bereit, die branchenüblichen Prämien und Zuschläge zu zahlen, für genügend Sicherheit im Werk zu sorgen und die Kollegen vor den schlimmsten Wirkungen von Hitze, Dreck und Lärm zu schützen. „Sozialleistungen" der Betriebsleitung gibt es für die Hamburger Stahlarbeiter nicht. Zu diesem Thema einmal zur Rede gestellt, antwortete Personalleiter Schmid zynisch: „Unsere soziale Leistung besteht darin, daß wir die 26,— Mark für das Vermögensbildungs - Gesetz bezahlen", wozu die Bosse ohnehin per Tarifvertrag gezwungen sind.

Das Korf'sche Prinzip, sozusagen sein „Geheimverfahren" — wie es die bürgerlichen Zeitungs - Schreiber bejubeln — entpuppt sich bei näherer Untersuchung als besonders geschickte Kombination von einerseits modernster Maschinerie und Anlage und andererseits „vorsintflutlicher", brutalster Ausbeutungsmethoden, die an Sklavenhalter - Zeiten erinnern. „Fortschritt" also ... im Sinne des kapitalistischen Profit - Systems. Im einzelnen:

Die Hitze erreicht im Stahl - und Walzwerk oft Temperaturen von 50, 60 und 80 Grad. Besonders an der „Kühlstrekke", wo der glühende Stahl an der Luft erkalten soll, ist die Hitzeeinwirkung einfach unerträglich. Hier werden deswegen nur noch ausländische Kollegen bei einem vergleichsweise lächerlichen Lohn von 6,10 Mark eingesetzt. Oft ist die Hitze - Entwicklung unvermeidlich. Entsprechend branchenüblich wäre in diesen Fällen, genügend „Springer" (Ablösungen) und Erfrischungsräume bereitzustellen, und notwendige Pausen zu gewähren. Nicht so bei HSW. Hier heißt es einfach durchhalten, bis man umkippt. Die Arbeiter, die häufig mit bloßem Oberkörper arbeiten, um die Hitze einigermaßen auszuhalten, müssen so Verletzungen durch glühende Stahlspritzer bewußt einkalkulieren. Branchenübliche Hitzezuschläge werden bei HSW nicht gezahlt. Das war nicht immer so. Noch im letzten Jahr wurden diese Zuschläge während dreier Sommermonate gewährt, dann aber ohne jede Begründung eingestellt.

Für Juni '72 sind jetzt einigen — willkürlich ausgewählten — Kollegen gewisse Hitzezuschläge zugesagt worden, während die Mehrheit der von starker Hitze Betroffenen offenbar weiter leer ausgehen soll. Das, was alle fordern, wird einigen wenigen zugestanden. So können die HSW - Bosse demnächst behaupten: „Bei uns gibt es Hitzezuschläge" und außerdem können sie so die Spaltung und Verwirrung bei den Kollegen vorantreiben.

Der Lärm ist im Stahl - und Walzwerk oft unerträglich, ganz besonders, wenn Schrott gefahren (eingeschmolzen) wird. Der Lärm erreicht Stärken bis zu 130 Phon. Die Kollegen müssen hier oft 16 Stunden hintereinander arbeiten. Eine finanzielle Entschädigung wird nicht geleistet.

Dreck und Staub, die häufig organische Schäden und Krankheiten nach sich ziehen, gibt es bei HSW reichlich. Dagegen getan wird nichts. Aufgrund einer Reklamation des Gewerbeamtes, wurde im Stahlwerk eine weitgehend wirkungslose „Entstaubungsanlage" aufgestellt. Offenbar aber nur, um das Gewerbeamt zu beruhigen, nicht aber um den Staub zu beseitigen. So müssen die Arbeiter z. B. auf der „Schmelzbühne" durch mehrere cm hohen Stahlstaub waten. Schmutzgeld gibt es bisher keins, obgleich dies immer wieder gefordert wird.

Springer sind im ganzen Werk so gut wie gar nicht vorhanden. Zum Klo können viele somit nicht gehen. Die Kranfahrer kommen oft den ganzen Tag nicht vom Bock. Gegebenenfalls müssen sie von oben runterpissen. Anderes müssen sie sich verkneifen.

Die branchenüblichen Zuschläge werden bei HSW nicht gezahlt. Weder gibt es Gefahrenzulage, noch Hitzezulage oder Schmutzgeld. Ein übliches Tonnagegeld, wie es sogar im Kehler Zweigwerk von Korf gezahlt wird, gibt es hier ebenfalls nicht. Eine lächerliche Nachtschichtzulage von 50 Pfennig pro Stunde wird zugestanden, obgleich 1,— DM und mehr branchenüblich ist. Dieses Zugeständnis konnte auch nur nach langen Auseinandersetzungen im letzten Jahr von den Kollegen erkämpft werden. Sonnabends - und Sonntags - Nachts wird den Kollegen die Nachtschichtzulage widerrechtlich vorenthalten, obgleich es dafür eine rechtsgültige Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung gibt. Dieserhalb läuft gerade ein Prozeß beim Arbeitsgericht.

Die Kantine ist zwischen 2 Uhr nachts und 9 Uhr morgens geschlossen, obgleich bei HSW rund um die Uhr gearbeitet wird. So müssen die Kollegen mitgebrachte Frühstücksbrote neben ihren Maschinen im dicken Dreck und bei z. T. unerträglicher Hitze herunterschlingen, teilweise auch im Freien bei Kälte (im Winter) oder strömendem Regen. Das Essen, das tagsüber in Kantine und Automaten angeboten wird, ist ausgesprochen mies. Ohne Ausnahme gibt es Tag für Tag einen undefinierbaren Fraß als Eintopf. Alternativ dazu werden nur Würstchen verkauft. Das Essen kostet 90 Pfennig. Einen Firmenzuschuß gibt es nicht. Die Automaten liefern übers Wochenende regelmäßig keine Zigaretten und keine Getränke. Sie sind leer und werden nicht nachgefüllt.

Die Angestellten erhalten für 2 Mark ein wesentlich besseres Essen aus einem benachbarten Betrieb (BP). Die Geschäftsleitung beabsichtigt damit eine Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten. Die einen sollen sich besser vorkommen, als die anderen, die dann wiederum neidisch auf die vermeintlich Bessergestellten sein sollen.

Unfälle ereignen sich bei HSW überdurchschnittlich viele. Die Unfallverhütungsmaßnahmen sind dagegen vollkommen ungenügend. Als sog. „Sicherheitsbeauftragte" sind fast nur Meister und Vorarbeiter eingesetzt, denen im wesentlichen eine Antreiber - Rolle von der Geschäftsleitung zugedacht ist. Dies führt nur allzu häufig auch zu einer Umgehung von Unfall - Verhütungsvorschriften. Das ist von der Geschäftsleitung offenbar beabsichtigt.

- So wurde einem italienischen Kollegen im letzten Herbst ein Arm durch die Zahnräder des Schrägaufzuges abgerissen.
- 3 Feuerwehrleute verunglückten bei einer Gasexplosion am 9. 2. 72, als sie gerade einen Brand löschen wollten.
- Ein Kollege brach sich am 19. 6. 72 das Genick und starb, als er einen Gasbehälter reinigen wollte und hineinstürzte. Für diesen Reinigungstrupp von 7 Kollegen gab es nicht genügend Sicherheitsgurte. Diese waren erst nach dem Tod des Kollegen „plötzlich" da.
- Am 3. 7. 72 stürzte ein Kollege beim Reinigen der Reduktions - Anlage ab. Er schlug dabei mehrmals auf querstehende Rohre auf. Gas, das aus einer Düse entwich, muß ihn vorher offenbar betäubt haben. Bereits einen Tag später wiederholte sich der Unfall bei einem zweiten Kollegen. Beide liegen schwerverletzt noch immer im Krankenhaus.
- Betriebsrat Perlbach wies auf der Betriebsversammlung im Dezember 71 darauf hin, daß „in letzter Zeit 12 Unfälle gewesen wären, die alle tödlich hätten ausgehen können." (Vergleiche auch nebenstehenden Kasten: Kleine „Wasserstoff - Bombe" bei HSW!)

Die Verkehrsverbindungen von und nach HSW sind sehr schlecht. HSW liegt am südlichen Elbeufer. Hamburger Kollegen brauchen 2 1/2 bis 3 Stunden für An - und Abmarschweg. Früher gab es Werksbusse. Sie wurden von der Geschäftsleitung wieder abgeschafft, bis auf einige kleine VW - Busse, die ca. 30 Osdorfer Kollegen von und zu den dortigen Werkswohnungen fahren. Auch Kollegen aus Finkenwerder (südliches Elbeufer) brauchen eine dreiviertel Stunde Weg. Mit dem eigenen Auto zu kommen, ist nicht empfehlenswert, denn: Der werkseigene Parkplatz ist ein schlecht beleuchteter und holpriger Acker. Auch eine Überdachung wäre dringend notwendig.



Klassenkämpfe im 'modernsten Stahlwerk der Welt'

'Roten Gruppe'

damit die Autos gegen lackzerstörende Staubabfälle aus dem Werk geschützt werden.

Der Kampf der 'Roten Gruppe'

Anfang '71 nahmen die Arbeiter bei HSW die Stahl-Produktion auf. Noch im Frühjahr wurde der erste Betriebsrat (BR) gewählt. Dies geschah auf Initiative des Gewerkschaftssekreträs Prehm und in Absprache mit einigen rechten SPD-Mitgliedern, die sich dann auch zur Wahl stellten. Es kamen nur einzelne fortschrittliche Kollegen in den BR, der aber insgesamt fest in der Hand der rechten SPD'ler blieb.

Dieser erste BR zeichnete sich durch völliges Nichts-tun aus. Auf seinen Sitzungen erschienen meistens nur 3 – 4 Kollegen. Auf dem Schreibtisch des BR-Vorsitzenden Perlbach stapelten sich Beschwerden und Forderungen der Kollegen ... und verstaubten. Kamen Kollegen mit irgendwelchen Anliegen selbst zu ihm, wurden sie mit jovialen Schnacks abgespeist: „Ja, ja — geht schon klar." Getan wurde allerdings nichts. Sein Verhältnis zu den Arbeitern und Angestellten kennzeichnete Perlbach einmal erstaunlich offen: „Die Kollegen haben ja keine Ahnung. Können kein offenes Wort vertragen. Die sind ja alle viel zu dumm — haben ja selber Schuld".

Mit Perlbach & Co. hatten die HSW-Bosse „Arbeitervertreter" am Band, die genau dem Ziel ihrer „Personal-Politik" entsprachen, sich eine gefügige Belegschaft zu schaffen, mit der man alles machen kann.

Fortschrittlicher VK wird aufgebaut

Zu diesem Zeitpunkt nahmen die Betriebszellen des KB die systematische Arbeit auf, formierte sich die „rote Gruppe" im Betrieb. Ziel der Arbeit sollte eine einheitliche Abwehr- und Kampfbereitschaft der Kollegen sein gegen die ständigen Übergriffe der Geschäftsleitung. Erster Schritt in diese Richtung sollte der Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers (VK) im Betrieb sein.

In vielen Diskussionen und auf Flugblättern bemühte sich die „rote Gruppe", deh Kollegen die Notwendigkeit dieses Schrittes zu erläutern. Gegen Widerstand und Verschleppungstaktik durch IGM-Sekretär Prehm konnte dann am 15./16. September '71 die Vertrauensleute-Wahl stattfinden.

Die Wahl war ein erster Erfolg von Bemühungen der „roten Gruppe": Die Wahlbeteiligung war ungewöhnlich hoch, viele fortschrittliche Kollegen in den einzelnen Abteilungen stellten sich zur Wahl. Zuvor waren schon viele Kollegen Mitglied der IGM geworden.

Nach Wahl eines 5-köpfigen VK-Vorstandes, baute der VK ein Informations-System auf, das fast alle Abteilungen des Betriebes erreichte. So konnten die dringendsten Forderungen der Kollegen zusammengetragen und zu einem Forderungsprogramm zusammengefaßt werden (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 13). Für Erfüllung dieser Forderungen wollte der VK kämpfen.

Der BR wird gestürzt

Die Vertrauensleute waren anfangs um Zusammenarbeit mit dem BR bemüht. Man wollte hiermit auch die Betriebsräte aktivieren, sich endlich für die Kollegen einzusetzen.

Perlbach & Co. hatten aber offensichtlich andere Vorstellungen. Zusammenarbeit mit dem VK kam für diese Herren nicht infrage. Statt dessen diffamierten sie fortschrittliche Vertrauensleute bei den Kollegen mit antikommunistischer Hetze. Sie bezeichneten diese als „Linksradikale", „Mao-Anhänger", „Kommunisten", die „uns unterwandern" wollten, „aus der DDR finanziert werden usw.

Hierbei ging es Perlbach & Co. nicht um Auseinandersetzung mit politischen Vorstellungen der Kommunisten. Wogegen diese Herren anwetterten, war der Versuch der Vertrauensleute und vieler Kollegen, die hinter ihnen standen, eine konsequente Arbeitervertretung im Betrieb aufzubauen. Es war das Bestreben, sich in Zukunft nicht mehr alles von den HSW-Bossen bieten zu lassen, wogegen Perlbach & Co. hetzten.

Der rechte Betriebsrat weigerte sich schließlich sogar, für das Forderungsprogramm der HSW-Kollegen einzutreten, etwa in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung. Auch IGM-Sekretär Prehm unternahm den unrühmlichen Versuch, den VK zu zerschlagen. Er verweigerte anfänglich dem VK die gewerkschaftliche Anerkennung und bemühte sich, ihn zu einer „illegalen Körperschaft" zu deklarieren. Schließlich versuchte er, auf die Vertrauensleute einzuwirken, den VK wieder aufzulösen, angeblich, weil „ein BR doch genug" sei und ohnehin „zu wenig HSW-Kollegen in der IGM organisiert" seien.

Die Vertrauensleute ließen sich nicht verwirren und gingen ihrerseits zur Offensive über: Öffentlich forderten sie den Rücktritt des rechten BR-Vorsitzenden Perlbach, da dieser nicht willens war, sich für die dringendsten Probleme der Kollegen einzusetzen.

Großspurig erklärte Perlbach dazu, daß er „gern zurücktreten" wolle, wenn der VK mindestens 200 Unterschriften von Kollegen vorlegen könne, die dies verlangten. Ihrer Sache offenbar völlig sicher, spekulierten Perlbach & Co. auf die Wirkung ihrer antikommunistischen Hetze gegen den VK. Fehlanzeige! Mühelos brachten die Vertrauensleute auf Anhieb ca. 230 Unterschriften zusammen. Ohne weiteres hätten sie jede Menge mehr erhalten, wenn sie es darauf angelegt hätten. Zu offensichtlich war die Unfähigkeit dieses Betriebsrates.

Perlbach verweigerte anfänglich seinen „freiwilligen Rücktritt". Dazu mußte er erst von den anderen Betriebsräten gezwungen werden, indem sie alle zurücktraten. Dies taten sie teilweise aus Opposition zu Perlbachs Politik, teilweise auch, weil es ihnen offenbar zu peinlich war, auf dieser offenkundigen Mißtrauensgrundlage, noch weiter den Betriebsrat zu spielen. Damit war dieser rechte BR gestürzt und der Weg frei für Neuwahlen. In einem verzweifelten letzten Versuch bemühte sich IGM-Sekretär Prehm noch, seinen Schützling Perlbach zu retten und die ganze Aktion als illegal und gewerkschaftsschädigend hinzustellen ... allerdings vergeblich.

Die ersten Fehler

Auf dem „Ruhekissen" dieser ersten Erfolge, ließ die Aufmerksamkeit der „roten Gruppe" nach, was sich schnell rächen sollte.

Es gelang IGM-Sekretär Prehm in aller Heimlichkeit und offenbar in Absprache mit der Geschäftsleitung, einen Wahlausschuß unter Vorsitz seines Vertrauten Melzer zusammenzustellen. Dieser Mann wurde gar von der Geschäftsleitung faktisch für die Wahlvorbereitung vorübergehend freigestellt. Er und die rechten SPD'ler begannen nun eifrig für sich Propaganda zu machen und gegen die Vertrauensleute zu hetzen. Wichtige Aktivitäten der „roten Gruppe" blieben dagegen aus. Notwendig wäre es gewesen, Ziele und Aufgaben eines Betriebsrates breit unter den Kollegen zu propagieren und auch fortschrittlichen Kandidaten für die anstehende Wahl bekannt zu machen.

Statt dessen konzentrierte man sich einseitig auf den gerade laufenden Tarifkampf in der Metallindustrie. Hierbei wurde noch ein weiterer entscheidender Fehler gemacht:

Viele Kollegen wollten ihre Haltung gegenüber den Metall-Kapitalisten durch einen Warnstreik demonstrieren. Statt diese Forderung aufzunehmen und sie in allen Abteilungen des Betriebes zu propagieren, konzentrierten sich die Vertrauensleute auf dessen technische Durchführung. Statt plötzlich das Zeichen zum Losschlagen zu geben, wurde der Warnstreik per Flüsterpropaganda 2 Tage bevor er stattfinden sollte, bekanntgegeben. So bekam die Geschäftsleitung schnell Wind von der Sache und konnte sich ihrerseits vorbereiten. Sie starteten über Meister und Vorarbeiter eine massive Einschüchterungskampagne und drohte allen Kollegen mit fristloser Kündigung, wenn sie sich an einem „illegalen Streik" beteiligen würden. Der VK-Vorstand wurde insbesondere verwarnt. Unter dieser Einschüchterung brach die Streikbereitschaft bei den Kollegen in sich zusammen und machte einer tiefen Resignation platz: „Hat ja doch keinen Zweck." Zu Recht wurden auch die Vertrauensleute kritisiert, die hier eindeutig versagt hatten.

Die augenblickliche Resignation wurde von den HSW-Bossen sofort weiter ausgenutzt: Sie feuerten 2 aktive Kollegen aus dem VK-Vorstand mit erlogenen Begründungen. Beide Kollegen galten als aussichtsreiche Kandidaten für die anstehende BR.-Wahl. Perlbach hielt sie für Mitglieder des KB und denunzierte sie entsprechend. Der Versuch der Vertrauensleute, deswegen einen Proteststreik zu organisieren, scheiterte an allgemeiner Resignation und schlechten Erfahrungen der Kollegen. Es kam nur zur Protest-Ansammlung in den Umkleide-Räumen.

Im gleichen Zug akzeptierte die Geschäftsleitung erste kleine Forderungen aus dem Programm des VK, wie etwa Winterkleidung, Schutz einiger Arbeitsplätze gegen Zugluft, unentgeltlicher Tee-Ausschank während der Arbeitszeit etc. Damit sollte der Protest der Kollegen gegen die Kündigung ihrer Vertrauensleute abgemildert werden. Gleichzeitig machte die Geschäftsleitung damit auch für Perlbach Reklame, dessen „zähes Verhandeln" mit ihr, angeblich diese Zugeständnisse gebracht hätte.

Außerordentliche Neuwahl des BR

Unter diesen schlechten Voraussetzungen kam es zur außerordentlichen Neuwahl des BR im Januar 72. Das war gleich nach der Metall-Tarifrunde, die bei den Kollegen ein Gefühl der Niederlage und Resgination hinterließ. Die letzten Mißerfolge in den betrieblichen Auseinandersetzungen und Fehler der „roten Gruppe" taten ein übriges. Dies führte auch zu einem erheblichen Vertrauensschwund bei der Masse der Kollegen, sowohl gegenüber den aktiven Gewerkschaftlern der „roten Gruppe", als auch in die eigene Kraft.

Die Wahlbeteiligung war mit nur 47% entsprechend miserabel. Perlbach bekam die meisten Stimmen und wurde wieder BR-Vorsitzender. Moede — ein rechter SPD-Demagoge — wurde stellvertretender BR-Vorsitzender. Die rechten SPD-Kandidaten stellten die absolute Mehrheit im neuen BR.

Dennoch konnten auch die aktiven Gewerkschafter einen bescheidenen Erfolg verbuchen: Neben einigen fortschrittlichen Kollegen, wurden 2 Mitglieder des alten VK-Vorstandes in den BR gewählt. Einer von ihnen, Kollege Michael S., wurde sogar freigestellt. Gegenüber dem alten BR bestand nun eine aktive Gruppe fortschrittlicher Kollegen im BR. Im Vergleich zu den Möglichkeiten, die nach dem Sturz des alten BR dringelegen hätten, muß man insgesamt aber von einem Mißerfolg der „roten Gruppe" sprechen.

Die Enttäuschung darüber führte bei vielen aktiven Gewerkschaftlern zeitweise bis zur völligen Inaktivität. In diesem Zusammenhang schlief auch die VK-Arbeit völlig ein, nachdem schon vorher 2 Mitglieder des VK-Vorstandes von den HSW-Bossen gekündigt und 2 weitere in den BR gekommen waren. Drei weitere aktive Vertrauensleute wurden von der Geschäftsleitung zur „freiwilligen" Kündigung gezwungen. Die Resignation führte auch zum Auseinanderbrechen der „roten Gruppe": Ein fortschrittlicher Betriebsrat, der zuvor Vorstands-Mitglied des VK war, verließ sogar den Betrieb, „weil hier nichts mehr drinliegt" — wie er meinte.

Diese Lage wurde von der Geschäftsleitung für neue Angriffe ausgenutzt:

- das lächerliche 7,5 %-Ergebnis der Lohnrunde wurde vielen Kollegen wieder von den „außertariflichen Zulagen" abgezogen,
- die Einführung der „7-Tage-Schicht" wurde angekündigt und später schrittweise durchgesetzt. Bis September '72 soll bereits das gesamte Stahlwerk auf Conti-Schicht umgestellt sein. Dies hat zur Folge, daß die Kollegen nur noch einmal im Monat ein freies Wochenende haben. Ihr Familienleben wird dadurch völlig zerstört. Entfallende Überstunden und Extra-Schichten machen sich darüber hinaus empfindlich im Portemonnaie bemerkbar.

Auch diese Angriffe mußten ohne nennenswerten Widerstand hingenommen werden: Die meisten Kollegen waren mutlos, viele verließen den Betrieb, die „rote Gruppe" war auseinandergebrochen, der VK eingeschlafen und der BR wurde von einer kapitalisten-hörigen rechten Mehrheit beherrscht. Die Politik der Betriebszellen glitt im Gefolge der Niederlagen in sektiererisches Hickhack und „Parteiengezänk" mit Vertretern der rechten SPD-Linie im Betrieb ab. Die gesamte Betriebspolitik war in eine Sackgasse geraten. Man hatte sich von der Masse der Kollegen entfernt, die Betriebspolitik der Kommunisten war nicht mehr den dringensten Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiter verpflichtet.

Ein neuer Anfang

Ein neuer Anfang, unter Verwertung der bisherigen Erfahrungen mußte gemacht werden. Die Isolierung der Betriebszelle und der fortschrittlichen Kollegen mußte überwunden werden, ebenso die Mutlosigkeit der meisten Arbeiter und Angestellten.

Inzwischen war das neue Betriebsverfassungs-Gesetz verabschiedet und mit ihm der Termin genannt, an dem in allen Betrieben neue Betriebsräte gewählt werden mußten. Betriebsräte Perlbach, Moede & Co. und die Geschäftsleitung vertraten die These, daß eine neue BR-Wahl bei HSW überflüssig sei: Sie wollten das für sie günstige Kräfteverhältnis konservieren.

In dieser Situation gingen die Kommunisten zu neuer Offensive über: Der Neuaufbau des VK wurde als erster notwendiger Schritt propagiert. Dazu gab die Betriebszelle noch einmal eine Sondernummer des „METALLARBEITERS" mit dem Titel: „VK-Wahl muß zum WENDEPUNKT werden", heraus (der METALLARBEITER ist eine Branchenzeitung des KB für die Hamburger Metall-Kollegen). Darin hieß es u. a. zu den Aufgaben des VK:

„Die nächsten Aufgaben eines Vertrauenskörpers sind vor allem folgende:

1. Einen betrieblichen Forderungskatalog aufstellen

Die Vertrauensleute sollten bald nach der Wahl mit ihren Kollegen diskutieren, welches ihre Forderungen und Probleme sind. Dann sollten im Vertrauenskörper diese Forderungen zu einem betrieblichen Forderunsgkatalog zusammengefaßt werden.

2. Eine gute IGM-Betriebsrat-Kandidatenliste aufstellen

Wenn der Vertrauenskörper den Katalog mit den wichtigsten Forderungen der HSW-Belegschaft in der Hand hat, dann hat er ein Metermaß, womit er messen kann, welche Kollegen als Betriebsrat geeignet sind und welche unter dem Strich sind. Mit diesem Metermaß kann jeder prüfen, ob sich ein Kollege wirklich für unsere Forderungen eingesetzt hat, oder ob er nur große Worte redet und nichts getan hat."

Die neue Offensive fand bei den Kollegen breite Resonanz. Viele fortschrittliche Kollegen ließen sich zur Kandidatur aufstellen. Die Wahlbetei-

Forts. nächste Seite

GEFAHR FÜR HAMBURG

— „kleine Wasserstoffbombe" in Finkenwerder —

Die Direkt-Reduktionsanlage ist der Stolz der HSW-Bosse, sie ist das technische Herzstück des Korf'schen „Geheimverfahrens" bei der Stahlgewinnung. Über technische Details dieser Anlage schweigen sich die HSW-Bosse beharrlich aus.

Wie uns jetzt bekannt wurde, ist diese Direkt-Reduktionsanlage ein unglaublicher Gefahrenherd. Und zwar nicht nur für die HSW-Kollegen, sondern für alle Arbeiter und Angestellten der umliegenden Industrie-Betriebe, des Hafens und für die Bevölkerung von Hamburg-Finkenwerder.

Was bisher selbst die wenigsten HSW-Arbeiter wissen, ist, daß diese Anlage zu 50 % mit Wasserstoff gefahren wird. Diese Tatsache wurde offenbar sogar dem dafür zuständigen TÜV verschwiegen. Dennoch sollten TÜV-Beamte zur Auflage gemacht haben, eine starke und hohe Mauer um die Reduktionsanlage herum zu bauen. Diese Auflage erfolgte somit ohne genaue Kenntnis der TÜV-Beamten von der Hauptgefahr, die vom hochexplosiven Wasserstoff ausgeht. Dennoch haben die HSW-Bosse bisher nicht einmal diese Auflage befolgt!

In den USA — wo Korf ein ähnliches Werk wie HSW betreiben läßt — ist die Direkt-Reduktionsanlage, gemäß dort geltenden Sicherheits-Vorschriften, in einem unterirdischen Bunker untergebracht. Warum wohl?

Die USA-Anlage wird ausschließlich von dafür besonders ausgebildeten Fachleuten bedient. Anders bei HSW. Um Kosten für amerikanische Fachleute zu sparen, wurden hier einige Chemiker, Techniker etc. kurz angelernt.

Trotz der Sicherheits-Vorkehrungen im USA-Werk, ist dort bereits eine Reduktions-Anlage hochgegangen. Alle im Bunker arbeitenden Kollegen wurden zerfetzt. Die Anzahl der Toten ist für uns noch nicht genau zu ermitteln. HSW-Kollegen sprechen teilweise sogar von 40 Toten.

Eine Explosion bei HSW würde ungleich katastrophalere Auswirkungen haben. Keine unterirdische Position, kein Bunker mit Beton-Wänden, ja nicht einmal eine einfache Brand-Mauer würde die Arbeiter dieses Industrie-Viertels und die Bevölkerung von Finkenwerder schützen. Schlimmer noch: Neben HSW — nur wenige 100 Meter entfernt — liegen die riesigen Tank-Läger von BP und anderen Benzin-Firmen, ebenso wie die Chemikalien-Läger von Columbia-Carbon. Nicht auszudenken, was bei einer Ketten-Reaktion passieren würde!

Wir müssen annehmen, daß den HSW-Bossen dies alles wohlbekannt ist. Daß sie dennoch keinen Pfennig für notwendige Sicherheits-Maßnahmen ausgeben, kennzeichnet nur ihre Verachtung für Leben und Gesundheit von möglicherweise tausenden von Arbeitern. Aber Sicherheits-Vorkehrungen kosten schließlich Geld und werfen keinen Profit ab.

Jeden Tag kann die Katastrophe da sein. Es braucht nur ein Kollege z. B. „mit besoffenem Kopp" oder von einer der üblichen 16-Stunden-Schichten vollkommen geschlaucht, den Wasserschlauch mit dem Sauerstoffschlauch beim Anschließen zu verwechseln.

Dazu sagen Kollegen von der Reduktionsanlage: „Halb Finkenwerder fliegt in die Luft. Das ist wie eine kleine Wasserstoff-Bombe. Aber ich merk zum Glück ja dann nichts mehr davon."

Den benachbarten BP-Bossen ist es sogar ohne genauere Sachkenntnis zu mulmig geworden: Sie verlangten den Bau einer sicheren Mauer zwischen HSW und BP.

Forts. von Seite 15

Der Kampf der 'Roten Gruppe'

ligung war sehr hoch und es gab viele Neueintritte in die IGM.

Mit großem Schwung ging der neugewählte VK an die Arbeit: Gegen die Versuche der Reaktionäre im Betrieb propagierte er die Notwendigkeit von BR-Neuwahlen und bereitete sie auch vor. Eine Kandidaten-Liste wurde sogleich aufgestellt. Die Mitgliederwerbung für die IGM wurde angekurbelt. Es wurde versucht, einen neuen Forderungskatalog und Richtlinien für die Informationspolitik des VK auszuarbeiten. Die Bildung von gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen wurde propagiert.

Jede selbständige Aktivität der Arbeiter ist den Herrschenden verdächtig. Sie versuchen, sie zu unterdrücken. So auch bei HSW: Im Auftrag der Geschäftsleitung steigerten die rechten SPD'ler um Moede und Perlbach wieder ihre antikommunistische Hetze, die sie gegen alle fortschrittlichen Kollegen richten einschließlich ihrer eigenen Parteigenossen.

Auf einer kurzfristig einberufenen „außerordentlichen BR-Sitzung", zu der nur rechte SPD'ler geladen wurden, wurde die Freistellung des aktiven Betriebsrates Michael S. zurückgezogen und statt dessen ein „verläßlicherer" Kollege freigestellt. Auf der Betriebsversammlung vor der BR-Wahl traten dann die rechten Betriebsräte – allen voran Moede – vor die Kollegen und überboten sich mit antikommunistischen widerlichen Tiraden gegen namentlich genannte Betriebsräte und Vertrauensleute. Dabei sparten sie nicht mit persönlichen Vorwürfen, Unterstellungen und dreisten Lügen.

Die BR-Wahl – ein durchschlagender Erfolg der „roten Gruppe"

Einen Tag vor der BR-Wahl verteilte die Perlbach/Moede-Gruppe („Metall-Betriebsgruppe") ein wild antikommunistisches Flugblatt, das wir nebenstehend verkleinert abdrucken. Dies war der vorläufige Höhepunkt in der reaktionären Hetze gegen fortschrittliche Kollegen. Mit offen faschistoider Hetze, dummdreisten Lügen, Unterstellungen und persönlichen Diffamierungen gegen einzelne, namentlich aufgeführte Kollegen, die angeblich „zu den leitenden Köpfen der ‚roten Gruppe'" gehören sollen, streiften diese Hetzer die letzten Hüllen von Kollegialität ab und versuchten so auf Stimmen- und Dummenfang zu gehen.

Sie hatten sich verrechnet. Die Hamburger Stahlarbeiter gaben ihnen bei der BR-Wahl eine Abfuhr. Zu viele haben inzwischen diese „Politik" durchschaut, insbesondere den Demagogen Moede. Dieser – bisher stellvertretender BR-Vorsitzender – kam überhaupt nicht mehr in den BR und landete ganz am Ende der Liste. Perlbach placierte an drittletzter Stelle der neugewählten Betriebsräte. Die obersten Plätze belegten fortschrittliche Kollegen, so der zuvor diffamierte Kollege Michael S., der auf dem zweiten Platz landete und danach zum neuen BR-Vorsitzenden gewählt wurde. (Der andere auf dem Flugblatt diffamierte Kollege ist Mitglied des VK-Vorstandes).

Nach dieser BR-Wahl gibt es bei HSW gute bzw. ausreichende Mehrheiten fortschrittlicher Kollegen in VK und BR. Vor allem gibt es auch viele Kollegen außerhalb dieser Gremien, die sich aktiv für die Belange und Rechte der Belegschaft einsetzen. Dies Ergebnis ist auch ein Erfolg der „roten Gruppe", die zu ihrem alten Schwung zurückgefunden hat.

Die Arbeiter und Angestellten bei HSW haben z. T. bewußt „rote Kollegen" in Betriebsrat und Vertrauenskörper gewählt und die rechten SPD'ler auch bewußt abgewählt. Diese Tatsache darf jedoch nicht überschätzt werden, etwa in dem Sinn, daß sich die Mehrheit der Kollegen für die Politik der „roten Gruppe" schon entschieden hätte. Hierin kommt vorerst nur zum Ausdruck, daß man die Politik bestimmter rechter SPD'ler als unbrauchbar erkannt hat und daß man jetzt einmal den „roten Kollegen" eine Chance einräumen will. Es gibt also keinerlei Grund, sich auf vermeintlichen „Lorbeeren" auszuruhen. Im Gegenteil. Die Betriebszelle und mit ihr sympathisierende Kollegen, sowie auch andere fortschrittliche und aktive Gewerkschafter haben jetzt alle Hände voll zu tun, die ihnen gegebene Chance wahrzunehmen und dem Vertrauen gerecht zu werden, das die Mehrheit der HSW-Kollegen in sie gesetzt hat.

Denn schon sind die HSW-Bosse wieder zum Angriff übergegangen: Über ihre Handlanger lassen sie die BR-Wahl anfechten. Angebliche „Unregelmäßigkeiten" dafür haben sie selber vorher eingefädelt, um jetzt einen Vorwand zu haben: So soll angeblich auf der türkisch übersetzten Kandidatenliste ein Kandidat nicht mit seiner Berufsbezeichnung sondern mit „Gewerkschaftler" ausgewiesen worden sein. „Wahlbeeinflussung" schreien jetzt die Bosse. Nur: Der türkische Dolmetscher ist der Dolmetscher der Geschäftsleitung! Ein zweiter Grund für die Anfechtung: Die Kandidaten-Liste wurde nicht ins portugisische und marrokanische übersetzt, obgleich 30 Kollegen dieser Nationalität bei HSW beschäftigt sind. Allerdings: Eine solche Übersetzung ist vom BR-Wahlvorstand ordnungsgemäß beantragt worden. Die Geschäftsleitung, die diese Aufgabe hätte, hat es hintertrieben. Die Wahlanfechtung steht natürlich auf sehr wackeligen Boden, hat kaum Erfolgs-Aussichten. Die Geschäftsleitung verspricht sich davon allerdings Verwirrung und Lähmung der BR-Arbeit. Neben der Wahlanfechtung sind die HSW-Bosse und ihre Taschenträger schon zu weiteren Angriffen übergegangen:

- Ein fortschrittlicher Betriebsrat wurde fristlos entlassen. Angeblich hat er einen Ofen falsch gefahren. Der BR lehnte die Kündigung ab. Es kommt zu einem Arbeitsgerichts-Prozeß. Bis dahin darf der gekündigte Betriebsrat nicht bei HSW arbeiten.
- Einem weiteren Betriebsrat wurde von der Geschäftsleitung ein Gerichtsprozeß angekündigt und zwar wegen angeblicher „Zeugen-Beeinflussung". Tatsächlich hatte er mit Arbeitskollegen des gekündigten Betriebsrates gesprochen, um die Rechtmäßigkeit der ausgesprochenen Kündigung zu prüfen. Mit der Prozeß-Androhung soll er eingeschüchtert werden.
- Mit gewissem Erfolg sind die Gewerkschafts-Sekretäre Prehm und Mohr derzeit dabei, die Arbeit des neuen VK zu lähmen: Die von den Vertrauensleuten angesetzten Diskussionen über Forderungskatalog, Mitgliederwerbung, Aufbau gewerkschaftlicher Arbeitskreise usw. werden durch diese Herrschaften mit listigen Satzungs-Tricks abgesetzt oder durch stundenlange Schwafeleien und tausenderlei Einwände usw. blockiert und verwässert.
- Im Auftrag der Geschäftsleitung verbreiten rechte SPD'ler ständig Lügen und Gerüchte im Betrieb, vorzugsweise unter den Vertrauensleuten und Betriebsräten. So heißt es einmal, daß die nächste VK-Sitzung angeblich ausfallen würde, weil der „VK noch nicht von der IGM anerkannt sei", ein anderes Mal werden Betriebsräte zu einer angeblich stattfindenden „außerordentlichen" BR-Sitzung zusammengetrommelt.
- Die Geschäftsleitung selbst mischt bei dieser Gerüchte-Macherei und Verwirrungs-Politik direkt mit. Eins von vielen Beispielen: Gegenüber einigen Betriebsräten beschwerte sie sich offiziell, daß es angeblich andere Betriebsräte gestatten, wenn sich „Unbefugte dauernd im BR-zimmer ausruhen" würden.

Die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, von denen einige leider auch in BR und VK sitzen, legen es offensichtlich jetzt darauf an, daß die neugewählten Körperschaften – VK und BR – in ihrer Arbeit gar nicht erst Tritt fassen können und die Mehrheit der HSW-Kollegen Vertrauen und Hoffnung in sie schnell wieder verlieren.

Einige Umstände begünstigen die Taktik der Bosse noch:

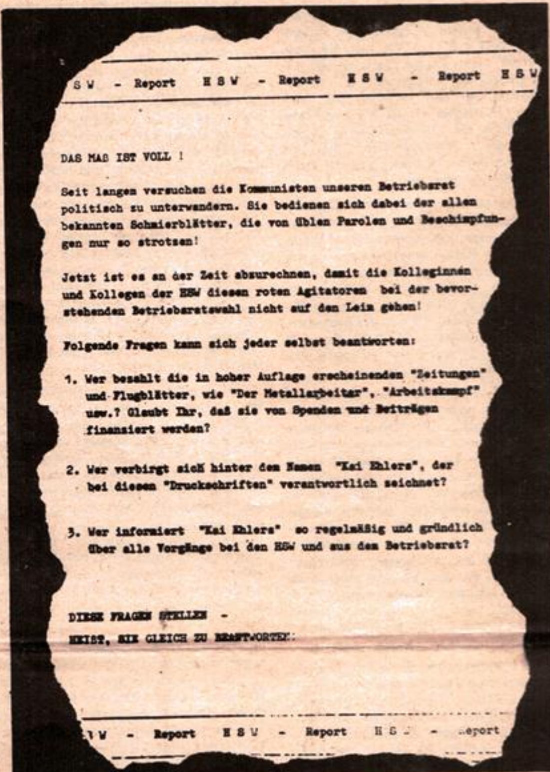
Die neuen Betriebsräte sind noch weitgehend unerfahren im Umgang mit verschiedenen Gesetzes-Texten, besonders mit dem neuen Betriebs-Verfassungsgesetz (BVG). Dies wird von der Geschäftsleitung weitgehend ausgenutzt. Mit scheinbarem „juristischen Sachverstand" wird versucht, den Betriebsräten weiszumachen, daß es ihre Aufgabe sei, die Essens-Automaten eigenhändig nachzufüllen. Andererseits versuchen die Bosse, den Betriebsräten zu untersagen, die Belegschaft über laufende, noch nicht abgeschlossene Verhandlungen mit ihr zu informieren, etwa durch schriftliche Aushänge. Auch dabei argumentieren sie – völlig unzulässig – mit angeblichen Bestimmungen im BVG und spekulieren auf Unkenntnis der Betriebsräte. Auch hat der alte rechte BR seinen Nachfolgern eine große Menge „Unerledigtes" zurückgelassen, das jetzt alles aufgearbeitet werden muß und den jetzigen Betriebsrat ebenfalls von der Wahrnehmung seiner wichtigsten Aufgaben abhält.

Insgesamt zielt die Taktik der Bosse und ihrer Handlanger darauf hin, den neuen BR im tagtäglichen Kleinkrieg zu zermürben, um ihn schließlich zum willfährigen Instrument der Geschäftsleitung zu degradieren und ihn auf diese Weise den Kollegen als aktiven Vertreter zu rauben.

Eine einheitliche Abwehrfront der Kollegen gegen die HSW-Bosse aufbauen!

Inzwischen sind die Stahlarbeiter aber bereits aktiv geworden: Kürzlich marschierte eine gesamte Schicht des Stahlwerkes nach der Nachtschicht geschlossen zum BR und mit diesem zur Geschäftsleitung. Sie forderten die Bezahlung des Pfingstsonntages. Die hochgeschreckten Bosse zahlten ihnen das Geld sofort bar auf die Hand. Ebenso erschien eine gesamte Stahlwerk-Schicht am 17. Juni nicht zur Arbeit. Sie waren nur bereit für den üblichen Aufschlag von 150 % zu arbeiten, nicht aber für 100 %, wie es die Bosse zahlen wollten. In diesem Fall fanden die Bosse leider noch andere Kollegen, die die Arbeit für 100 % machten. Das darf nicht wieder vorkommen! Genau hier muß der VK ansetzen, für einen besseren Informationszusammenhang sorgen und die Konkurrenz zwischen den Kollegen abbauen. Die Arbeit bei HSW wird nur erträglich, wenn alle Kollegen zusammenhalten und gemeinsam sich gegen die ständigen Übergriffe der HSW-Bosse wehren:

SETZEN WIR DEN KAPITALISTEN DIE EINHEIT VON BETRIEBSRÄTEN, VERTRAUENSLEUTEN UND ARBEITERSCHAFT ENTGEGEN: ■



SW - Report HSW - Report HSW - Report HSW

DAS MAß IST VOLL !

Seit langem versuchen die Kommunisten unseren Betriebsrat politisch zu unterwandern. Sie bedienen sich dabei der allen bekannten Schmierblätter, die von üblen Parolen und Beschimpfungen nur so strotzen!

Jetzt ist es an der Zeit abzurechnen, damit die Kolleginnen und Kollegen der HSW diesen roten Agitatoren bei der bevorstehenden Betriebsratswahl nicht auf den Leim gehen!

Folgende Fragen kann sich jeder selbst beantworten:

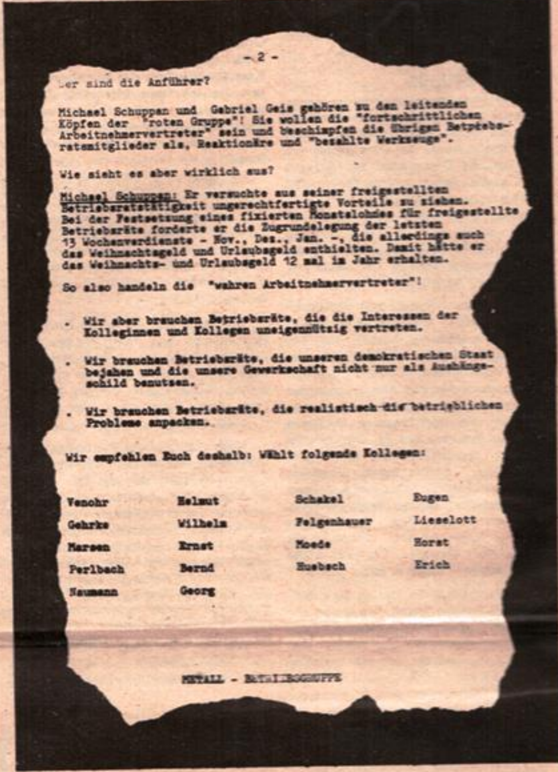
1. Wer bezahlt die in hoher Auflage erscheinenden "Zeitungen" und Flugblätter, wie "Der Metallarbeiter", "Arbeitskampf" usw.? Glaubt Ihr, daß sie von Spenden und Beiträgen finanziert werden?

2. Wer verbirgt sich hinter dem Namen "Kai Ehlers", der bei diesen "Druckschriften" verantwortlich zeichnet?

3. Wer informiert "Kai Ehlers" so regelmäßig und gründlich über alle Vorgänge bei den HSW und aus dem Betriebsrat?

DIESE FRAGEN STELLEN -
HEIßT, SIE GLEICH ZU BEANTWORTEN!

W - Report HSW - Report HS[illegible] - [illegible]eport



- 2 -

[illegible]er sind die Anführer?

Michael Schuppan und Gabriel Geis gehören zu den leitenden Köpfen der "roten Gruppe"! Sie wollen die "fortschrittlichen Arbeitnehmervertreter" sein und beschimpfen die übrigen Betriebsratsmitglieder als, Reaktionäre und "bezahlte Werkzeuge".

Wie sieht es aber wirklich aus?

Michael Schuppan: Er versuchte aus seiner freigestellten Betriebsratstätigkeit ungerechtfertigte Vorteile zu ziehen. Bei der Festsetzung eines fixierten Monatslohnes für freigestellte Betriebsräte forderte er die Zugrundelegung der letzten 13 Wochenverdienste - Nov., Dez., Jan. -, die allerdings auch das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld enthielten. Damit hätte er das Weihnachts- und Urlaubsgeld 12 mal im Jahr erhalten.

So also handeln die "wahren Arbeitnehmervertreter"!

- Wir aber brauchen Betriebsräte, die die Interessen der Kolleginnen und Kollegen uneigennützig vertreten.
- Wir brauchen Betriebsräte, die unseren demokratischen Staat bejahen und die unsere Gewerkschaft nicht nur als Aushängeschild benutzen.
- Wir brauchen Betriebsräte, die realistisch die betrieblichen Probleme anpacken.

Wir empfehlen Euch deshalb: Wählt folgende Kollegen:

Venohr	Helmut	Schakel	Eugen
Gehrke	Wilhelm	Felgenhauer	Lieselott
Marsen	Ernst	Moede	Horst
Perlbach	Bernd	Huebsch	Erich
Naumann	Georg		

METALL - BETRIEBSGRUPPE

Forts. von Seite 8

"Fuck the law!" ("Scheißt auf das Gesetz!")

ihren eigenen Reihen. Sie werden Shop Stewards genannt und sind mit unseren Vertrauensleuten zu vergleichen. Gegen 3 Shop Stewards der Londoner Hafenarbeiter erließ das Arbeitsgericht im Juni Haftbefehl, weil sie die Arbeiter zu dem Boykott der Containerfirma aufgerufen hatten. Dieser Versuch, das Gewerkschaftsgesetz gegen die Arbeiterführer einzusetzen, mißlang den Kapitalisten und ihrer Justiz allerdings noch einmal: Das Gericht war wegen der massenhaften Proteste der Londoner Hafenarbeiter gezwungen, den Haftbefehl nach einigen Tagen bereits zurückzunehmen!

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge von Teilen der englischen Arbeiterklasse im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten, dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, das reale Kräfteverhältnis zwischen den beiden Klassen zu optimistisch einzuschätzen: Die Arbeiterklasse war trotz politischer Massenkämpfe im ganzen nicht in der Lage, das Gewerkschaftsgesetz zu verhindern. Die Kämpfe gegen die Anwendung des Gesetzes werden noch nicht national geführt. In weiten Teilen der Arbeiterklasse besteht noch die Illusion, daß die Labour-Party, wenn sie wieder an die Regierung kommt, das Gewerkschaftsgesetz außer Kraft setzen wird. Die englische Arbeiterklasse hat noch keine eigenständige Klassenpolitik entwikkelt, so daß die Labourführer in der Lage sein werden, den Protest vieler Arbeiter wieder auf ihre sozialdemokratischen parlamentarischen Mühlen zu leiten.

Die Kampfbereitschaft und Wachsamkeit der englischen Arbeiter in der nächsten Zeit, wird darüber entscheiden, ob die Kapitalisten die Anwendung des Antistreikgesetzes und die Lohnleitlinien durchsetzen können. Wenn das den Kapitalisten gelingt, so bedeutet das eine langfristige ökonomische Verelendung und politische Entrechtung der englischen Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang werden wir im nächsten „Arbeiterkampf" auf folgende Themen ausführlicher, als hier möglich war, eingehen:

- Die Funktion des Gewerkschaftsgesetzes für Kapitalisten und Arbeiterklasse.
- Der Eisenbahnerstreik
- Der Hafenarbeiterstreik
- Die Gewerkschaftsführung und die Shop Stewards.

Konkurrenzschlacht der Autoriesen

Es geht um den gewinnträchtigsten Markt der Welt: Das Geschäft mit den Autos. Um seine weltweite Aufteilung und Beherrschung sind 12 der 100 größten kapitalistischen Monopole angetreten:

- **Aus den USA General Motors (dazu gehört u. a. Opel), Ford und Chrysler (u. a. Simca);**
- **aus Europa British Leyland (u. a. Jaguar, Austin, Morris, Rover), Renault, Citroen, Fiat, VW und Daimler - Benz;**
- **aus Japan Toyota und Nissan.**

Größere Veränderungen gab es vor allem auf dem eruopäischen und amerikanischen Markt.

Während die französische, westdeutsche und englische Automobilindustrie in Europa erhebliche Marktanteile einbüßte, vergrößerten die US - Firmen und Fiat ihren Anteil. So gelang es Opel erstmals im ersten Quartal dieses Jahres, mit Neuzulassungen sogar in Westdeutschland VW zu überholen. Ebenso steigerte Ford seinen Marktanteil hier in den letzten 7 Jahren um 50 % und liegt mit einem Marktanteil von 18,3 % nur 1 % unter dem von VW.

Automobilarbeiter bleiben auf der Strecke

Im eigenen Land versuchten die US - Konzerne durch die Neuentwicklung kleinerer Fahrzeuge die von VW und Fiat behaupteten Marktanteile zurückzuerobern. Nixons Währungsmaßnahmen, die eine Verteuerung ausländischer Waren in den USA mit sich brachten, und die gleichzeitige Aufhebung der Sonderumsatzsteuer für Autos in den USA kamen den US - Konzernen dabei besonders entgegen. Der Verkauf von VW's sank z. B. im ersten Quartal 1972 in den USA von 134 Tsd. auf 108 Tsd.

Daneben stiegern die japanischen Monopole ihre Automobilproduktion unaufhörlich. Sie stieg von 1953 50 000 Stück um 11 500 % auf 5,8 Millionen 1971, 1972 sollen es 6,5 Millionen werden. Trotz der Nixon - Maßnahmen stieg der Export in die USA aus Japan allein im ersten Quartal dieses Jahres um 24 000 auf 115 000 Autos, mehr als VW absetzen konnte. Ebenso konnten in Europa 1971 schon 150 000 japanische PKW abgesetzt werden, wobei zunächst nur Länder ohne eigene Autoindustrie beliefert wurden. Die anderen Länder, darunter auch Westdeutschland, sollen in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden.

Im internationalen Konkurrenzkampf haben kleinere Unternehmen nicht mithalten können. So sind in England alle großen Autohersteller (außer den Ablegern der US - Konzerne) unter einem Konzerndach vereint. In Italien hat Fiat Auto - Bianchi geschluckt. In Frankreich wurde Simca von Chrysler aufgekauft, außerdem hat Fiat Anteile von Citroen erworben.

In Westdeutschland arbeiten BMW und Daimler - Benz (an beiden ist Milliardär Quandt beteiligt) in der Forschung und in Produktionsabsprachen schon so weit zusammen, daß Mercedes - Chef Zahn ein Eingreifen des Bundeskartellamtes fürchtet: „Das Kartellamt erlaubt eigentlich weniger, als wir heute schon tun." (Spiegel 26 / 71)

Nach der Pleite Borgwards, dem Aufkauf von Glas durch BWM und NSU durch Auto - Union, gibt es neben Daimler - Benz nur den VW - Konzern, dem Audi - NSU gehört und der mit Porsche eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft unterhält.

Beide Autoriesen sind untereinander durch die Deutsche Automobil GmbH verbunden und bereiten ein gemeinsames Nutzfahrzeugprogramm vor, das vom VW - Transporter bis zum Mercedes - LKW reicht.

Der Kampf um die europäische Vorherrschaft

Nach Ausschaltung der Konkurrenz im eigenen Land planen die westdeutschen Automobilkapitalisten als nächsten Schritt eine noch forciertere Zusammenarbeit, um so im zweiten Schritt als größter europäischer Auto - Konzern die Spitze in einem supernationalen europäischen Automobilverbund zu erringen. Den Großaktionären von Daimler / Benz - BMW, Flick, Quandt und Deutsche Bank, stellt sich bei noch stärkerer Zusammenarbeit mit VW nur das Problem, den Staatseinfluß über den VW - Konzern so weit einzuschränken, daß sie selbst in einer deutschen Automobil - Gesellschaft die Führung übernehmen können. Ex - Nazi Paul G. Hahnemann als BMW - Chef vor einem Jahr zum Spiegel: „Der amerikanischen Herausforderung – oder der japanischen – kann man mit einem deutschen Zusammenschluß allein nicht begegnen. Eine zumindest kontinental - europäische Kooperation ist meiner Meinung nach wünschenswert. Ich bin allerdings auch der Ansicht, daß man den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun kann." Daraufhin der Spiegel: „Der erste Schritt also hieße eine deutsche Automobil - AG?" Hahnemann: „Ja, Ansätze dafür sind da... Allerdings scheint mir diese Konstruktion für die Untertürkheimer (d. i. Daimler) und die Münchner (d. i. BMW) nicht sehr attraktiv, denn sie führt unter die Beherrschung von VW. Das wollen die Manager nicht und auch nicht die Aktionäre."

Im Brennpunkt des Klassenkampfes: Automobilarbeiter in aller Welt

Die Konkurrenzschlacht der Automobilkonzerne geht in der ganzen Welt zu Lasten der Automobilarbeiter. Die Kapitalisten nutzen die internationale Zersplitterung des Proletariats aus, um die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen. So betragen die Lohnkosten für Ford in England nur ein Drittel, in Westdeutschland die Hälfte des amerikanischen Durchschnitts. So hat VW trotz allen Krisengeredes in den letzten Jahren vor allem in faschistischen Ländern kräftig investiert. VW - Brasilien ist heute der größte Konzern Südamerikas. Dort ist auch schon Gelände für eine wesentliche Erweiterung gekauft. Kein Wunder, der Monatslohn eines Facharbeiters liegt dort bei umgerechnet 209 DM! Ebenso im rassistischen Südafrika, oder VW - Mexico, wo sich für den Konzern Gewinnspannen bis zu 70 % ergeben. Während von 1969 bis 1971 in Westdeutschland die VW - Produktion um ca. 15 % stieg, kletterte sie in diesen Ländern um mehr als 40 %!

Allerdings stößt die Ausdehnung der Vollmontage im Ausland wegen der hohen Transportkosten und Abhängigkeit von Zulieferbetrieben auf Grenzen. So bedauerte Mercedes - Chef Zahn auf der Aktionärsversammlung von Daimler - Benz im Juni denn auch, daß Vollmontagen im Ausland für ihn nicht möglich sind, „obwohl Monatslöhne von 75 bis 150 DM in Asien (Hongkong) *geradezu aufreizen Aufträge nach dort zu geben.*" (FR v. 14. 6. 72)

Neben der Auslagerung der Produktion bzw. einzelner Teile ins Ausland versuchen die Konzernherren im eigenen Land die Lohnkosten durch schnellere Bandgeschwindigkeiten, verstärkte Rationalisierungen, noch verfeinertere Ausbeutungsmethoden mittels „arbeitswissenschaftlicher Verfahren" wie Arbeitsplatzanalysen und Prämiensystemen rapide zu senken. In allne kapitalistischen Ländern stehen die Automobilarbeiter deswegen im Brennpunkt des Klassenkampfes.

USA: Aufgeschlitzte Polster und zerschlagene Scheiben

General Motors, Ford und Chrysler in den USA haben die Arbeitshetze derart gesteigert, daß trotz Hochkonjunktur im Autogeschäft nur ein Teil der Automobilarbeiter Arbeit hat. Nach einem Bericht der FR liegt die Zahl der Arbeitslosen in den USA in Detroit, dem Schwerpunkt der US - Industrie, mit 8 % sogar 33 % über dem Durchschnitt. In Lordstown / Ohio z. B. errichtete GM sein „modernstes" Werk, mit neuartigen Werkzeugmaschinen, die einen Teil körperlicher Arbeit, jedes Bücken und Kriechen überflüssig machen und jeden zeitraubenden Fußweg ersparten. Allerdings sollten von diesem Fließband statt der bisherigen 55 Wagen pro Stunde fast das Doppelte, 100 Stück abrollen. Dem Fließbandarbeiter verblieben statt vorher 1 Minute nur noch 40 Sekunden für die vorgeschriebenen Handgriffe. Als dann im Oktober vergangenen Jahres die GM - Geschäftsleitung noch weiter rationalisierte, 300 Arbeiter feuerte und deren Arbeit auf die übrigen Männer und Frauen verteilen wollte, wurde es der Belegschaft zu viel. Der Arbeiter Nick Schecodonic berichtete: „Ich habe gesehen, wie eine Arbeiterin mit dem Fließband um die Wette lief, um ihre Handgriffe zu verrichten. Ich habe noch 25 Jahre vor mir in dieser Fabrik, und ich denke nicht daran, für irgend jemanden hier zu rennen." Als GM - Manager Anderson auf den Protest der Belegschaft hin die Produktionsanalgen besichtigte, entdeckte er an den nagelneuen Autos vom Typ „Vega" zersplitterte Windschutzscheiben, zerbrochene Rückspiegel, verbogene Instrumentenknöpfe und aufgeschlitzte Sitzpolster. Zündschlüssel steckten abgebrochen in den Schlössern, Dichtungsringe im Vergaser.

Durch die Sabotage befürchtete GM einen solchen Image - Verlust für diesen Autotyp beim späteren Käufer, daß den Forderungen der Arbeiter nachgegeben werden mußte. Und nicht nur die GM - Manager bekamen kalte Füße: Schließlich rüttelten die rebellierenden Arbeiter von Lordstown im Lande des Fließband - Erfinders Ford mit diesem Kampf gegen einen der Grundpfeiler des Systems, die Akkordarbeit am Fließband.

England: Die „wilden" Automobilarbeiter

Auch im kapitalistischen Europa stehen die Automobilarbeiter in der vordersten Front des Klassenkampfes.

Die militante Shop Steward - Bewegung in England entwickelte sich zunächst in der Automobilindustrie. Seit Mitte der 60iger Jahre sind die 200 000 englischen Autoarbeiter durch ca. 5000 Shop Stewards vertreten. Die Streikbewegung nahm seitdem großen Aufschwung. Bei Morris gab es z. B. 1965 297 Streiks allein in Cowley, von denen 256 „wild" durchgeführt wurden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu geben, legten die Arbeiter meistens die Arbeit schon vor Beginn von Verhandlungen nieder. Heftige Kämpfe gab es in den letzten Jahren vor allem bei Ford. Der mehrwöchige harte Fordstreik 1969 entzündete sich daran, daß die Geschäftsleitung Strafklauseln gegen inoffizielle Streiks tarifvertraglich einführen wollte. (Inzwischen sind Strafen gegen „wildes" Streiken sogar gesetzlich vorgesehen: im neuen Antistreikgesetz, das seit 71 in Kraft ist!)

69 aber konnten die Fordarbeiter diesen Angriff noch zurückschlagen und den Kapitalisten eine Niederlage bereiten. Zu ihrer Niederlage in diesem Streik hatten die Ford - Kapitalisten durch ihre Geldgier selbst beigetragen. Denn seit Ende der 30iger Jahre ist die Arbeiterbewegung bei Ford besonders stark, da Ford in der Wirtschaftskrise vorher massenhaft Stammarbeiter entließ und gegen geringeren Lohn Arbeitslose einstellte. Dabei handelte es sich vor allem um klassenbewußte Kumpel aus den stillgelegten Kohlengruben. Wegen des bei Ford bis 1944 bestehenden Gewerkschaftsverbotes wählten sie geheim ihre Shop Stewards, die konspirativ arbeiteten.

Der Fordstreik Anfang letzten Jahres endete dagegen mit einer Niederlage. Zwar wurde mit 16 % mehr Lohn ab sofort und weiteren 16 % im Laufe dieses Jahres ein Tarifabschluß, der wesentlich höher

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 17

Automobilarbeiter bleiben auf der Strecke

war, als die Heath-Regierung geplant hatte, erreicht. Andererseits aber verpflichteten sich die Gewerkschaftsführer, 2 Jahre ruhig zu bleiben. Henry Ford II, der selbst ein Manager-Einkommen von 500 000 Dollar bezieht, war persönlich bei Heath vorstellig geworden und hatte mit Verlagerung seiner Produktion aus England nach Deutschland und Belgien gedroht, wenn dem Streik nicht ein Ende gemacht würde. Heath drohte damit den Gewerkschaften noch schärfere Anti-Streik-Gesetze als geplant an, und erreichte ihr Nachgeben, zumindestens bei den Gewerkschaftsspitzen. Die Shop Stewards aus den Betrieben allerdings stimmten einheitlich gegen den Kompromiß.

Italien: „Was wir wollen: Alles!"

In Italien läuteten die heftigen Fiat-Streiks im Frühjahr / Sommer 1969 den „Heißen Herbst" 1969 ein, bei dem die italienische Arbeiterbewegung in breiten politischen Kämpfen ihren größten Aufschwung seit 50 Jahren nahm. Die jahrelang aufgestaute Wut entlud sich bei den Fiat-Arbeitern wegen der ständig wachsenden Arbeitshetze. Allein in den 3 Jahren 1964 – 67 erhöhte Fiat-Chef Agnelli die Produktion um 31 %, die Belegschaft allerdings nur um 15 %. Wegen der mörderischen Akkordhetze verlassen 4 von 10 Neueingestellten noch im ersten Jahr wieder den Betrieb. Von den 120 000 Arbeitern sind im Schnitt 15 000 bis 18 000 täglich krankgeschrieben.

Agnelli hatte alles daran gesetzt, die Arbeiterbewegung im Betrieb zu zerschlagen. Der militante kommunistische Kern, der im antifaschistischen Kampf in vorderster Front stehenden Fiatarbeiter wurde nach 1945 isoliert und in besonderen Strafabteilungen zusammengefaßt, schließlich ganz entlassen. Jahrelang wurde nur eingestellt, wer der betriebseigenen „gelben" Gewerkschaft SIDA beitrat.

Als dann am 9. April 69 bei einer Arbeiter- und Studentendemonstration in der Provinz Salerno in Süditalien bewaffnete Polizei 2 Menschen tötete und über 100 verletzte, zeigte sich, daß Agnelli die Unterdrückung seiner Arbeiter nichts gebracht hatte: Mit Streiks am 10. und 11. April war die Reaktion der Fiatarbeiter auf die Sauerei der Kapitalisten gerade am heftigsten. Wenige Tage später legte eine bis zum Juli nicht abreißende Streikwelle bei Fiat die gesamte Produktion lahm. Alle Versuche der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer, den Streik zu begrenzen, nutzten vorerst nichts mehr. Durch die Hallen schallte: „Che vogliamo: tutto!" („Was wir wollen: Alles!")

Frankreich: Renault - Keimzelle des revolutionären Mai

Der revolutionäre Mai 1968 in Frankreich wurde vor allem durch die politischen Aktionen der Renaultarbeiter, die sich mit der antikapitalistischen Studentenbewegung verbanden, eingeleitet. Im Januar 1968 besetzten die Arbeiter der Renault-LKW-Produktion SAVIEM in Caen aus Protest gegen die von de Gaulle erlassenen Notverordnungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ihre Fabrikhallen. Als die Geschäftsleitung mit Bereitschaftspolizei gewaltsam die Arbeiter verjagte, kam es in ganz Frankreich zu einer breiten Solidarisierung innerhalb der Arbeiterklasse und der Studentenbewegung gegen den Polizeiterror und die Verhaftung mehrerer Streikteilnehmer. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse wuchs schnell an, im Renault-Werk Billancourt bei Paris z. B. gab es allein von März bis Mai ca. 80 kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Andere Wirtschaftsbereiche (Bergarbeiter, Textilarbeiter, Metallarbeiter der Flugzeugwerke Sud-Aviation, Postarbeiter) folgten. Die Arbeiter stellten neben den wirtschaftlichen immer mehr politische Forderungen auf: Gegen Arbeitslosigkeit und Abbau der Sozialversicherung, Notstands-Gesetze und Polizeiaktionen, für den Sturz des gaullistischen Regimes.

Die brutalen Polizeiüberfälle auf die Studentenaktion Anfang Mai (gegen die ständige Verschlechterung der Schul- und Hochschulbedingungen, gegen den US-Einsatz in Vietnam etc.) brachten das Faß zum Überlaufen. Wiederum standen die Renault-Arbeiter in der ersten Reihe: Sie beschlossen zu streiken und besetzten als erste (neben den Sud-Aviation-Arbeitern) ihre Fabriken. Diese Kampfmaßnahmen der Arbeiter von Renault (größte Fabrik in Frankreich) verbreiterten die Streikfront auf 10 Millionen, ohne daß die Gewerkschaften einen Aufruf erlassen hätten.

Auch nach der politischen Niederlage der Mai-Revolution (auf wirtschaftlichem Gebiet konnte die französische Arbeiterklasse große Erfolge verbuchen) haben die Renaultarbeiter in ihrem Kampf nicht nachgelassen. Im Renault-Werk Le Mans wurde im Februar 1969 ein Streik gegen die analytische Arbeitsplatzbewertung durchgeführt. Bei Renault-Cléon gab es im Herbst 69 folgende Aktionen:

- Bei Erscheinen des Zeitnehmers wird die Arbeit eingestellt
- Wenn die Abteilung nicht voll besetzt ist, wird der Ausstoß entsprechend reduziert
- Bei Rationalisierung wird die Arbeitszeit durch vorverlegten Feierabend verkürzt

Der mehrwöchige Renault-Streik im Frühjahr letzten Jahres begann in Le Mans. 82 angelernte Arbeiter einer Montage-Abteilung verlangten die Streichung der 5 unteren von 8 Lohngruppen nach dem Arbeitsbewertungsverfahren, nach denen 80 % aller Angelernten bezahlt wurden. Der Streik breitete sich innerhalb weniger Tage über alle Werke aus, es wurde die Streichung der beiden untersten Lohngruppen für alle Angelernten nach 2jähriger Betriebszugehörigkeit und eine Höherbewertung der unteren Lohngruppen erreicht. Ab sofort waren jetzt nur noch 5 % (vorher 21 %) aller Angelernten in den beiden untersten Lohngruppen.

Westdeutschland: Leistung in 20 Jahren verdoppelt

Die konjunktur- und saisonbedingten Nachfrageschwankungen sind in der Autoindustrie besonders hoch. Besonders die westdeutschen Autokonzern-Herren lassen dies voll zu Lasten der Autoarbeiter gehen:

- Wenn sinkende Nachfrage zu erwarten ist, wird bis zuletzt wie wild produziert und die Läger bis auf den letzten Platz aufgefüllt.
- Von einem Tag auf den nächsten starke Produktionsdrosselung, oft sogar nur in einigen Werken, während es in anderen „volle Pulle" weitergeht. Für die betroffenen Arbeiter heißt das: Heute Überstunden und Zusatzschichten, morgen Kurzarbeit und Entlassungen mit erheblichen Lohneinbußen. Da Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt (also vom Steueraufkommen der Arbeiterklasse!) gezahlt wird, braucht der Konzern jetzt keine Löhne zu zahlen.
- Bei Anstieg der Konjunktur wird jetzt mit der durch die Entlassungen reduzierten Belegschaft die Produktion auf Hochtouren gebracht, die Arbeitshetze also von mal zu mal gesteigert.

Bei BMW München mußten die Kollegen vom 6. – 15. 12. letzten Jahres kurzarbeiten. Wegen der ständigen Fluktuation (Betriebswechsel) sorgte ein Einstellungsstop für die Reduzierung der Belegschaft. 2 Monate später, im Februar, gab es „freiwillige" Zusatzschichten samstags. Wer nicht samstags kam, mußte damit rechnen, beim nächsten Abschwung als erster draußen zu sitzen. Ebenso bei Opel Bochum: Ende letzten Jahres wurde der Ausstoß von 480 – 530 Autos täglich auf 500 / 550 erhöht, die Nachtschicht wieder eingeführt, um zusätzlich noch 5000 Unterbaue zu produzieren. Im Januar gab es dann Kurzarbeit für 19 000 Arbeiter, während im Mai an den Samstagen Zusatzschichten gefahren werden mußten!

Wie sich diese soziale Unsicherheit von den Kapitalisten ausnutzen läßt, beweisen die Produktionsziffern: BMW steigerte von 1970 – 71 den täglichen Ausstoß von 690 auf 750 Autos täglich, investierte 200 Mill. und erhöhte den Umsatz um 11 %. Die Belegschaft wuchs im gleichen Zeitraum um 1,7 %! Bei Opel wurden in der Krise 66 / 67 8000 Arbeiter, angeblich alles „Bummelanten und sowieso nur Ausländer" entlassen, der enorme Produktionsanstieg 68 / 69 mußte hinterher von den übrigen Arbeitern verkraftet werden. Bei Ford Köln wurden 1968 381 000 Autos hergestellt, ein Jahr später waren es 613 600! Das sind 60 % mehr, die Belegschaft erhöhte sich allerdings nur um 21 %! Während 1952 von einem Fordarbeiter 7 Autos hergestellt wurden, waren es 1971 14.

KRISE bei VW?



Als erster wurde VW-Chef Kurt Lotz „entlassen". Seine „Jahresrente" als Pensionär beträgt 300 000 DM. Audi-Chef Leiding zog ein. Er kommt im Jahr auf ein auf 1 Mill. erhöhtes „Gehalt", um seine als Chef von Auto-Union und davor von VW-Brasilien bewiesenen Erfahrungen, den Profit in die Höhe zu treiben, unter Beweis zu stellen. Jetzt werden im Laufe eines Jahres 15 000 Arbeiter und ca 1000 Angestellte entlassen. Für diese Arbeiter, die größtenteils aus dem niedersächsischen Umland kommen, wo VW das Monopol auf Industriearbeit hat, bedeutet das soziale Deklassierung bis ans Lebensende!

Mit Eintritt Leidings in die Konzernleitung Ende 71 begann für die VW-Arbeiter die verschärfte Arbeitshetze. Zulagen wurden gestrichen. Entlassungen „auf kaltem Wege" setzten ein. Als erstes ließ Leiding Zeiten überprüfen. Arbeiten wurden zusammengelegt. In der Automatendreherei muß ein Arbeiter seitdem z. B. statt einem jetzt 2 Automaten bedienen. Der Zuwachs für das Werk bringt 70 %. Da werden junge Arbeiter neu in eine Abteilung gesteckt, kurze Zeit später erscheint der Stopper und „überprüft" die Vorgabe. Ergebnis: Die Zeiten werden runtergesetzt. Für 1972 soll die „Erfolgsprämie" von 8 auf 5,2 % gekürzt werden, was den Kollegen Lohneinbußen von durchschnittlich 480 Mark bringt.

Seit Herbst letzten Jahres hat das Wolfsburger Werk Einstellungsstop. Seit Ende letzten Jahres läßt Leiding sogenannte Bummelanten vor die Tür setzen. Jeden Monat genau 49 (ab 50 wären es erst Massenentlassungen, die gesetzlich nicht ohne weiteres vorgenommen werden dürfen). Ihr Verbrechen: Sie sind die fünfzig, die die größten Fehlzeiten durch Krankheiten etc. laut Statistik des Personalbüros haben. Eine Arbeiterin z. B., die wegen einer Fehlgeburt längere Zeit fehlte, ein anderer hatte einen Verkehrsunfall gehabt.

Kranke schleppen sich zur Arbeit

Welchen makabren „Erfolg" diese von den Kapitalisten als „49er-Aktion" bezeichnete Sauerei hat, zeigt der um 70 % in wenigen Monaten gesunkene Krankenstand. Aus Angst um den Arbeitsplatz kurieren so von durchschnittlich 9250 kranken Arbeitern 6000 ihre Krankheit am Arbeitsplatz aus. Für Leiding war das jetzt auch noch ein weiterer Grund, die Entlassungen um weitere 6000 zu steigern. Ganz zynisch schreibt Springers Welt dazu: „Bei der angespannten Lage beurteilen aber wohl viele VW-Beschäftigte die Notwendigkeit ihres Krankseins anders als zuvor. Die Abwesenheitsquote sinkt erheblich. Das Unternehmen hat plötzlich effektiv zu viele Beschäftigte." (12. 6. 72) Und ein VW-Sprecher jubelt: „Die Arbeitsmoral ist gestiegen, andererseits bringt uns diese Entwicklung zusätzliche Überbeschäftigung."

Im Jargon der Kapitalisten und ihrer Presse sind diese Massenentlassungen allerdings ein „ganz normaler Vorgang". „Anpassung an die Absatzentwicklung", „vernünftige Reduzierung der Belegschaft" heißt es da.

Die Morgenpost stellt da unter Hinweis auf 160 000 VW-Arbeiter (das stimmt nur, wenn man Audi-NSU hinzuzählt, worum es aber garnicht geht, VW hat tatsächlich Ende '71 134 Tausend) fest: „Im Verhältnis dazu sind 7000 Arbeitnehmer nur ein Bruchteil. Selbst 12 000 weniger, wäre eher ein Gesundschrumpfen, als eine lebensgefährliche Erkrankung des Autoriesen." Zweifellos richtig! Für die Konzernherren bedeuten gesteigerte Arbeitshetze, weniger Lohn und um zwei Drittel reduzierte Krankenzahlung bei gleichzeitigem Profit noch durch Kranke ein „Gesundschrumpfen", das die Profite steil in die Höhe treibt. Zumal sich der Konzern durch Milliarden-Investitionen auf die nächste Stufe der internationalen Konkurrenzschlacht gut vorbereitet hat. So hat Leiding denn auch angekündigt, daß 1974 „die Sonne wieder über uns scheinen wird."

Nach anderen Pressemeldungen wird sogar schon für Ende dieses Jahres Hochkonjunktur bei VW erwartet.

RHEINSTAHL - HANOMAG:



Rote Fahnen sieht man besser

Rheinstahl - Werk Hannover, am 12. 6. 72, 9.30 Uhr, nach der Frühstückspause:

Mehrere hundert Arbeiter versammeln sich auf dem Hof. Wie ein Lauffeuer geht es durch Hallen und Büros: Heute Vormittag Protestdemonstration. Um 11.00 Uhr marschiert der Demonstrationszug von über 4000 Arbeitern und Angestellten in Richtung Innenstadt. Unter ihnen Solidaritätsdelegationen von VW, Conti - Gummi und Vereinigte Leichtmetall.

In Arbeitskleidung und mit zahlreichen roten Fahnen geht der Zug zum hannoverschen Rathaus. Der Verkehr kommt in der Innenstadt völlig zum Erliegen. Spontan solidarisiert sich die Bevölkerung der Stadt mit den demonstrierenden Kollegen. Mitgeführte Transparente wie „Heute wir – morgen ihr" wandten sich direkt an die Bevölkerung der Stadt.

Schon im Februar dieses Jahres kam es bei der Ankündigung des Konzernvorstandes, den LKW - Motorenbau stillzulegen, zu spontanen Warnstreiks. Als am 7. Juni der Stillegungsbeschluß gefaßt wurde, zusätzlich auch noch Gießerei und Hammerwerk unter diese Maßnahme fielen, machten die Arbeiter ihrer aufgestauten Empörung Luft. Auf mehreren Betriebsversammlungen wurde immer wieder die Forderung nach einer Demonstration aufgestellt. Fast die gesamte Belegschaft stellte sich hinter die betroffenen Arbeiter. Auch die Angestellten erkannten, daß sie die nächsten Opfer der Kapitalistenwillkür sein können. Noch am Wochenende werden Transparente und Fahnen hergestellt. Am Montag, dem 12. 6., ist es dann so weit.

Kein Wunder, daß dieser Demonstrationszug, zudem noch mit roten Fahnen, die Politiker im Rathaus und in den Parteien aufgescheucht hat. Obwohl diesen Leuten die Lage bei Rheinstahl seit langem bekannt ist, versuchen sie jetzt unter dem Druck der empörten Arbeiter, dem Kampf die Spitze zu brechen. Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) unterbrach extra eine Dienstreise, um den Demonstranten in einer Ansprache "alle erdenkliche Hilfe" zuzusagen. Die SPD - Fraktion brachte einen Tag später einen „Dringlichkeitsantrag" im Rathaus ein, erklärte sich mit den Arbeitern solidarisch. Die CDU nahm von der Entwicklung „mit Bedauern Kenntnis".

Viele Kollegen bezweifeln diese „Solidarität" der Parteien, die sich sonst als treue Helfershelfer der Kapitalisten erweisen. Mit schönen Worten ist ihnen nicht geholfen.

Zu mehr wird es aber erfahrungsgemäß bei den bürgerlichen Parteien nicht kommen. Den Kollegen bleiben da nur Sozialpläne, Unterstützungen oder vorzeitige Pensionierung. Eines ist fast allen durch die Vorfälle deutlich geworden:

Solange einige wenige Kapitalisten über Produktionsmittel und Fabriken verfügen, diesen Leuten alles gehört und der Profit auf Kosten der Arbeiter gemacht wird, solange sind Arbeitsplätze und Verdienst nicht gesichert.

So kam es denn auch einen Tag nach der Demonstration zur nächsten Aktion: Die 150 Arbeiter aus der Gießerei legten vormittags die Arbeit nieder und verfaßten eine Resolution, in der sie die Maßnahmen und Willkür der Rheinstahlkapitalisten anprangerten.

Das Supergeschäft auf Kosten der Hanomag - Arbeiter

Als Ende Januar die Herren von Rheinstahl die Henschel - Gießerei in Kassel dichtmachten und 400 Arbeiter auf die Straße setzten, hieß es: „In Hannover sind moderne Produktionsstätten, dort gehts weiter!" In Wahrheit säubert der Konzern jedoch bereits seit Jahren auf Kosten der Arbeiter alle Produktionszweige aus dem Konzern, die nicht genügend Profit abwerfen. Daß dazu der gesamte Motorenbau gehören würde, war seit langem klar. Denn schon 1969 wurde der Plan zur „Neuordnung" des Konzerns bekannt, nach dem auf Betreiben der Deutschen Bank die Hanomag - Henschel - Fahrzeugproduktion an Daimler - Benz verkauft werden mußte; (Einer der Hauptaktionäre von Daimler: Die Deutsche Bank, deren Vorstandsvorsitzender Dr. Kleffel gleichzeitig Rheinstahl - Aufsichtsrats - Vorsitzender ist). Allerdings kaufte Daimler die Fahrzeugproduktion ohne die zugehörige Motorenproduktion, die Daimler bald selbst bauen wollte. Bis dahin sollte Rheinstahl die Motoren per Auftrag anfertigen. Da Daimler jetzt seine eigene Motorenfertigung genügend gesteigert hat, fliegen bei Hanomag - Rheinstahl die Arbeiter auf die Straße. Betrug die Belegschaft 1969 noch 10 000, so sind bis Juni schon über 5000 Kollegen auf einen Stand von 4500 „wegrationalisiert" worden. Der Stillegungsbeschluß für Motorenbau, Gießerei und Schmiede trifft jetzt weitere 1500, die bis Mai 73 folgen sollen.

Die einen fliegen raus ...

Nach Angaben der Geschäftsleitung sei dies allerdings „überhaupt nicht schlimm", da bis dahin ca. 500 Arbeiter freiwillig gingen, weitere 300 – 400 ältere einen „Alterssozialplan" erhielten. Nach diesem Plan werden über 59 Jahre alte Arbeiter zu vorzeitiger Rente gezwungen. Die Zahl der Kündigungen werde also „weit unter 1000 liegen".

So einfach ist das für die Herren Kapitalisten.

Für die 600 Arbeiter sieht das etwas anders aus. Da in den letzten Jahren schon laufend gekündigt wurde, wobei aus „sozialen Gründen" zuerst die Jüngeren flogen, handelt es sich bei diesen 600 um durchschnittlich 48 Jahre alte Kollegen, die allesamt mehr als 10 Jahre im Betrieb sind, in der Mehrzahl qualifizierte Facharbeiter. In Hannover einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden, ist für sie aussichtslos.

IG - Metall - Bevollmächtigter Menius sagte vor den streikenden Hano - Arbeitern: „Daß wir hier stehen, ist das Ergebnis der sogenannten sozialen und freien Marktwirtschaft, deren Bankrott wir hier erleben. Unser Vertrauen in die Konzerne ist nicht mehr vorhanden."

Vertrauen in die Konzerne haben die wenigsten Arbeiter gehabt. Wo es einmal vorhanden war, machte es Erbitterung Platz. Ein 61jähriger Arbeiter: „Da ist man jahrzehntelang in dem Unternehmen und soll nun plötzlich vor die Tür. Schließlich haben gerade viele von uns älteren nach dem Krieg alles wieder mit aufgebaut." Seine marktwirtschaftliche Freiheit: Vorzeitig in Rente zu gehen!

... und die anderen werden noch mehr gehetzt

Während die restlichen Hanomag - Arbeiter von Rheinstahl auf die Straße fliegen, macht der Daimler - Benz - Konzern das dicke LKW - Geschäft. Allerdings auch hier auf Kosten der Arbeiter der Hanomag - Henschel - Fahrzeugproduktion, die von Daimler mit übernommen wurden. Damals hieß es, der Kauf geschehe zur Sicherung der Arbeitsplätze im Fahrzeugbau. Tatsächlich aber baut Mercedes seine Monopolstellung im LKW - Bau von Jahr zu Jahr aus. Schon 1968 hatte Daimler von Krupp den LKW-Bau aufgekauft und – stillgelegt! Und so sieht die Sicherung der Hanomag - Arbeitsplätze aus: In Hannover flog im Zuge neuer „Rationalisierungen" jeder neunte Kollege, im Bremer Werk wird seit langem mit halber Kraft produziert. (Statt vorher 4000 jetzt noch 2000 Arbeiter!)

Im Werk Harburg bei Hamburg steigt dagegen die Arbeitshetze von Tag zu Tag. Nach dem Bericht unserer Genossen ist die Tagesproduktion von 76 / 78 Wagen in 2 Schichten in 3 Monaten auf 86 / 88 gesteigert worden. Gerüchte gehen durch die Abteilungen, daß diese Hetze noch auf 100 Wagen pro Tag gesteigert werden soll. Allerdings gärt es in den Abteilungen. Fraglich ist, ob die Geschäftsleitung ihr Ziel durchsetzen kann. Eine Schicht in der Hauptmontage forderte 20 Pf. Grundlohnsteigerung, sonst würde sie streiken. Die Kollegen fingen erst wieder an zu arbeiten, als ihnen versprochen wurde, daß am nächsten Tag jemand von der Geschäftsleitung deswegen aus Hannover käme, der dann auch die Erhöhung bewilligte. Auch in der Endmontage diskutieren die Kollegen bestimmte Obergrenzen, über die sie nicht hinausgehen wollen. Als z. B. der Bandführer am 27. 6. einen Kollegen ablöste und die Wagen alle 7 statt vorher 10 Minuten aufs Band jagte, wurde er ziemlich scharf zusammengeschissen und mußte dann normal fahren. Die Kollegen arbeiteten bis Feierabend entsprechend langsamer, um die Zeit wieder auszugleichen.



Arbeiter fliegen – Kapitalisten kassieren

Außer Daimler - Benz gibt es im LKW - Bau in Westdeutschland heute nur noch MAN vom Gutehoffnungshütte - Konzern, die gegen seine Beteiligung an der Howaldt - Deutsche - Werft den ganzen Büssing - LKW - Bau Braunschweig vom staatseigenen Salzgitter - Konzern gekauft hat. (Als Außenseiter existiert noch Humboldt - Deutz des Klöckner - Konzerns, auf Baufahrzeuge spezialisiert). Dieser Büssing - Kauf durch MAN ist ein Musterbeispiel, wie es den Kapitalisten in jedem Fall gelingt, dicke Geschäfte zu machen:

1962 war der Büssing - Konzern noch im Besitz der Familie Büssing, die nicht genug Kapital aufbringen konnte, um den Betrieb gegen die starke Konkurrenz weiter über Wasser zu halten. Der staatseigene Salzgitter - Konzern kaufte Büssing, angeblich zur Sicherung der Arbeitsplätze. Im Laufe der Jahre wurden dann 485 Millionen DM Steuergelder in den Konzern gesteckt, Anfang 1969 für 21 Millionen die Hälfte des Aktienkapitals an MAN verkauft. Im Tausch gegen die 50 % - Beteiligung an der seit langem hoch verschuldeten Howaldt - Deutsche - Werft (HDW) bekam letztes Jahr MAN die zweite Hälfte des Büssing - Konzerns. Außer den schon reingesteckten 485 Millionen verpflichtete der Bund sich im weiteren, noch 5 weitere Jahre alle Verluste zu decken. Die MAN - Bosse werden alles daran setzen, bei Büssing „hohe Verluste" zu produzieren: z. B. durch unterbezahlte Auftragsarbeit für andere MAN - Betriebe selbst, oder etwa zu teuren Rohstoff - oder Fertigteileeinkauf Büssings bei MAN, durch überhöhte Investitionen (die sich erst nach 5 Jahren bezahlt machten) usw. Dazu kommen dann noch die üblichen Verschleierungen in den Bilanzen, die in den nächsten 5 Jahren die Verluste in die Höhe treiben werden. Das sind die Millionensteuergeschenke für die Kapitalisten, während allenthalben die Arbeiter auf die Straße fliegen. ■

ÖTV - Kongress in Westberlin:

Nach Geschmack der Kapitalisten

Unter dem Motto „Durch Reformen zur sozialen Demokratie" fand vom 28. 5. bis 3. 6. in Westberlin der 7. ordentliche ÖTV - Gewerkschaftstag statt. 575 Deligierte waren gekommen.

Der Gewerkschaftstag ist die höchste Instanz der ÖTV und tritt alle 4 Jahre zusammen. Hier werden die Richtlinien für die Politik bestimmt und der Hauptvorstand gewählt.

Bei Eröffnung sagte ÖTV - Vorsitzender Klunker: „Gewerkschaften sind nicht Ordnungsfaktor, sondern gesellschaftsverändernde Kraft" und „wenn wir die Lage der Arbeitnehmer in der Gesellschaft entscheidend verbessern wollen, müssen wir alles tun, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben". Was die ÖTV - Spitze unter gesellschaftlichem Fortschritt versteht, konnte man an den Vorträgen, Referaten und besonders den Anträgen des Hauptvorstandes ganz klar sehen.

Für „konzertierte Aktion"

Viele Deligierte sprachen sich klar gegen die „konzertierte Aktion" aus. Der Hauptvorstand sprach sich dagegen zuerst grundsätzlich für die konzertierte Aktion aus, kritisierte nur einige Formalien. Als die Kritik der Deligierten zu stark wurde – als aufgedeckt wurde, daß durch Lohnleitlinien und andere „Abmachungen" der Wille der Kapitalisten mit Hilfe der Regierung den Gewerkschaften auf's Auge gedrückt wird – da setzte sich Klunker geschickt an die Spitze dieser Kritik und meinte gar: „Die Tarifautonomie ist in Gefahr". Später würgte er Anträge ab, die den Austritt aus der Konzertierten Aktion forderten.

Auf zur Kommunisten - Jagd

ÖTV - Vorsitzender Klunker rief die Gewerkschaften zum „Kampf gegen den Radikalismus" auf. Damit meinte er vor allem: Kampf gegen die Kommunisten und andere fortschrittliche und aktive Gewerkschafter, die seine arbeiterfeindliche Politik durchschaut haben und entsprechend kritisieren. Gegen die „kommunistische Gefahr" – zu deutsch: Die Gefahr von politischen Streiks und anderen Massenaktionen der Arbeiterklasse – waren dann auch zwei „allgemein - politische" Anträge des Hauptvorstandes gerichtet: Für die „Verbesserung der inneren Sicherheit" und Umwandlung des Bundesgrenzschutz (BGS) in eine „Bundespolizei". Beide Anträge drucken wir nebenstehend ab.

Es ist klar, daß diese Anträge, denen auch entsprechende Beschlüsse folgten, das Klasseninteresse der Kapitalisten formulieren. (Vergl. dazu auch Artikel in diesem AK: „Innere Sicherheit' – für wen?" auf S. 1 und „Bundesgrenzschutz" auf S. 2). Diese Anträge unterstützen deutlich den Prozeß der Faschisierung und Militarisierung in Westdeutschland. Sie fordern faktisch das „Niederhalten von Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen" vor allem der Arbeiter durch den zur Bundespolizei umgewandelten Bundesgrenzschutz. Ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse!

Noch toller trieb es ein gewisser Professor Lothar Neumann, der unter dem Deckmantel von „Wissenschaftlichkeit" behauptete, daß der zur Bundespolizei umgewandelte BGS zur „Vollziehung einer progressiven Reformpolitik" (also deren Durchsetzung!) notwendig sei und auch so verstanden werden müßte.

Wohlgemerkt: Dieser ÖTV - Kongress stand unter dem offiziellen Motto: „Durch Reformen zur sozialen Demokratie". Offenbar geht die ÖTV - Führung davon aus, daß „Reformen", die sie selbst im Auge hat, mit einer Bundespolizei, mit Panzerwagen, MG's und knüppelnden Einsatz - Kommandos durchgesetzt werden sollen. Klunker & Co. scheinen davon auszugehen, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten über derartige „Reformen" nicht sonderlich erfreut sein wird und „Bundespolizei" wegen mit einer „Bundespolizei" gewarnt werden muß. Was für eine seltsame „soziale Demokratie" mögen diese Herrschaften eigentlich im Auge haben?

Was Klunker & Co. von Demokratie halten, zeigt folgendes:

„Seltsame" Zusammensetzung der Delegierten

Die ÖTV hat ca. 1 Million Mitglieder. Diese sollen eigentlich über Delegierte auf dem ÖTV - Kongress repräsentiert sein. Allerdings:

Die 550 000 Arbeiter in der ÖTV waren nur durch 106 Arbeiter - Delegierte vertreten. Die Arbeiter in der ÖTV sind aber nicht nur die absolute Minderheit (55 %) in der ÖTV, sondern sind vor allem die entscheidende Basis, die „Kampftruppen" der ÖTV. Die ca. 110 000 Beamte waren dagegen mit 114 Delegierten vertreten und die Angestellten gar mit 225 Delegierten. Fast ausnahmslos handelte es sich dabei um höhere Beamte und Angestellte. Der Durchschnittsverdienst der 575 Delegierten lag bei ca. 1 800,- DM im Monat, wie ermittelt wurde. 130 Delegierte vertraten schließlich die 1 200 ÖTV - Hauptamtlichen, ein besonderer Skandal, wenn diese Zahlen einmal mit denen der ÖTV - Arbeiter verglichen werden. Es ist mehr als offensichtlich: Durch diese manipulierte Zusammensetzung der Delegierten, soll der Wille, sollen die Interessen der Mitgliederbasis – vor allem der Arbeiter – vom ÖTV - Kongress weitgehend „ferngehalten" werden: Lebendiger Anschauungs - Unterricht für das Demokratie - Verständnis der ÖTV - Führung!

„Behandlung" der Aufträge

Bei dieser denkwürdigen Zusammensetzung des ÖTV - Kongress waren kritische Stimmen nur selten zu hören. Auch war logisch, daß Klunker und seine Bagage „mit großer Stimmenmehrheit" wiedergewählt wurden. So war es dem Hauptvorstand auch ein Leichtes, zu schalten und zu walten, wie er es für ratsam hielt:

- von 161 Anträgen zur Tarifpolitik wurden allein 119 nicht entschieden, sondern dem Hauptvorstand zur „tarifpolitischen Entschließung", d. h. zur späteren alleinigen Entscheidung, übertragen. 11 Anträge fielen damit auch noch als „völlig erledigt" hintenüber. Durch diese, höchst seltsame „Verfahrensweise" konnten konkrete Forderungen und Anträge abgewehrt werden, die wenigstens zum gewissen Teil noch die Interessen der Mitglieder - Basis berücksichtigten. Außerdem konnte der Hauptvorstand so konkrete Aufträge des Kongresses – immerhin das höchste Entscheidungsgremium der ÖTV – umgehen, die sonst seine Politik zumindest teilweise den Interessen der Mitglieder - Basis verpflichtet hätte.

Anträge, die auf Mobilisierung der Basis zielten, um per Demonstrationen, Aktionen usw. die gewerkschaftspolitischen Programme der ÖTV durchzusetzen, wurden abgelehnt. Ein einziger Antrag in diesem Zusammenhang kam in einer Kampfabstimmung durch: Er fordert die Mobilisierung der Mitglieder vor Beginn von Tarifverhandlungen.

- Anträge, die den Austritt aus der „Konzertierten Aktion" verlangten, wurden abgelehnt.
- Ein Antrag, der eine demokratische Urabstimmung von Verhandlungsergebnissen vor Abschluß von Tarifverträgen fordert, wurde ebenfalls abgelehnt. Nicht einmal hier sollen in Zukunft die Mitglieder mitbestimmen dürfen.

Kritik nicht erwünscht ... aber notwendig!

Der 7. ordentliche ÖTV - Kongress war – man muß es leider sagen – insgesamt ein Kongress nach Geschmack der westdeutschen Kapitalistenklasse. Die Gewerkschafts - Opposition, vor allem Kollegen aus Hessen und Nordrhein - Westfalen und die ÖTV - Jugend ist noch schwach entwickelt. Sie kann deswegen auch noch nicht verhindern, daß die Gewerkschaft durch solche Führer wie Klunker immer deutlicher der Kapitalistenklasse ausgeliefert wird. So konnte es sich der Hauptvorstand erlauben, einem Dortmunder Kollegen das Wort zu entziehen, der sehr vorsichtige Kritik an den widersprüchlichen Aussagen Klunkers übte.

DGB - Vorsitzender Vetter brachte auf den Nenner, was die Gewerkschaftsführung von Kritik hält:

„Und ich bin der Meinung, daß wir uns nicht immer von erinnerungslosen Eiferern und unbefriedigten Berufsjugendlichen vorschwätzen lassen sollen, daß wir, die Gewerkschaften (!), seit mehr als 20 Jahren rückgratlos vor dem Kapitalisten auf dem Bauche gekrochen wären."

Es ist schon einigermaßen „eigentümlich", wenn Gewerkschaftsführer – wie in diesem Fall Vetter – stets sich selbst und ihresgleichen für „die Gewerkschaften" schlechthin ausgeben, um dann Kritiker der eigenen Politik – ebenfalls Gewerkschafter – als „erinnerungslos" und „unbefriedigt" zu beschimpfen, als „Eiferer" und „Berufsjugendliche" anzupöbeln.

Tatsache ist aber, daß die übergroße Mehrheit der Gewerkschafts - Mitglieder Kritik an der Politik „ihrer" Führung hat. Was Vetter, Klunker usw. zugute kommt, ist allerdings die Tatsache, daß diese Kritik zumeist noch passiv ist, abwartend bleibt, und sich leider teilweise auch massenhaft in gewerkschaftlichem Desinteresse äußert. Aufgabe der Kommunisten und der aktiven Gewerkschafter an der Basis, also in den Betrieben, Büros und Behörden, muß es werden, diese massenhafte Kritik als Kraft im innergewerkschaftlichen Kampf zu organisieren und einzusetzen, um solchen Leuten wie Klunker mehr und mehr das Wasser abzugraben.

FÜR EINE GEWERKSCHAFTSPOLITIK, DIE AUSSCHLIESSLICH DEN ARBEITER - INTERESSEN VERPFLICHTET IST!

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU EINER KAMPFORGANISATION DER ARBEITERKLASSE!

FÜR DIE ENTWICKLUNG DER INNERGEWERKSCHAFTLICHEN DEMOKRATIE – GEGEN EINE POLITIK DER ANPASSUNG AN DIE INTERESSEN VON KAPITAL, STAAT UND REGIERUNG!

Antrag Nr. 388
Antragsteller: Hauptvorstand

Verbesserung der inneren Sicherheit

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag fordert, daß von der Bundesregierung und den Landesregierungen alle Maßnahmen durchgeführt werden, um die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Als vordringlich sieht die ÖTV folgende Maßnahmen an:

1. Die Konzentration des Polizeieinsatzes auf folgende vier Aufgabenbereiche:
a) Kriminalitätsbekämpfung
b) Verkehrsunfallverhütung und Verkehrslenkung
c) Abwehr von Gemeingefahren
d) Schutz von Demonstrationen
2. eine Reform der Polizeiorganisation und Gliederung nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten;
3. eine Personalvermehrung und Reform des polizeilichen Personalwesens, die obrigkeitsstaatliche Personalstrukturen beseitigt und den bedarfsbezogenen Personaleinsatz ermöglicht.

Begründung

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung ein Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung angekündigt und zum Ausdruck gebracht: „Um die Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten, wird die Bundesregierung die Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung energisch vorantreiben. Sie wird unverzüglich die Arbeit an einem Sofortprogramm aufnehmen und dieses dem Deutschen Bundestag im Jahre 1970 zuleiten."

Für das Bundeskriminalamt hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm zwischenzeitlich vorgelegt. Ferner hat die Bundesregierung dem Bundestag zur Beratung ein neues Bundesgrenzschutzgesetz zugeleitet. Die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder hat ihrerseits eine Kommission zur Erstellung einer umfassenden Sicherheitskonzeption gebildet. Damit sind Maßnahmen zur Stabilisierung der inneren Sicherheit eingeleitet worden.

Der ÖTV erscheinen diese Maßnahmen jedoch nicht weitgehend genug. Sie fordert darüber hinaus eine umfassende Reform und Vereinheitlichung der polizeilichen Aufgaben, der Organisation und des Personalwesens und versteht darunter unter anderem:

1. den wirkungsvollen Einsatz aller technischen Hilfsmittel zur Verbrechensbekämpfung und Verkehrslenkung zu gewährleisten,
2. die beste Aus - und Weiterbildung aller Polizeibediensteten sicherzustellen und
3. neue Bewertungsmaßstäbe für die Tätigkeit aller Polizeibediensteten festzusetzen.

Antrag Nr. 389
Antragsteller: Hauptvorstand

Bundesgrenzschutz muß zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit herangezogen werden

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag fordert, daß der Bundesgrenzschutz umgehend durch eine umfassende Polizeiausbildung sowie eine Änderung seiner Organisation und Struktur in die Lage versetzt wird, für die Aufgaben der Polizei auf Anforderung der Länder zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit verwendet werden kann.

Begründung

Die Polizeien der Länder können nicht ständig personell und technisch so ausgestattet sein, auch nicht nach einer Entbindung von sachfremden Aufgaben und nach einer Reorganisation von Struktur und Personalwesen, um für jeden einzelnen Fall gerüstet zu sein. Die Bundesregierung muß deshalb dafür sorgen, daß schnellstens der Bundesgrenzschutz in die Lage versetzt wird, für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit mit eingesetzt zu werden. Voraussetzungen dafür sind nach Auffassung der ÖTV die Konkretisierung der polizeilichen Aufgaben und Zuständigkeiten, die Organisation, Ausrüstung und Ausbildung des Bundesgrenzschutzes nach polizeilichen Grundsätzen, der Fortfall des Kombattantenstatus für die Angehörigen der BGS - Verbände, die Beseitigung der Grenzschutzdienstpflicht und die Gleichstellung der BGS - Vollzugsbeamten mit den Beamten der Polizeien der Länder in beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Hinsicht.